

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



CC-BY-SA 2.0 www.flickr.com/photos/morgner/4918051504

BRAUCHEN WIR DEN NEUEN MOBILFUNKSTANDARD 5G?

die internationale

Ökologie

Brauchen wir den neuen Mobilfunkstandard 5G?, Hans-Ulrich Hill 3

Ökologie

Die Orientierung auf Elektroautos – ein verhängnisvoller Irrweg, Jakob Schäfer 10

Buchbesprechung

Dahmers Wiederherstellung der Freud'schen Psychoanalyse, Jakob Schäfer 12

Theorie

Von der Rätedemokratie in Rojava lernen, Jakob Schäfer 15

Ökosozialistische Revolution

Ökosozialistische Revolution oder Klimakatastrophe, Nationale Leitung der Gauche anticapitaliste 19

inprekorr

Belgien

Klimabewegung – Fortschritte und Hindernisse, Mauro Gasparini und Axel Farkas 29

Brasilien

Gemeinsamkeiten und Bruchlinien der Regierungskoalition, Ana Cristina Carvalhaes 38

Lateinamerika

Lateinamerika aus Sicht der Dependenztheorie, Claudio Katz 44

Nachruf

Zwischen den Fronten, David Ost 53

Europa

Nach den Europawahlen, Büro der Vierten Internationale 57

Iran

Droht eine US-Intervention?, Frieda Afary 62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

BRAUCHEN WIR DEN NEUEN MOBILFUNKSTANDARD 5G?

Nach den Regeln der Bundesnetzagentur für die Vergabe der Mobilfunk-Lizenzen an die 5G-Betreiber sollen bis Ende 2022 mindestens 98% der Haushalte in Deutschland Zugang zu 5G haben. Das Download-Tempo soll bei mindestens 100 Megabit pro Sekunde liegen. Doch: Welche Gefahren bringt das mit sich?

■ **Hans-Ulrich Hill**

Die vier von der Bundesnetzagentur zugelassenen Netzbetreiber Deutsche Telekom, Vodafone, Telefonica (O2) und 1&1 Drillisch nehmen an der Versteigerung der Mobilfunklizenzen für 5G in Mainz teil; erwartet werden Angebote von insgesamt bis zu 5 Milliarden Euro für den Säckel des Bundes. Die vier Netzanbieter beklagen aber die großen Investitionskosten für den 5G-Ausbau. Sie wurden von der Bundesnetzagentur verpflichtet, eine technische und vertragliche Kooperation mit ihren Konkurrenten zu vereinbaren, damit die Nutzer in Funklöchern auch Netze anderer Anbieter ohne Zusatzkosten nutzen dürfen. Damit sollen Funklöcher „gestopft“ werden können, so als ob man es mit Löchern in Socken zu tun hat. Allen Endkunden sollen möglichst durchgängige 5G-Netze zur Verfügung stehen, so wünschen es Bundes- und Landesregierungen. Ohne diesen Ausbau von 5G werde Deutschland den Schnellzug der Digitalisierung verpassen, und der „Standort Deutschland“ gefährdet (dabei werden immer die Arbeitsplätze vorgeschoben). Experten rechnen aber damit, dass mindestens 10% der Fläche Deutschlands Funklöcher bleiben werden, die aus finanziellen Gründen nicht zu stopfen seien. (*Wiesbadener Tagblatt*, 27.11.18, W. v. Dewitz, A. Hoenig).

Was bringt die neue 5G-Technologie?

Dazu wird intensiv Werbung betrieben, um die Nachfrage anzukurbeln. Die vier Mobilfunk-Betreiber, die an

der Lizenzversteigerung teilnehmen, überbieten sich in der Werbung mit dem Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes der neuesten Generation, das an ihr eigenes Glasfasernetz angeschlossen werden soll. Damit soll Mobilfunk mit Gigabit-Geschwindigkeiten und Reaktionszeiten im Bereich von Millisekunden erreicht werden. In Deutschland soll „ein 5G-Leitmarkt“ entstehen, wie der Koalitionsvertrag angeblich vorschreibt. Für das „Internet der Dinge“, die untereinander vernetzt werden sollen, müssten die 5G-Frequenzen schnellstmöglich versteigert werden heißt es. Dabei soll die wechselseitige Nutzung der vorhandenen Netze mit klaren Regeln verbunden und zu fairen Konditionen ermöglicht werden (Anzeige von 1&1 in *Spiegel* 43, 20.10.18).

Der „Bundesminister für digitale Infrastruktur“ Scheuer (CSU) hält den Ausbau von 5G für unverzichtbar, damit Privatkunden und Konsumenten, wie z.B. Schüler auf Schulhöfen, „ultraschnell“ Informationspakete der Größe von Spielfilmen herunterladen können. Das wird sicher nicht nur Lernsoftware mit Unterrichtsstoff sein. Ein kompletter hochauflösender Kinofilm kann mit 5G in Sekunden auf die Endgeräte heruntergeladen werden.

Werde 5G nicht schnell ausgebaut, werde der „Wirtschaftsstandort Deutschland“ wegen der internationalen Konkurrenz irreversibel abgehängt und geschädigt. Autos könnten nur mit 5G autonom fahren, das kann jeder/jede

sich dann mit dem Handy per App herbeirufen. In der Landwirtschaft sollen Maschinen mit Mobilfunk automatisch gesteuert und der Datenaustausch in der Telemedizin ausgebaut werden. Im Prinzip könnte ein Bauer sich beim automatischen Kartoffelernten Spielfilme in 3D anschauen – welch ein Fortschritt! Zwei junge Nutzer können sich mit dem Smartphone in der Hand gegenseitig virtuelle Bälle zuwerfen, das macht Spaß, wie auf dem Weltkongress der Mobilfunkbranche in Barcelona Anfang März 2019 durch die Telecom mit 5G demonstriert wurde. Spiele-Hersteller arbeiten an „Modern Gaming“, bei dem sich mit Hilfe von 5G mehrere Spieler durch technisch erweiterte virtuelle Welten („augmented reality“) bewegen. Dafür werden kurze Reaktionszeiten benötigt, wie auch für das autonome Autofahren.

Produktionsabläufe in Fabriken sollen über 5G vernetzt und automatisiert werden. Große Konzerne wollen eigene werksinterne 5G-Netze aufbauen und machen damit den großen Netzbetreibern Konkurrenz. Bei Mercedes sollen etwa 6000 Roboter „in Echtzeit kommunizieren“. Die Fahrzeugsoftware soll über 5G aufgespielt werden, das spart das umständliche Verkabeln. Weil die Bundesregierung von den Betreibern eine Versorgung auf dem Land fordert, jammern diese wegen der hohen Investitionskosten, die nichts bringen würden, wenn nur Omas und Opas am Netz hängen und Klopapier oder das Essen bestellen. All das klingt so, als sei 5G für Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar, der Ausbau sei „alternativlos“ (*Spiegel* 45, 3.11.18, 30; *Spiegel* 11, 9.3.19, 62–65).

Technische Merkmale von 5G

Die Bundesnetzagentur hat im November 2018 einen Entwurf von Regeln für die Vergabe der 5G-Lizenzen vorgelegt. Die Regeln schreiben vor, dass bis Ende 2024 an allen Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sowie an wichtigen Bahnstrecken, Häfen und den wichtigsten Wasserstraßen ein schnelles mobiles Internet mit 5G-Standard zur Verfügung gestellt wird. Damit würde eine Download-Geschwindigkeit von 10 Gigabit pro Sekunde erreicht, 100-mal schneller als mit LTE.

Das bedeutet, dass jeweils ein Sendemast mit einem 5G-Kleinzellen-Sender entlang dieser Verkehrswege sowie in den Gemeinden und Städten im Abstand von 150m stehen wird. Dabei sind mindestens 3 Mobilfunk-Anbieter mit 3 parallelen Netzen beteiligt, weil sie aus Konkurrenzgründen Roaming (die gemeinsame Nutzung eines Netzes) ablehnen. Da die vier in Frage kommenden Mobilfunkbetreiber vier getrennte 5G-Netze parallel

betreiben wollen und eine gemeinschaftliche Nutzung eines Sendemastes ablehnen, würden in diesem Abstand von etwa 150 Meter insgesamt jeweils vier Sendemasten stehen, für jeden Betreiber ein eigener. Voraussetzung sei ein flächendeckendes Glasfasernetz, um die Sendemasten mit der nötigen Bandbreite versorgen zu können (Presseberichte dpa, 17.11.18, 26.11.18, 7.2.19, *WT*).

Die Netzbetreiber kritisierten die Regeln der Bundesnetzagentur für den 5G-Ausbau, weil sie „kontraproduktiv für Investitionen“ seien und verschärfte Auflagen enthielten. Insgesamt müssten 600 000 bis 800 000 neue Sendemasten zu den rund 60 000 Masten der herkömmlichen Systeme errichtet werden. (dpa, 26.11.18, *WT*; Rundfunkmeldungen HR-Inforadio 26.11.18). Da es 3 bis 4 parallele 5G-Netze geben wird, die nicht kooperieren, sei mit 1,8 bis 2 Millionen Sendemasten in Deutschland zu rechnen (Hensinger et al., 2019).

Der Konzern United Internet würde eigene Funkmasten bauen, weil er in Deutschland noch keine hat. Darmstadt bekommt als erste Stadt im Rhein-Main-Gebiet das 5G-Funknetz. Dazu sollen in diesem Frühjahr insgesamt 18 Funkantennen an 6 Standorten im Stadtgebiet betriebsbereit sein. Bis 2020 werden dort Verfügbarkeit und Datendurchsatz getestet. Danach soll der Testbetrieb beginnen und bald in den Routinebetrieb übergehen. Das hängt aber u.a. von der Verfügbarkeit von Endgeräten und Empfängern wie 5G-Smartphones ab. In Darmstadt soll im Juli 2019 eine teilautonome Straßenbahn mit 5G getestet werden. Der grüne Oberbürgermeister Partsch fordert von der Bundesregierung „mehr Tempo bei 5G“. (*WT*, 7.2.19, L. Hennemann, P. Jourdan).

Die Verbraucher benötigen ein 5G-fähiges Smartphone, um Spielfilme in Sekunden runterladen zu können. Im Laufe dieses Jahres wollen mehrere Hersteller Geräte auf den Markt bringen (*WT*, 7.2.19, P. Jourdan). Während der Auktion der 5G-Lizenzen in Mainz am 19.3.19 wurde bekannt, dass die Betreiber nicht planen, die letzten Funklöcher in Deutschland mit 5G zu stopfen, sondern stattdessen eher mit niedrigeren Frequenzen um 800 MHz (vermutlich LTE), die eine größere Reichweite haben, sodass nicht so viele Funkmasten gebaut werden müssten, vielleicht statt 2 Millionen dann nur 1,5 Millionen. Die Reichweite der Frequenzen um 3,6 GHz sei zu gering für den flächendeckenden Ausbau (*WT*, 20.3.19, R. Heidenreich). Bis 2020 soll der neue Mobilfunk-Standard 5G startklar sein. Er soll eine enorme Übertragungsbandbreite von theoretisch 10 Gigabit pro Sekunde (Gbit/S) haben. Beim 2018 gerade erst breit eingeführten LTE-Standard

(4G) sind 300 MBit/S maximal möglich, während die meisten Handynutzer Tarife bis maximal 50 MBit/S haben. 5G soll die Laufzeit der Signale im Netz gegenüber LTE bis zu vierzigmal verkürzen. Die Signalverzögerung (Latenz) beträgt dann nur noch ca. eine Millisekunde oder weniger.

Die Industrie will kurze Latenzzeiten, hohe Sicherheit und hohe Verfügbarkeit, insbesondere um vernetzte Maschinen und Fahrzeuge in Echtzeit besser steuern und kontrollieren zu können. Dadurch werde das autonome Fahren möglich. Auch das Festnetz soll daran angeschlossen werden, um das Verkabeln zu vermeiden. 5G werde „massive Vorteile für das Internet der Dinge haben“. Die Datenraten sind tausendmal schneller als die 2018 installierten Betriebssysteme (etwa LTE).

Die Mobilfunknetze sollen dezentraler organisiert werden, d.h. die Daten sollen direkt in der zugehörigen Basisstation verarbeitet und gefiltert und nicht weit weg verschickt werden. (*WT*, 19.3.18: Aversch und Donnermuth, 2018).

Autos könnten in Echtzeit miteinander kommunizieren. Um diese Ziele zu erreichen – und weil die 5G-Strahlung nur über einen kleinen Radius wirkt – sei eine drastische Erhöhung der Antennen pro Sendezelle, also ein Wald von Sendemasten auf dem gesamten Land notwendig. Die Signale werden durch festes Material wie Hauswände nur schlecht übertragen. Es gibt neue Antennensysteme und eine eigene Infrastruktur, die als „Massive MIMO (Multiple Input Multiple Output)“ bezeichnet werden. Die Netze werden dichter: mit mehr Funkstationen in kürzeren Abständen. Für die Datenübertragung werden höhere Frequenzen von 6–300 GHz als die derzeit betriebenen 0,8–2,6 GHz genutzt, um mehr Bandbreite zu erreichen. Da kürzere Wellenlängen Daten nur über kurze Strecken von einigen 100 Metern übertragen können, müssen die vielen Sendeanennen in viel kürzeren Abständen installiert werden.

5G-Lizenzen

Der flächendeckende Ausbau des 5G-Systems erscheint daher schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Jeder Anbieter müsste mehr als 10 Milliarden Euro ohne die Lizenzgebühren aufwenden. Die Kosten könnten den wirtschaftlichen Wert des Systems übersteigen. Daher versucht die Bundesnetzagentur für die Vergabe der Lizenzen den Konzernen mit Vergünstigungen entgegenzukommen und die Lizenzgebühren in Raten über viele Jahre gestreckt kassieren. Vorgeschrieben wird nun nur noch der Ausbau leistungsstarker Netze von 5G entlang der Landstraßen. (*Spiegel* 45, 3.11.18, S.30).

Die bislang neueste Mobilfunktechnik „Long Term Evolution“ (LTE) war auch Anfang 2019 noch nicht flächendeckend aufgebaut, doch nun drängt 5G auf den Markt. LTE ermöglicht bereits Übertragungsgeschwindigkeiten mit Datenraten bis zu 100 Megabit pro Sekunde, mehr als doppelt so schnell wie vor 2012. Damit werden selbst hochauflösende Fernsehbilder ruckelfrei übertragen. Dazu kommen eine größere Stabilität und Anwenderfreundlichkeit. Computer können damit ohne Kabel per Mobilfunk versorgt werden. Dazu müssen zahlreiche LTE-Mobilfunkmasten erst noch aufgestellt werden (Boos, 2010), bevor mit 5G ein neues Mobilfunknetz „aus dem Boden gestampft“ wird. Die Mobilfunkbetreiber hatten bereits 2010 mit über 4 Milliarden Euro die neuen LTE-Frequenzen als Lizenzen ersteigert. Damit dürfen sie ihre Funkmasten auf Dächern und Kirchtürmen kostspielig mit LTE-Antennen nachrüsten. Die LTE-Sendemasten haben eine größere Reichweite als bisher, sodass auch die Funklöcher auf dem Land „gestopft“ werden.

Am 12.6.2019 war die Versteigerung der 5G-Lizenzen in Mainz abgeschlossen, die 4 Betreiber zahlen insgesamt 6,55 Milliarden Euro Lizenzgebühren an den Staat. Erwartet waren 3–5 Milliarden Euro. Die Deutsche Telekom zahlte 2,17 Milliarden Euro, Vodafone 1,88 Milliarden Euro, Telefonica 1,42 Milliarden und 1&1 Drillisch 1,07 Milliarden Euro. Bei der Mobilfunkversteigerung für 4G 2015 waren 5,08 Milliarden Euro Erlöst worden, für UMTS im Jahr 2000 wurden sogar 50,8 Milliarden Euro eingenommen. Das Geld geht an die Bundesregierung, die damit in die Digitalisierung investieren will. Der Leiter der Bundesnetzagentur, Jochen Hofmann, erklärte, dass die 5G-Frequenzen für eine „bessere Mobilfunkabdeckung in Deutschland“ eingesetzt werden sollen. Wegen der hohen Kosten für die Versteigerung werden die Netzbetreiber den Aufbau der 5G-Netze vermutlich zeitlich verzögern. In der 2. Jahreshälfte 2020 soll 5G für den Massenmarkt hauptsächlich in den Städten fertig installiert sein, auf dem Land dauert es länger (dpa, 13.6.19, *WT*; *WT*, 14.6.19, W. v. Drewitz). Da der Staat auf die Milliarden-Einnahmen aus den Mobilfunk-Lizenzen spekuliert, hat er kein Interesse daran, dass wissenschaftlich nachgewiesene gesundheitsschädliche Wirkungen der Mobilfunkstrahlung öffentlich bekannt werden. Solche Erkenntnisse werden demnach bewusst in der Schublade gehalten.

Zunahme der Belastung durch neue Mobilfunk-Techniken

Schon bei 4G ist mit zunehmender Strahlenbelastung der Bevölkerung zu rechnen (Deutscher Bundestag,

2010; Thiede, 2010), ganz abgesehen von dem Nachteil der Technik: Die Frequenzen liegen so nahe bei denen der herkömmlichen Fernsehsender, dass starke Störungen des Fernsehempfangs erwartet werden. Da die LTE-Strahlen, anders als 5G, auch durch Hauswände hindurch gehen, ist kein Schutz in Wohnungen möglich. Es gibt keinen brauchbaren Frequenzfilter. Die Übertragungsgeschwindigkeit von maximal 100 Mb/Sek wird jedoch in der Praxis kaum erreicht werden. Mit jedem zusätzlichen Nutzer sinkt nämlich die Datenrate, sodass später nur 3 Mb/Sek. erreicht wird (*Spiegel* 13, 29.3.10, 74-76; dpa, 6.4.10, *WT*; *Spiegel* 8, 21.2.11, 138). Auch ist mit erhöhter Elektrosmog-Belastung in den Regionen früherer Funklöcher zu rechnen (*WT*, 24.4.10, ari).

Die Mobilfunkanwendungen im Frequenzbereich 400-6000 MHz nehmen immer mehr zu. Smartphones, Tablet-PCs, DECT-Telefone, WLAN-Hotspots in Gaststätten, Kirchtürmen, Innenstädten, und Smart-Home-Anwendungen erhöhen die Strahlungsexposition auf für Nichtnutzer. Babyphones, smarte Windeln, Baby-Monitore in Strampelanzügen belasten Säuglinge. Solche Monitore messen Schlafdauer, Atmung, Aktivität, Position, Hauttemperatur, Windelzustand und sonstigen Körperzustand des Säuglings und melden das den Eltern durch eine spezielle App auf das Handy. Bald können dann moderne Muttis oder Vatis ohne eine Smartphone-App ihr Baby nicht mehr aufziehen. Wenn das Handy mal kaputt ist, macht das Baby die Windeln übertoll. Supermärkte und Kaufhäuser führen zunehmend automatische Bezahlssysteme mit dem Handy ein. In Hotels findet eine Dauerbelastung auch nachts mit WLAN-Strahlung statt, weil die Kunden auf kabellosen Empfang aller möglichen Informationen und Filme auch nachts bestehen. Die etwa 5-10% elektrosensiblen Menschen in der Bevölkerung können in Hotels nicht mehr übernachten. In der Schweiz im Kanton Genf gab es vor über 15 Jahren Schutzmaßnahmen in Form von mobilfunkfreien Schutzzonen, die erst in letzter Zeit auf Druck der Mobilfunkindustrie wieder abgeschafft wurden (Niggli, 2017).

Bald wird ohne ein Handy und die dazu gehörende WLAN-Strahlung nichts mehr gehen, weder Einkäufe oder Bankgeschäfte, noch die Kommunikation mit Behörden und „Arbeitgebern“. Wer nicht über diese Technik verfügt, bekommt letztlich nichts mehr zu essen und zu trinken. An alte Menschen, die mit der Handhabung der Technik nicht klarkommen, wird nicht gedacht,

vielleicht wird auch stillschweigend angenommen, was brauchen die das noch? (Hensinger, Wilke, 2016).

Gesundheitsschädliche Wirkungen

In der Wissenschaft ist schon seit Jahren bekannt, dass elektromagnetische Strahlung (Elektromagnetische Felder, EMF) biologische Wirkungen bei lebenden Organismen auslösen, und dies nicht nur in Form einer Wärmeentwicklung im Gewebe, sondern auch durch vielfältige Veränderungen von biochemischen und physiologischen Mechanismen. Diese Tatsache ist durch mehrere Tausend sowohl epidemiologische als auch pathophysiologische Studien belegt. In der Toxikologie gilt die toxische Wirkung eines Schadstoffs oder auch einer Strahlung auf den lebenden Organismus als bewiesen, wenn sowohl Epidemiologie als auch Pathophysiologie bzw. Biochemie diese Wirkungen nachgewiesen haben. Dieser Grundsatz sollte auch für elektromagnetische Strahlung gelten. Da aber die geltenden gesetzlichen Grenzwerte für EMF sich lediglich an der Strahlungsstärke orientieren, mit der im Gewebe Wärme entwickelt wird, werden biologische Wirkungen wie Krebsauslösung oder Veränderungen der Nervenfunktion außer Acht gelassen. So gelten beispielsweise Personen mit Überempfindlichkeit gegenüber EMF-Strahlung als psychisch krank, weil Gutachter sich an diesen offiziellen Grenzwerten orientieren und ansonsten die auftretenden Krankheitssymptome psychischen Krankheiten zuordnen. Die offiziellen Grenzwerte liegen so hoch, dass vielfache biologische Wirkungen auch durch weit darunter liegende einwirkende Strahlungsdosen ausgelöst werden können, wie viele epidemiologische und pathophysiologische Studien nachgewiesen haben.

Zu den biologischen Wirkungen elektromagnetischer Felder (EMF) hat Professor Martin Pall, US-amerikanischer Biochemiker von der Washington State University, festgestellt, dass wohl alle beim Menschen bisher beobachteten gesundheitlichen Schäden auf einen gemeinsamen Mechanismus, nämlich die Aktivierung der spannungsabhängigen Kalziumkanäle, zurückzuführen sind. Die Behauptung von Politik und Industrie, dass es keinen Wirkmechanismus gebe, mit dem die Entstehung der bisher festgestellten Erkrankungen, die von der Elektrosensibilität über Reproduktionsstörungen bis hin zum Krebs reichen, erklärt werden könne, geht damit ins Leere, die Schlussfolgerung daraus, dass ohne einen Wirkmechanismus ein kausaler Zusammenhang nicht bewiesen werden könne, ebenfalls (Pall, 2019).

5G arbeitet mit Mikrowellenstrahlung im Bereich von Millimeterwellen mit 27 und 60 GHz. Für den Menschen

schädliche Wirkungen dieser Strahlung sind wissenschaftlich dokumentiert (Hensinger et al., 2019). Elektrische Felder mit einer Feldstärke von 1 mV/m (Millivolt pro Meter) und einer entsprechenden Leistungsflussdichte von $0,0027 \mu\text{W}/\text{m}^2$ (Mikrowatt pro Quadratmeter) verursachen bereits relevante Veränderungen der Ladungsdichte an Zellmembranen und daher störende Reaktionen in den Zellen. Diese Strahlungsstärke liegt um den Faktor von einigen 10 000 niedriger als die 2016 gültigen Grenzwerte nach GSM für 900 MHz: 41 V/m (Volt pro Meter), UMTS: 61 V/m. Ab einer Leistungsflussdichte von $1000 \mu\text{W}/\text{m}^2$ und einer Absorptionsrate von $3 \mu\text{W}/\text{kg}$ werden in den Zellen vermehrt reaktive Sauerstoffverbindungen (ROS) und damit oxidativer Stress erzeugt (Scheier, 2016).

Hinweise auf biologische Wirkungen von Funkstrahlung weit unterhalb der geltenden Grenzwerte und bei sehr geringen Dosen hochfrequenter gepulster Strahlung gab es in weiteren Studien, bei denen Veränderungen bei Funktionen des Zentral-Nervensystems und in Zellmembranen sowie oxidativer Stress beschrieben werden. Schon nach 5 Minuten WLAN-Bestrahlung mit $8000 \mu\text{Watt}/\text{m}^2$ werden Zellfunktionen negativ verändert, 1000fach unterhalb der in Deutschland geltenden Grenzwerte (Hensinger, Wilke, 2016).

Kurz zusammengefasst gliedern sich die Wirkungen nicht-ionisierender elektromagnetischer Hochfrequenzstrahlung (30 KHz – 300 GHz) (EMF-Strahlung) wie folgt:

- Krebsauslösung Gruppe 2B, IARC 2011;
- Entwicklungs-Neurotoxizität mit späterer Beeinträchtigung kognitiver Funktionen, Auswirkungen auf die DNA, wie Mutationen, Oxidationen, Radikalbildung, usw.;
- Unfruchtbarkeit bei Männern und Frauen, Wirkungen auf das Hormonsystem;
- elektromagnetische Überempfindlichkeit aufgrund Veränderungen der Mechanismen im Nervensystem und neurologischer Schädigung.

Nach Erkenntnissen aus der Umweltmedizin sind labor-diagnostische Nachweise der physiologischen Wirkungen von Mobilfunkstrahlung mit Hilfe von biochemischen Parametern möglich, wie z.B. Veränderungen bei den Konzentrationen von Neurotransmittern wie Serotonin, Melatonin, Nitrotyrosin, sowie bei den Markern für oxidativen Stress. Zudem sind Nachweise für eine Mitochondriopathie (eine Schädigung der Mitochondrien) und

DIE UNVERNUNFT NIMMT IHREN LAUF

Mainz. Nach zwölf Wochen und 497 Runden ist die Auktion der neuen Mobilfunkfrequenzen am Mittwoch zu Ende gegangen. Der Bund hat mit der Versteigerung mehr als 6,5 Milliarden Euro eingesammelt. Von den 41 Frequenzblöcken entfallen die meisten auf die Deutsche Telekom – der Marktführer konnte 13 Blöcke sichern und muss dafür 2,17 Milliarden Euro zahlen. Auf Vodafone entfallen zwölf Blöcke für 1,88 Milliarden Euro und auf Telefónica neun für 1,42 Milliarden Euro. Drillisch konnte sich sieben Blöcke für 1,07 Milliarden Euro sichern. Letztlich gaben die vier Teilnehmer deutlich mehr Geld aus als erwartet.

für veränderte ATP-Konzentration in den Zellen möglich (Hensinger, 2018).

Die Wirkungen der EMF-Strahlung auf das Nervensystem äußern sich zunächst in unspezifischen Krankheitssymptomen wie z.B. Erschöpfung, Mattigkeit, Tagesmüdigkeit, schnelles Ermüden bei Belastung wie bei körperlichen und geistigen Tätigkeiten, Leistungsabbau, Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, Schwäche, andauernde Kopfschmerzen, bisweilen auch Schmerzen am ganzen Körper, Schwindel, Schweißausbrüche, Schlafstörungen, verkürzte Tiefschlaf-Phasen, oberflächlicher Schlaf, starke Nervosität, Ruhelosigkeit, Herzrasen, Übelkeit, Unwohlsein, Verlangsamung der Sensomotorik (z.B. Reflexe, Bewegungsreaktionen), bisweilen Brennen der Haut am Kopf, am Hals, entlang der Wirbelsäule, an Brust und Rücken, Kribbeln an den Beinen, Ruhetremor der Finger (Nach Diagnose Funk, 2016; Waldmann-Selsam, 2007; Budzinski und Hecht, 2018)

Die Häufigkeit solcher Symptome in Deutschland nimmt zu. 82 % aller Deutschen fühlen sich krank (*Die Zeit*, 2014), zwei Drittel der Deutschen klagten über Kopfschmerzen, darunter vier Fünftel der Schulkinder, rund die Hälfte leidet an Schlafstörungen, Depressionen, Burn-Out. (Budzinski, Hecht, 2018). Die Symptome und Mechanismen der Elektromagnetischen Hypersensibilität zeigen Merkmale, die den chronisch-entzündlichen Multisystemerkrankungen (CMI) entsprechen: Beteiligung des gesamten Organismus bzw. vieler Organe, mit Entzündungen, kognitive Störungen mit Beteiligung des Gehirns, ähnlich MCS (Multiple Chemikalien Sensitivität) oder des Chronischen Erschöpfungssyndroms/Myalgische Enzephalitis (CFS/ME).

In vielen epidemiologischen Studien wurde ein räumlicher Zusammenhang von Symptomen bei Hausbewohnern oder einem Teil der Anwohner mit einer Sendeanlage oder DECT-Telefonen sowie ein zeitlicher Zusammenhang der Symptome mit der Inbetriebnahme einer Sendeanlage festgestellt, z.B. wenn die Beschwerden erst nach dem Einschalten der Sendeanlage auftreten. Der Zusammenhang ergibt sich auch aus epidemiologischen Studien, bei denen Korrelationen zwischen Strahlenbelastung und Krankheitshäufigkeit nachgewiesen wurden. Mehr Mobilfunksender verursachen mehr Beschwerden bei mehr Menschen. Ein Nocebo-Effekt, d.h. eingebildete Wirkungen aufgrund von Kenntnissen über die Schädlichkeit der EMF, konnte in einer Studie ausgeschlossen werden, bei der in einer Befragung Personen ihre elektromagnetische Hypersensibilität (EHS) erst als solche einsahen, nachdem sie jahrelang Symptome hatten, ohne zu wissen, dass sie EMF durch Mobiltelefone, WLAN usw. ausgesetzt waren (Aschermann, 2018).

Die Nachweise für EHS in Zusammenhang mit Belastung durch EMF sind in der Fachliteratur durch viele Studien belegt; mehr als 20 Positionspapiere und Resolutionen wurden von EMF-Wissenschaftlern und Ärzten verabschiedet: z.B. Wiener EMF-Resolution; Stewart Report, Großbritannien, 2000; Salzburger Resolution, 2000; Freiburger Appell, 2002; Catania-Resolution, Italien, 2002; Helsinki Appell, Finnland, 2005; Venedig Resolution, Italien, 2008; Porto-Alegre-Resolution, Brasilien, 2009; Resolution russisches Nationalkomitee 2001; internationaler Ärzteappell 2012, Europa; Report Gesundheitsausschuss Kanada, 2015; Amerikanische Akademie für Umweltmedizin (AAEM), Empfehlungen 2012; Internationale wissenschaftliche Deklaration des Ausschusses der Wissenschaftler zur Elektromagnetischen Hypersensitivität und vielfacher Chemikalien-Unverträglichkeit, Sept. 2015, Brüssel (EUROPAEM 2018, S. 47 u. 49).

Auf die vielen wissenschaftlichen Belege für die schädigenden Wirkungen von Mobilfunkstrahlung auf den menschlichen Organismus kann hier in Einzelheiten nicht eingegangen werden. Daher werden die wichtigsten spezifischen Wirkungsbereiche von Mobilfunkstrahlung, die insbesondere auch für die hochenergetische und gepulste Strahlung des 5G-Systems gelten, hier in kurzer Form aufgezählt, wie sie Martin Pall in seiner zusammenfassenden Publikation dargelegt hat (Pall, 2018).

Die spezifischen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung, insbesondere auch beim 5G-System, greifen Nervensystem und Gehirn des Menschen an, was zu weit verbreiteten

neurologischen und neuropsychiatrischen Symptomen führt und möglicherweise auch viele andere Auswirkungen hat.

1. Sie greifen das Hormonsystem (endokrines System) an. Kommt es zu Störungen beider Regulierungssysteme, nämlich Nerven- und Hormonsystem, dann sind die Regulation und das Gleichgewicht von physiologischen und psychischen Mechanismen des Organismus wesentlich gestört.
2. Sie erzeugen oxidativen Stress, d.h. Sauerstoffradikale, die Schäden verursachen, welche zu vielen chronisch entzündlichen Krankheiten führen können, wie Arteriosklerose, Infarkte in Herz und Gehirn, Diabetes Typ II, metabolisches Syndrom mit Adipositas, Autoimmun- und rheumatische Krankheiten und andere.
3. Die Radikale greifen die DNA der Zellen an, wobei es zu Einzel- und Doppelstrangbrüchen der DNA und zur Oxidation von DNA-Basen kommt. Als Folge entstehen Krebs und auch Mutationen in den Keimbahnzellen, die wiederum Mutationen in den nachfolgenden Generationen auslösen. Man geht davon aus, dass es 15 verschiedene Mechanismen gibt, die zur Entstehung von Krebs führen.
4. Die Wirkungen der Strahlung (EMF) erhöhen die Rate der Apoptose (genetisch programmierter Zelltod), die insbesondere bei der Entstehung neurodegenerativer Erkrankungen wie Demenz als auch der Unfruchtbarkeit eine sehr wichtige Rolle spielt.
5. Sie senken die Fruchtbarkeit von Frauen und Männern, den Spiegel von Sexualhormonen sowie die Libido und erhöhen die Anzahl der Fehlgeburten, u.a. weil sie die DNA in den Samenzellen angreifen.

Sie produzieren einen Überschuss an intrazellulärem Calcium ($[Ca^{2+}]_i$) und sorgen damit für eine verstärkte durch Calcium aktivierte Signalübertragung im Nervensystem und Gehirn. Auch dies fördert die Neurodegeneration und damit die Entstehung von Demenzkrankheiten.

Pall stützt diese Aussagen auf mehrere Tausend wissenschaftliche Publikationen zu den Wirkungen der Mobilfunk- und elektromagnetischen Strahlung. Alle genannten Wirkungsbereiche sind somit wissenschaftlich belegt.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die von Pall und vielen anderen Autoren geäußerten Befürchtungen zu den schädigenden Wirkungen von 5G Strahlung beruhen vor allem darauf, dass mit 5G wegen der Vervielfachung der Basisstationen die Feldstärke der Hintergrundstrahlung in der Umwelt deutlich ansteigen

wird. Dies könnte dazu führen, dass bei den Betroffenen z. B. der Mechanismus der spannungsabhängigen Kalziumkanäle in den Membranen der Nervenzellen die intrazelluläre Kalziumaufnahme weiter verstärkt. Dies hat dann verheerenden Auswirkungen auf Leben und Gesundheit der Zwangsbestrahlten, insbesondere der Elektrosensiblen unter ihnen, aber auch mit Auswirkungen auf die belebte Umwelt insgesamt wäre zu rechnen.

Bei ersten Untersuchungen zu 5G stellte sich heraus, dass bei 5G der schon jetzt viel zu hohe Grenzwert für EMF-Strahlung weiter überschritten werden kann, wenn dieser nach den geltenden Regeln bestimmt wird. Dass bei diesem Stand der Unsicherheit 5G ohne jegliche Prüfung der gesundheitlichen Verträglichkeit eingeführt wird, stellt nach Überzeugung der unabhängigen Wissenschaft den für Gesundheit und Umwelt zuständigen staatlichen Behörden ein katastrophales Zeugnis aus.

Die Politik vertraut uneingeschränkt und damit grob fahrlässig ihren wissenschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsgremien, obwohl ihr bekannt sein dürfte, dass deren personelle Zusammensetzung maßgeblich von der Mobilfunkindustrie bestimmt ist. Sie ist offensichtlich der Meinung, dass den bei der Einführung der 5G-Technologie eher geringen – wenn überhaupt vorhandenen – gesundheitlichen Risiken enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile gegenüberstehen. Zudem möchte der Staat nicht auf die Milliardenereinnahmen aus der Versteigerung der 5G-Mobilfunk-Lizenzen verzichten. Dann kann nicht sein, was nicht sein darf, auch nicht wissenschaftlich bewiesene schädliche Wirkungen.

Wie bei den vorausgegangenen Mobilfunkstandards hält die Politik jegliche medizinische Vorsorgemaßnahmen für überflüssig und nimmt den Stand der Wissenschaft zu den schädigenden Wirkungen von EMF nicht zur Kenntnis. Dass es sich bei der Einführung von 5G um ein Experiment mit Menschen handelt, dessen Ausgang völlig ungewiss ist, nimmt sie in unverantwortlicher Weise in Kauf.

Literatur

Aschermann, Christine: Individuelle Ausprägung der Elektrohypersensitivität. In: „Elektrohypersensitivität“, Broschüre Diagnose Funk, Saarbrücken, Aug. 2018, S. 62–75

Averesch, Dirk; Donnermuth, R., Chef von United Internet, in *Spiegel* 21, 19.5.18, S. 80.

Budzinski, B. I., Hecht K: Elektrohypersensibilität – Phantom oder Anzeichen einer Gemeingefahr?. Broschüre „Elektrohypersensibilität“, Diagnose Funk, Saarbrücken, Aug. 2018, 88–103

EUROPAEM (2016), EMF-Guidelines, in *Umwelt, Medizin, Gesellschaft* 29 (3), 2016, 56–57

Hensinger, P. (2018): Mediziner in der Verantwortung – Mobilfunk-Risiken. *Umwelt, Medizin, Gesellschaft* 31(3), 2018, 22–28).

Hensinger G., Merks J., Meixner W. (2019): Smart City und 5G-Hype. Broschüre Pad-Verlag, Bergkamen, 2019, S. 18).

Hensinger P, Wilke I (2016): Mobilfunk: Neue Studienergebnisse bestätigen Risiken der nicht-ionisierenden Strahlung. *Umwelt, Medizin, Gesellschaft* 3, 2016, 16–26).

Niggli, Ursula: Land im Strahlenmeer. Omnino-Verlag, Berlin, 2017, 2. Aufl. 2018, 34,99 E., ISBN 978-395894-050-5 ; in: *Umwelt, Medizin, Gesellschaft* 32 (1), 2019, 58.

Pall, M. L. (2019): 5G als ernste globale Herausforderung. In: *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks Eine Schriftenreihe der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V. Heft 12, Diagnose-Funk Versand I, Palleskestr. 30 I D – 65929 Frankfurt, März, 2019*

Scheier, Klaus: Polarisation: Ein wesentlicher Faktor für das Verständnis biologischer Effekte von gepulsten elektromagnetischen Wellen niedriger Intensität. *Umwelt, Medizin, Gesellschaft* 29 (3), Sonderbeilage, 2016, 212).

Waldmann-Selsam, C. (Hrsg. 2016): Dokumentierte Gesundheitsschäden unter dem Einfluss hochfrequenter elektromagnetischer Felder (Mobilfunkanlagen, DECT, WLAN u.a.). Broschüre im Eigenverlag, Dr. C. Waldmann-Selsam, Bamberg.

■■■■■■■■■■ **Dr. Hans-Ulrich Hill** ist Diplombiologe und Toxikologe

■■■■■■■■■■

DIE ORIENTIERUNG AUF ELEKTROAUTOS – EIN VERHÄNGNISVOLLER IRRWEG

Im März 2019 erschien im Promedia-Verlag Winfried Wolfs neues Buch: „Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt“.

■ Jakob Schäfer

Schon früher tauchte die Kritik an Elektroautos in Winfried Wolfs Büchern auf, aber da war dies eher noch ein Thema für die Zukunft. Inzwischen wird das E-Auto (vor allem durch die Regierung) dermaßen stark als umweltverträgliche Lösung im Verkehrssektor hochgehypet, dass heute viele Menschen tatsächlich meinen, dies sei ein tauglicher Beitrag zur Verkehrswende. Genau dagegen schreibt W. Wolf seit gut einem Jahr in allen möglichen Publikationen an, zunächst im isw-Report 112/113 und jetzt – sehr ausführlich und überzeugend – mit seinem neuen Buch.

Dabei analysiert er (in den Kapiteln 3–5) – in bester Tradition der Kritik der politischen Ökonomie – die Profitinteressen des ölbasierten Sektors (das sind Ölindustrie, Automobilindustrie, Flugzeugindustrie und Flugverkehr, Schiffsbau, Warentransportsektor usw.). Vor allem wird hier die Strategie der Automobilkonzerne wie auch die besondere Rolle Chinas bei der gesteigerten Produktion von E-Autos herausgearbeitet. In diesen Abschnitten wird auch deutlich, dass auf der Grundlage der herrschenden Politik keine Verkehrswende möglich ist. Im Gegenteil, in Kapitel 9 wird gut belegt: „Elektromobilität verstärkt die Macht der Autokonzerne und das Potenzial der Zerstörung“.

In Kapitel 6 wird dargelegt, dass das E-Auto – entgegen der gängigen Propaganda von Regierung und Autoindustrie – alles andere als ein Fahrzeug mit „Null Emissionen“ ist. „*Erstens* startet ein Elektroauto mit einem gewaltigen ‚elektrischen Rucksack‘. Die Herstellung eines E-Pkw ist im Vergleich mit der Herstellung eines traditionellen Pkw mit extrem viel mehr Klima-Äquivalenten verbunden. *Zweitens* verbraucht ein Elektroauto auch Energie. [...] Vor allem aber ist die Annahme, der Strom für Elektromobilität sei ausschließlich oder primär Ökostrom, auf absehbare Zeit – in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren – illusionär. [...] *Drittens* sind Elektro-Pkw mit Rebound oder Bumerang-Effekten verbunden, die die Umwelt- und Klimabelastungen zusätzlich erhöhen.“ (S. 93 f.)

Der Autor führt vier Rebound- oder Bumerang-Effekte an: *Erstens* führt die steuerliche Ungleichbehandlung von Benzin und Elektrizität zu einer Zunahme von Verkehr. *Zweitens* entwickelt sich heute schon ein „funktionaler Rebound“, will heißen: Aufgrund der geringen Reichweite von E-Autos nutzen „43 % der Käufer von Hybrid-PKW und sogar 59 % der Käufer reiner Batterie-Pkw“ ihr Elektrofahrzeug als zusätzlichen Pkw. *Drittens* führt der „mentale Rebound“ dazu, dass das E-Auto (als angeblich umweltfreundliches Fahrzeug) die Nutzung

des ÖPNV negativ beeinflusst. Und viertens verlängern E-Autos als angebliche Null-Emissionsautos den SUV-Boom (= „regulatorischer Rebound“)

W. Wolf geht auch auf die die besondere Belastung bei der Herstellung der Akkus und die begrenzten Ressourcen (z. B. des Kupfers für die gesamte E-Motortechnik) ein wie auch auf die zu erwartende höhere Verkehrsdichte, die steigenden Unfallgefahren usw.

Aber auch damit sind ja noch lange nicht alle Aspekte der zerstörerisch wirkenden Autogesellschaft benannt. Es geht nämlich nicht nur *erstens* um den Klimawandel und die technische Machbarkeit: „Zweitens manifestiert sich diese Krise [der motorisierten Mobilität] als weltweite Krise der Städte. Stichworte sind: Zerstörung der Stadtqualität bzw. ‚Urbanität‘, Feinstaubdebatten [...]“. (S. 21)

Das Übel im Verkehrssektor schlechthin ist der motorisierte Individualverkehr. Er sorgt (v. a. im Autoland Deutschland, wo es noch nicht mal eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen gibt) für viele Verkehrstote und -verletzte. Er frisst sich mit immer mehr Straßen in die Landschaft hinein, sorgt für stundenlange Staus, macht die Städte „unwirtlich“ (Mitscherlich) usw.

Verkehrswende ist möglich

In Kapitel 10 legt Winfried Wolf einigermaßen umfassend und dennoch übersichtlich die „Notwendigkeit einer Verkehrswende“ dar. Dazu gehören z. B. gerade nicht die zuzeit in einigen Städten anlaufenden Anschaffungen von akkubetriebenen Bussen. Sie sind ein völliger Widersinn, denn nicht nur ist ihre Reichweite (besonders im Winter, wenn der Bus auch geheizt werden muss) viel zu gering, um in einer Großstadt auf die notwendige Verkehrsleistung zu kommen (sie erreichen nur 200 km, statt der erforderlichen 300 bis 400 km). Sie schleppen auch mit den riesigen Akkus eine enorme Last mit (was viel Energie kostet) und das Aufladen dauert 8–12 Stunden, von den vielen dazu erforderlichen Ladestationen noch ganz abgesehen.

Eine Verkehrswende muss zunächst auf die Verkürzung und so weit wie möglich die Vermeidung von Wegen abzielen. Zweitens müssen die grünen Verkehrsarten (im Gegensatz zur Realität in der Autogesellschaft) absoluten Vorrang haben: Fußgänger*innen müssen geschützt werden, Fahrradwege müssen umfassend ausgebaut werden usw.

Und parallel dazu müssen die öffentlichen Verkehrsmittel drastisch ausgebaut und auf ökologisch sinnvolle Antriebssysteme umgestellt werden. Ökologisch rangieren die Straßenbahnen an erster Stelle, die Oberleitungsbusse an zweiter Stelle. Hierzu gehört natürlich auch der Ausbau

des Bahnnetzes als Flächenbahn und die Verbilligung von Bahnreisen. Und nicht zuletzt wollen wir darauf hinweisen, dass der gesamte weltumspannende Warenverkehr drastisch reduziert werden muss. Es ist eine Idiotie (und nur im Kapitalinteresse macht es Sinn), dass Waren um den halben Erdball verschifft oder geflogen werden, die andernorts auch herstellbar (oder auch verzichtbar) wären.

Wenn also das Kerosin wie das Schweröl zum Befeuern der Schiffsmotoren besteuert würden, wenn Kurzstreckenflüge unter 1000 km (W. Wolf gibt keine Zahl an) verboten würden, wenn es im städtischen öffentlichen Verkehr den Nulltarif gibt, wenn die Menschen mindestens die Hälfte ihrer städtischen Wege mit dem Fahrrad zurücklegen können, weil es nicht mehr gefährlich ist ..., dann können wir zu einer wirklichen Verkehrswende kommen.

Dies und vieles mehr wird in dem Buch gut nachvollziehbar dargelegt. Einen Mangel müssen wir dennoch anmerken. Das Buch hat kein Stichwortregister und noch nicht mal eine Literaturliste. Dem Buch ist eine zweite Auflage mit diesen Ergänzungen zu wünschen, vor allem aber eine große Verbreitung. Denn es ist ein höchst nützliches Buch in den Händen all jener, die sich für eine Verkehrswende stark machen wollen.



Winfried Wolf

MIT DEM ELEKTROAUTO IN DIE SACKGASSE

Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt

ISBN 978-3-85371-450-8, br., 216 Seiten, 17,90 Euro,
E-Book: 978-3-85371-870-4, 15,99 Euro

PROMEDIA
www.mediashop.at

DAHMERS WIEDERHERSTELLUNG DER FREUD'SCHEN PSYCHOANALYSE

Im März 2019 erschien Helmut Dahmers „Freud, Trotzki und der Horkheimer-Kreis“¹, in dem es nicht nur um das besondere Verhältnis der „Frankfurter Schule“ zur Freud'schen Psychoanalyse geht.

■ Jakob Schäfer

Der vorliegende Band von Dahmers Texten gliedert sich mit seinen insgesamt siebzehn Beiträgen in drei Hauptteile. Außer sechs Beiträgen, die speziell für diesen Band geschrieben wurden, gehen die Texte im Wesentlichen auf die letzten zwei bis sieben Jahre zurück.

Wie schon in den Vorgängerbänden² expliziert Dahmer sehr überzeugend, dass Psychoanalyse keine Naturwissenschaft ist. Sie ist vielmehr eng mit der Anthropologie, der Geschichts- und Politikwissenschaft und in ganz besonderem Maß mit der Soziologie verbunden. Speziell mit letzterer ist die Berührung groß, ohne dass wir freilich die Unterschiede der Untersuchungsgegenstände und auch der -methoden unterschlagen dürfen. Über lange Zeiten wurde die Freud'sche Theorie deformiert und bis heute ihres revolutionären Gehalts beraubt. Dahmers Ehrgeiz ist es seit langem (und nicht nur in den Jahren, in denen er die Zeitschrift *Psyche* als Redakteur betreute; Mitscherlich hatte ihm diese Stelle angetragen), die Freud'sche Theorie zu restituieren. Zur Erklärung ihrer Ziele (und gegen ihre Medizinalisierung) schreibt er in dem vorliegenden Band:

„Joseph Breuer und Sigmund Freud sprengten den Rahmen der naturwissenschaftlichen Medizin ihrer Zeit, indem sie die befremdlichen hysterischen Phänomene (somatische Leiden ohne organischen Befund) nicht als ‚Simulationen‘

abtat, sondern ihre Patientinnen [...] wie ihre Patienten als Partner und Auskunftgeber ernstnahmen und sich – auf der Grundlage einer ‚Übertragung‘ – auf einen anamnestischen Dialog mit ihnen einließen. Freud wurde darüber [...] von einem Objekt- zu einem Subjektwissenschaftler, genauer: zu einem Kritiker der ‚zweiten‘ oder der Pseudo-Natur der lebens- und sozialgeschichtlich konstituierten Institutionen. Mit der Entdeckung, dass die Übermacht der neurotischen Produktionen (oder ‚Privatreligionen‘) der von der Domestizierungs-Kultur überforderten Individuen ebenso wie diejenigen der kulturellen Institutionen vom Typus der etablierten Kollektiv-Religionen darauf beruht, dass deren Bildungsgeschichte vergessen (oder ‚verdrängt‘) worden ist, wurde die Psychoanalyse zur Sozialwissenschaft.“ (S. 17)

Im Rahmen seiner Wiederherstellungsarbeit macht Dahmer unter anderem die Ähnlichkeit der Herangehensweisen von Marx und Freud deutlich. Beide sind historisch vorgegangen und beide verfolgen sie ähnliche (revolutionäre) Ziele, wobei Marx sich auf die Analyse der Produktionsverhältnisse konzentriert. Aber auch Freud hat die gesellschaftlichen Institutionen im Visier, denn sie sind verantwortlich für die verinnerlichteten sozialen Zwänge, die etwa zu Hysterie und Zwangsneurosen führen. So ist

Freud auch ein konsequenter Kritiker der überkommenen und systemstabilisierenden Kultur (im Besonderen der Religion), aus der es auszubrechen gilt.

Das Scheinbare der „Naturgegebenheiten“ vorhandener Institutionen aufzudecken, ist ihr jeweiliges Ziel. Marx macht dies beispielsweise mit der Erklärung des Fetischcharakters der Ware, Freud spürt der Entstehung psychischer Auffälligkeiten nach und deckt ihre gesellschaftlichen Ursachen auf. Beide, Marx und Freud, zielen (Marx bewusster als Freud) auf die Überwindung einer obsolet gewordenen Gesellschaftsordnung. So sind ihre Lehren allen autoritären Herrschaftssystemen (am meisten dem NS-Regime und der Stalindiktatur) höchst zuwider und müssen unterdrückt (und ihre Träger gegebenenfalls vernichtet) werden.

Psychoanalyse nicht im luftleeren Raum

Psychoanalyse ist nicht ohne gesellschaftliche Positionierung möglich. Wohin das andernfalls führt, zeigt uns die Anpassung der nicht aus Hitlerdeutschland geflohenen Psychologen, die die Psychotherapie als gesellschaftlich losgelöste (und instrumentalisierte) Technik betrieben. Speziell die beiden ersten Texte dieses Buches sollten zur Pflichtlektüre für alle Psychoanalytiker und Psychotherapeuten werden. Denn hier wird nicht nur die ursprüngliche Freud'sche Theorie restituiert, sondern auch die Verkommenheit jener Psychologen offengelegt und angeprangert, die sich in der NS-Zeit angepasst haben und nicht emigrierten. Dazu gehört vor allem die unter den Psychologen lange Zeit so verehrte Autorität von Carl Müller-Braunschweig. Aber auch sein Verteidiger Eickhoff gibt ein jämmerliches Bild ab, wie Dahmer überzeugend nachweist. Gegen die Reduktion der Freud'schen Analyse-methode muss auch heute noch (oder wieder) angekämpft werden.

Die entgegengesetzte Haltung nahmen die emigrierten Psychologen ein, gleich den Sozialwissenschaftlern des Instituts für Sozialforschung, also dem Kreis um Max Horkheimer. Deren spezifisches Anliegen war es, die Erkenntnisse von Marx und jene von Freud in einer neuen Theorie zu verbinden. 1931, also noch vor der Emigration, führte Horkheimer, der langjährige Leiter des Instituts, in einem Vortrag aus: „Mit diesen Ausführungen habe ich Ihnen nicht mehr als einige Gesichtspunkte zur Frage nach dem logischen Ort der Psychologie in einer Geschichtstheorie, die der gegenwärtigen Situation entspricht, geben können.“ Dahmer führt dazu aus: „In Wahrheit hatte er darin die beiden Projekte umrissen, die in den folgenden

Jahrzehnten zum Spezifikum der ‚Kritischen Theorie‘ – beziehungsweise der (später so genannten) ‚Frankfurter Schule‘ – wurden: die (kritische) Adoption der Psychoanalyse (also das, was Adorno später die ‚Wendung aufs Subjekt‘ nannte) und die Weiterführung der (Marxschen) Kritik der Hegelschen Geschichtsphilosophie und Logik.“ (S. 93)

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Sammelbandes ist das (in Teil II) aufgedröselte, schwierige Verhältnis des Horkheimer Kreises zu den oppositionellen Kräften innerhalb der kommunistischen und der sozialistischen Bewegung der 1930er und 1940er Jahre. Speziell die Parallelen in den Analysen Trotzki's und denen einer ganzen Reihe von Vertretern des Horkheimer-Kreises ist augenfällig. Aber aus Sicherheitsgründen vermied es das Institut (1923 gegründet und nach der Machtergreifung Hitlers nach New York emigriert) peinlich genau, sich überhaupt mit einer politischen Strömung zu solidarisieren oder gar zu identifizieren.

An zwei Fragen zeigten sich – wie Dahmer gut herausarbeitet – die Analysen von Trotzki schärfer und klarsichtiger (und vorausblickender) als diejenigen aller anderen Strömungen der sozialistischen/kommunistischen Bewegung wie auch des Instituts für Sozialforschung: die präzise Erfassung des Charakters der faschistischen Bewegung und die Analyse des stalinistischen Regimes in der Sowjetunion (das in den 1930er Jahren auch die letzten Reste der revolutionären Führung von 1917/18 liquidierte). Das Institut vermied es sogar, die konterrevolutionäre Entwicklung in der Sowjetunion eindeutig zu verurteilen (u. a., weil es fast bis zuletzt (genauer bis 1939) in ihren Reihen auch einige Anhänger Stalins gab). Die politischen Schwächen des Instituts (v. a. die fehlende Klarheit in Sachen Theorie und Praxis) werden im dokumentarischen Anhang des Buches (S. 480 ff) in einem Text von Walter Held (Pseudonym für Heinz Epe, Sekretär Trotzki's im norwegischen Exil) sehr gut auf den Punkt gebracht. Horkheimer gab seinerzeit unumwunden zu (auf S. 492 dokumentiert), dass Held damit „ins Schwarze“ getroffen hat.

Neben vielen anderen Themen geht Dahmer auf die besondere Affinität von Walter Benjamins Anschauungen mit denen Trotzki's ein. Benjamin hatte einige von Trotzki's Büchern gelesen und war von ihnen begeistert. Trotzki hatte intensiv die neuere Geschichte, im Besonderen die Geschichte der Revolutionen, studiert und Benjamin entwickelte eine kritische Theorie der Geschichte. Beide waren sie versierte Literaturkritiker und beide traten sie für eine freie Kunst ein (und gegen das Hirngespinnst einer „proletarischen Literatur“⁴³).

Der III. und nicht weniger interessante Hauptteil des Bandes dreht sich um „Ideologiekritik gestern und heute“. „Xenophobie und Verschwörungstheorien sind vor allem deshalb en vogue, weil sie den Erniedrigten und Beleidigten, die an ihrer Wut zu ersticken drohen, die Chance einer Triebabfuhr eröffnen. Sie alle haben ja eine Rechnung zu begleichen, und die Doktrin sagt ihnen, mit wem.“

Damit sind wir bei den Sphinxrätseln unserer Gegenwart. Eines davon ist die Persistenz des Antisemitismus und des verallgemeinerten Antisemitismus, der gewaltträchtigen Xenophobie. Institutionen werden in langwierigen Entkulturationsprozessen in ihren künftigen Trägern verankert; sie verwachsen mit ihnen. Die Institution bedarf ihrer Träger zu ihrer Erhaltung, und ihre Träger bedienen sich ihrer wie eine Prothese, einer anorganischen Ergänzung ihres Leibes. Kein Wunder, dass die in ihrem Gehäuse Lebenden die Institutionen, die Hegel eine ‚zweite Natur‘ nannte, beständig mit ‚erster Natur‘ verwechseln.“ (S. 392).

In diesem Hauptteil verbindet Dahmer in mustergültiger Weise Erkenntnisse (und Erkenntnismethoden) der Psychoanalyse mit denen der politisch engagierten Soziologie. Der Beitrag zum „Antisemitischen Dispositiv“ verdeutlicht die Austauschbarkeit der Hassobjekte. In „Migranten, Flüchtlinge, Dihadisten“ erklärt Dahmer, wie – aufgrund von Benachteiligungen, fehlender Integration und großem Einfluss patriarchaler Familienstrukturen – sich bedeutende Teile der Migrant*innen ausgegrenzt und völlig perspektivlos sehen und welche Mechanismen sich hier abspielen, wenn solche (vor allem junge) Menschen von den Heilsbringern des Dschihad angesprochen werden.

Fazit:

Wie sich schon im Titel dieses Bandes ankündigt, wird ein breites Themenspektrum abgehandelt, wiewohl die Gliederung in die drei Hauptteile den Zusammenhang der Einzelthemen andeutet. Dennoch: Da einige der Beiträge zu verschiedenen Zeiten geschrieben wurden, kommt es zu manchen Überschneidungen, was an sich nicht weiter tragisch ist, aber ein paar Wiederholungen hätte man durch eine entsprechende editorische Arbeit (durch Verlag oder Autor) auslassen können. Aber es sind bei der Gesamtfülle der Informationen, Analysen und Erklärungen (wovon geschätzte 25 Prozent oder mehr allein in dem umfangreichen Fußnotenapparat enthalten sind) zu verschmerzende Wiederholungen.

Die Qualität der Gesamtdarstellung zu diesen Themen sucht seinesgleichen. Helmut Dahmer ist für diese um-

fängliche Arbeit zu danken. Kurzum: Der Band ist nicht nur allen Psychologen wärmstens ans Herz zu legen.

1 Erschienen im Verlag *Westfälisches Dampfboot*, 525 Seiten, 45,00 €

2 H. Dahmer: „Divergenzen – Holocaust, Psychoanalyse, Utopia“, Münster (*Westfälisches Dampfboot*) 2009; und: ders. „Pseudonatur und Kritik – Freud, Marx und die Gegenwart“, Münster (*Westfälisches Dampfboot*) 2013

3 Mit Spannung dürfen wir übrigens auf die erweiterte Neuherausgabe von Trotzki's „Literatur und Revolution“ hoffen, die Dahmer betreut und die er für das Ende dieses Jahres (beim Neuen ISP Verlag) anpeilt.



VON DER RÄTEDEMOKRATIE IN ROJAVA LERNEN

Auf den Artikel von Jakob Schäfer in der *internationale* 2/2019 (Rätedemokratie? Was sonst!) hat Paul B. Kleiser in der letzten Nummer (3/2019) mit einem Debattenbeitrag geantwortet.¹ Im Folgenden sollen mögliche Missverständnisse ausgeräumt und mit dem Beispiel Rojava die Machbarkeit des Räteprinzips verdeutlicht werden.

■ Jakob Schäfer

■ Auf die einzelnen Ausführungen des recht ausführlichen Artikels in der *internationale* 2/2019 geht Paul Kleiser leider nicht direkt ein und führt nicht aus, was (nach dem Umsturz der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) unrealistisch oder gar demokratie-hinderlich wäre. Über weite Strecken seines Artikels sind keine Differenzen zu meinen Aussagen zu erkennen, auch da nicht, wo er für die anzustrebende Gesellschaftsordnung die folgenden vier Prinzipien als unverzichtbar aufführt: a) Die neue Ordnung muss auf einem System des „checks and balances“ beruhen. b) „Eine kommende sozialistische Gesellschaft muss weit demokratischer sein als die bürgerliche Demokratie“. c) Es braucht eine „konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts“. d) Es sollen aus der bürgerlichen Gesellschaftsordnung „übernommen“ werden: die allgemeine Anerkennung der Menschenwürde und der Menschenrechte, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit.

Hier sei nur daran erinnert, dass gerade diese Prinzipien in der bürgerlichen Gesellschaft in weiten Teilen nur auf dem Papier stehen und gerade deswegen nicht umfänglich und bedingungslos realisiert sind, weil sie regelmäßig mit den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie kol-

lidieren und die Masse der Bevölkerung ja gerade nicht (selbst)ermächtigt ist, der Repression sowie der Missachtung der Demokratie etwas entgegenzusetzen.

Die (wahrscheinlich ausräumbaren) Differenzen werden erst im letzten Viertel von Pauls Beitrag (und das nur in sehr knapper Form) angeschnitten. Paul führt hier drei Einwände gegen ein durchgehendes Räteprinzip an, die nicht wirklich einleuchten:

Erstens: Nach Pauls Ansicht kann eine Nationalversammlung keine Räteversammlung sein, weil die „Räte Organe der Interessenvertretung der jeweiligen Gruppe, die sie vertreten, sind.“ Wieso eigentlich? In dem Artikel in 2/2019 habe ich im Gegenteil sehr deutlich gemacht, dass es drei verschiedene Wahlkörperschaften von Räten geben kann (ob noch andere hinzukommen, müsste die Verfassunggebende Versammlung beschließen): Räte in der Produktion (bzw. im Bereich der Betriebe, Büros, Verwaltungen usw.); Räte der Konsument*innen und Räte auf territorialer Ebene (also gestuft vom Stadtteil über die Stadt, Region usw. bis zur nationalen Ebene). Die Nationalversammlung (oder wie immer der Name dann lauten wird) muss ganz selbstverständlich unterschiedslos von allen gewählt werden, wobei die Verfassunggebende Versammlung natürlich ausarbeiten wird, welchen „Min-

derheiten“ bestimmte Sitze garantiert sein sollen, wie die Quotierung(en) ausfallen soll(en) usw. Hier gibt Rojava uns ein gutes Beispiel (siehe unten).

Zur Erläuterung sei aus meinem Beitrag „Plädoyer für eine demokratisch geplante Wirtschaft“ zitiert, wo unter der Zwischenüberschrift „Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung“ ausgeführt ist, dass es nicht dem Schicksal der Beschäftigten überlassen sein kann, mit der Schließung eines Werks fertig zu werden, und wo es danach heißt: „Und auf der anderen Seite kann es nicht im Belieben der einen oder anderen Belegschaft sein, bestimmte Produkte überhaupt nicht oder in einer gewissen Form weiter zu fertigen, die von der Gesamtgesellschaft so nicht gewünscht werden. D. h. der Souverän, die Gesamtbevölkerung der jeweiligen Region bzw. auch des nationalen oder supranationalen Rahmens, muss bei den grundsätzlichen Entscheidungen das letzte Wort haben.“²

Zweitens: „Das Agieren [einer entsprechenden Körperschaft] muss auf einer vorher festgelegten gesetzlichen Grundlage erfolgen“ und das könne laut Paul eine Räteversammlung nicht. Wieso soll sie das nicht können? Ist es nicht gerade Aufgabe der Verfassunggebenden Versammlung *genau das* auszuarbeiten und dann – im Gegensatz etwa zur Praxis in der BRD – die Verfassung anschließend der Gesamtbevölkerung vorzulegen, und zwar samt der Möglichkeit, für Änderungen zu stimmen?

Drittens: Nach Pauls Ansicht ist die „jederzeitige Abberufung der Gewählten aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit abzulehnen (Gefahr des Populismus); für eine Revokation (z. B. nach der Hälfte der Legislatur wie ursprünglich in Venezuela unter Chávez oder nach festzulegenden Verfehlungen) muss es klare rechtsstaatliche Grundsätze geben.“ Wo soll hier ein Problem sein? Auf die rechtsstaatlichen Grundsätze eines solchen Vorgangs kommen wir weiter unten noch zu sprechen. An dieser Stelle nur so viel: Was ist von einem Vertretungssystem gemäß bürgerlichem Parlamentarismus zu halten, wo Populisten eine Wahl gewinnen und die Menschen dann jahrelang keine Möglichkeit haben, diese wieder abzuberufen?

Es geht ums Prinzip

Es geht um die Frage, ob wir ein repräsentatives, ein parlamentarisches System für anstrebenswert halten. Wir wissen nicht, welche Form sich durchsetzen wird und ob es – aus Gründen politischer Kräfteverhältnisse – zunächst zu einer Kombination von Räte- und parlamentarischen Systemen kommen wird. Aber aus der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung wissen wir, dass die höchst-

te Form der Demokratie die der Räte ist, natürlich auf einer rechtsstaatlichen Basis, natürlich gegründet auf dem allgemeinen und uneingeschränkten Wahlrecht aller hier lebenden Menschen usw. (Detaillierteres dazu in meinem Artikel in Heft 2/2019). Der Grundgedanke ist der, dass es im Kampf gegen Bürokratismus und Usurpation der Macht nur das Mittel der größtmöglichen Beteiligung aller am gesellschaftlichen Leben und an den Verwaltungs- und Entscheidungsprozessen geben kann, und zwar so dezentral wie nur irgend möglich. Genau das wurde und wird in Rojava seit 2011 in beeindruckender Weise entwickelt.

„Auch der Parlamentarismus war eine Arena des Klassenkampfes für das Proletariat, solange der ruhige Alltag der bürgerlichen Gesellschaft dauerte: Es war die Tribüne, von der aus die Massen um die Fahne des Sozialismus gesammelt, für den Kampf geschult werden konnten. Heute stehen wir mitten in der proletarischen Revolution, und es gilt heute, an den Baum der kapitalistischen Ausbeutung selbst die Axt zu legen. Der bürgerliche Parlamentarismus hat, wie die bürgerliche Klassenherrschaft, deren vornehmstes Ziel er ist, sein Daseinsrecht verwirkt.“³

Rojava lebt es vor

Seit 2011 hat sich in Rojava, dem politisch am weitesten fortgeschrittenen Teil der *Demokratischen Föderation Nord-syrien* (DFNS), ein stark gefächertes und die Menschen maximal beteiligendes Räte-System entwickelt.⁴ Es basiert auf vier Ebenen und parallel dazu auf acht Sektoren, die auf allen Ebenen präsent sind, also angefangen auf der Ebene der Kommune über den Volksrat des Stadtteils und den Volksrat im Bezirk bis zum Volksrat des entsprechenden Kantons.

Zu dem Sektor Justiz (daneben gibt es die Sektoren Frauen, Wirtschaft, Verteidigung, Politik, Zivilgesellschaft, Freie Gesellschaft und Ideologie) schreiben die Autoren: „Die neue demokratische Rechtsprechung wird vom Justizsektor übernommen der hauptsächlich in Form von Friedens- und Konsenskomitees organisiert ist. [...] Zunächst wurden [sie] in den untersten Rängen aufgebaut. Mit der Herausbildung von Kommunen wurden sie je nach Kapazität auch auf dieser untersten Ebene gebildet und seit der Befreiung im Sommer 2012 wurde schrittweise eine höhere Gerichtsbarkeit aufgebaut. Die Komitees sind bestrebt, Konflikte konsensorientiert zu lösen. Deshalb sind sie für den inneren gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt der Gesellschaft sehr wichtig. Der jeweilige Frauenrat hat in den Stadtteilen je ein Friedens- und ein Konsenskomitee gebildet, die bei besonders Frauen

betreffenden Konflikten wie Übergriffen auf Frauen oder patriarchaler Gewalt die Entscheidungen übernehmen.“⁵

Die wichtigste der vier Ebenen ist die Kommune, in der sich 10 bis 25 Familien zusammenfinden. Sie trifft sich in Vollversammlungen einmal im Monat, wobei jeder Haushalt mit mindestens einer Person vertreten sein soll. Die Vorsitzenden sind jeweils ein Mann und eine Frau, wobei die Frau nur von den Frauen gewählt wird. Die Vorsitzenden können jeden Monat vom Plenum nach vorheriger Ankündigung neu gewählt werden.

Aus den Reihen der Kommune wird auch eine Koordination (bis zu 15 Personen) gewählt, die wöchentlich an einem bestimmten Tag zusammentrifft. Die Versammlung ist für alle anderen offen.

Die zweite Ebene, der Stadtteilrat, besteht aus 20 bis 70 Kommunen und funktioniert nach ähnlichen Prinzipien. So ist es auch im Bezirksrat und auf der kantonalen Ebene.

Daneben wurden ab 2013 *Demokratische Selbstverwaltungsstrukturen* (DSV) aufgebaut, in denen sich ausnahmslos alle Bevölkerungsteile wiederfinden sollen. Dies trug wesentlich dazu bei, dass auch die nicht-kurdischen Bevölkerungsteile allmählich ihre Skepsis (auch Gegnerschaft) wenigstens ansatzweise ablegten und allmählich für die Selbstorganisation gewonnen wurden bzw. werden.

„Denn in allen Sektoren, welche mehr oder weniger identisch mit den DSV-Komitees wurden, wurden Räte geschaffen, die von nun an die grundlegenden Entscheidungen treffen sollten. Genauer gesagt kamen die bestehenden TEV-DEM⁶-Räte auf Kantonalebene mit den DSV-Komitees zusammen und wurden durch weitere Untersektoren so ergänzt, dass alle Sektoren in der Gesellschaft eingebunden wurden. Die monatlich tagenden «Sektorenräte» (wie zum Beispiel zu Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Justiz) wählten aus ihren Reihen ein sich wöchentlich treffendes Komitee als Exekutive. Die Ausführung der Beschlüsse umfasst alle Kreise, die ihre Delegierten in den Rat der Sektoren senden. Solche Räte wurden mit der Zeit auch auf Bezirksebene mit der gleichen Herangehensweise geschaffen. Die Zusammenführung hat sich nach kurzer Zeit als effektiv herausgestellt, weil alle gesellschaftlichen Akteure im jeweiligen Sektor mittels der monatlichen Versammlungen in die Entscheidungen eingebunden wurden.“⁷

Tatsächlich nimmt ein Großteil der Bevölkerung an der Verwaltung und an den Entscheidungsfindungen teil. Bei Rechtsstreitigkeiten wird immer auf eine konsensuale Lösung hingearbeitet. Vorangetrieben wurde diese basisdemokratische, feministische und multiethnische

Orientierung und der Aufbau der entsprechenden Strukturen vor allem von der „*Bewegung für eine demokratische Gesellschaft*“ (TEV-DEM).

Aber auch innerhalb der kurdischen Bevölkerung gab es (und gibt es heute noch zum Teil) eine spürbare Ablehnung durch die Kräfte, die sich an der Parteiensammlung ENKS⁸ orientieren. Mit diesen ultimativ auftretenden Kräften musste nach der Befreiung weiterer Gebiete im Norden und Nordosten (vor allem 2015 und 2016) ein Kompromiss in der Repräsentation auf den oberen Ebenen eingegangen werden, so dass hier gewisse parlamentarische Elemente enthalten sind.

„Die DFNS ist an der Basis der Gesellschaft mit den Kommunen und Kooperativen eine Struktur zwischen Basis- und Räte Demokratie. Die über ihnen stehenden Räte sind eine Kombination aus Räte Demokratie und Parlamentarismus. Je höher die Ebene, desto mehr Repräsentation herrscht vor. Dies ist damit zu begründen, dass in Rojava ungefähr die Hälfte und in anderen Teilen Nordsyriens die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht von direkter Demokratie überzeugt ist (siehe Diskussion um die DSV [in dem Buch auf den Seiten 134 ff.]). Wichtig ist es, die Idee direkter Demokratie solchen Kreisen mit der Zeit mittels dieses neuen Systems nahezubringen. Genau das tut die TEV-DEM, wofür sie in den Kommunen hart arbeitet. Das ist auch unser Eindruck, den wir bei unseren Untersuchungen in Rojava und Nordsyrien bekommen haben. Die Revolutionär*innen führen einen täglichen Kampf gegen Entfremdung und Korruptierbarkeit.“⁹

Die Basis der umfänglich ausgefächerten und auf breite Beteiligung ausgelegten Entscheidungsstrukturen ist der 2014 entworfene Gesellschaftsvertrag.¹⁰ Auf dieser Grundlage kamen am 16. und 17. März 2016 151 Delegierte zusammen und verabschiedeten eine auf Arabisch verfasste Ausrufung des Föderativen Systems Rojava/Nordsyrien, was allen Mächten der Region wie auch den USA höchst unwillkommen war (nur Russland begrüßte die Erklärung).

Am 29. 12. 2016 verabschiedeten dann 165 Delegierte den Gesellschaftsvertrag¹¹. Sie haben damit – nach vorheriger umfassender Diskussion in der Bevölkerung – eine geschriebene Verfassung geschaffen, die das Reglement für das Funktionieren der Räte darstellt, unabhängig davon, ob die von den rückschrittlichen Kräften erzwungene Einfügung parlamentarischer Elemente von Dauer sein wird.

Um die besondere Leistung der rätebasierten Demokratie in Rojava wirklich würdigen zu können, müssen wir uns drei Dinge vor Augen halten:

Erstens handelt es sich um eine Region, in der traditionell patriarchale Züge und Clan-Verbindungen eine viel größere Rolle spielen als bei uns. Besonders die feministische Umgestaltung ist ohne diese basisdemokratische Funktionsweise (bzw. Rätestruktur) völlig undenkbar.

Zweitens befindet sich die gesamte Region der DFNS (also der Demokratischen Föderation Nordsyrien, was deutlich mehr ist als Rojava) immer noch im Krieg und leidet ganz extrem unter dem Embargo. Unter solchen Bedingungen eine so weitreichende Demokratisierung durchgesetzt zu haben, nötigt höchsten Respekt ab.

Drittens können wir uns in Europa bei einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf ganz andere technische Mittel stützen. Es wird beim heutigen Stand der Technik in den hochindustrialisierten Ländern ein Leichtes sein, zu wichtigen Fragen die Debatten in den entsprechenden Räten jeweils direkt (oder aufgezeichnet) zu verfolgen und anschließend auch in Volksabstimmungen (per Internet) zu entscheiden, welcher Antrag Beschluss werden soll. So könnte bei wichtigen Fragen die ganze Bevölkerung sogar über Varianten abstimmen (etwa eines Plans für die wirtschaftliche Entwicklung oder für diese oder jene ökologische Maßnahme). Von diesen Möglichkeiten konnten die Revolutionärinnen und Revolutionäre nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht mal träumen.

Wenn also maximal dezentralisiert ist und die Bevölkerung überall real beteiligt ist, wenn Räte ständig kontrolliert werden und wenn Rechtsstaatlichkeit herrscht: Wo soll es da noch Bedarf für ein Parlament, also für nicht abrufbare Abgeordnete geben? Es widerspräche doch gerade dem antibürokratischen Ziel, alles zu vermeiden, was zu einer abgehobenen und nicht rechenschaftspflichtigen Schicht von Entscheidungsträgern führt.

1 Paul B. Kleiser: „Räte mit Parlament verbinden“. In: *die internationale* 3/2019

2 <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/>

3 Rosa Luxemburg: „Nationalversammlung oder Rätebewegung?“. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 462

4 Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf das wärmstens zu empfehlende Buch von Anja Flach, Ercan Ayboğa, Michael Knapp: „Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo.“, Hamburg: VSA, 4. aktualisierte Auflage 2018.

5 a. a. O. s. 114

6 „Bewegung für eine demokratische Gesellschaft“ – TEV-DEM

7 a. a. O. S. 141

8 „Kurdischer Nationalrat“ bestehend aus 14 (nicht fortschrittlichen) Parteien

9 a. a. O. S. 148 f

10 Der Gesellschaftsvertrag von Rojava ist online auf Deutsch abrufbar: <http://tatortkurdistan.blogspot.de/2014/03/01/gesellschaftsvertrag-fuer-rojava/>

11 Die angenommene Form ist zu finden unter: <http://civakazad.org/der-gesellschaftsvertrag-der-demokratischen-foederation-von-nordsyrien/>



ÖKOSOZIALISTISCHE REVOLUTION ODER KLIMAKATASTROPHE

Der Versuch, die natürlichen Grundlagen des Lebens allein durch Verhandlungen „mit allen Beteiligten“ zu erhalten, wird an derselben Barriere scheitern wie die „Sozialpartnerschaft“: den kapitalistischen Klasseninteressen.

■ Nationale Leitung der Gauche anticapitaliste

Die Bewegung gegen den Klimawandel nimmt immer weiter zu. Sie geht inzwischen weit über die klassischen Umweltschutzinitiativen hinaus, erfasst neue Gesellschaftsschichten und mobilisiert immer mehr Menschen. Mehr und mehr richtet sich die Kritik auch gegen den Produktivismus und die Profitlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diese Entwicklung hat noch einmal beträchtlich zugenommen, seit sich die Jugend im Kampf gegen den Klimawandel engagiert.

Am 15. März sind weltweit über eine Million (mehrheitlich junge) Menschen dem Aufruf der Schwedin Greta Thunberg gefolgt und auf die Straße gegangen. Auch wenn die Mobilisierung der Jugend im Moment noch auf die westlichen Länder beschränkt ist, ist der politische Alltag mit seiner Agenda bereits dadurch in Aufruhr geraten und sehen sich alle Beteiligten – ob aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden oder sozialen Bewegungen – mit zwei grundlegenden Fragen konfrontiert. Erstens, warum unternimmt Ihr nicht alles, um die täglich wachsende Gefahr einer schrecklichen Katastrophe so weit als möglich und unter Wahrung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu begrenzen? Und zweitens, wie

könnt Ihr es wagen, Euren Kindern und Enkeln so einen Dreck zu hinterlassen?

Die heilige Kuh des kapitalistischen Wachstums

Beide Fragen bleiben ohne Antwort, weil sie die heilige Kuh des Kapitalismus antasten: das Wachstum. „Ein Kapitalismus ohne Wachstum ist ein Widerspruch in sich“, meinte der Wirtschaftswissenschaftler Schumpeter. Mittlerweile entpuppt sich dieser Widerspruch vor unseren Augen als Hauptursache für den unüberwindbaren Antagonismus zwischen dem Kapitalismus und einem respektvollen Umgang der Menschheit mit der übrigen Natur, der von Nachhaltigkeit und nicht von Ausplünderung geprägt ist.

Dass wir auf diesem Aspekt herumreiten, hat nicht vorwiegend ideologische Gründe und unterstellt auch nicht, dass „Nullwachstum“ an sich ein gesellschaftliches Ziel sei, sondern liegt einzig daran, dass die Möglichkeit, die Klimakatastrophe zu begrenzen, inzwischen unmittelbar davon abhängt, wie schnell und entschlossen die Gesellschaft ihren Ressourcenverbrauch und deren Rückstände reduziert. Diese Ausstöße und besonders die CO₂-Emissionen müssen umgehend reduziert werden,

indem wir aus dem Produktivismus aussteigen und uns eine neue gesellschaftliche Produktionsweise aneignen, die auf Werten wie Teilen, Kooperation, Respekt und gleichen Rechten beruht. Das ist nur möglich, wenn die Produktion von Tauschwerten, also Waren für den Profit der konkurrierenden Kapitalist*innen abgeschafft und durch eine neue gesellschaftliche Antriebsfeder ersetzt wird: die Produktion von Gebrauchswerten, mit denen wirkliche Bedürfnisse der durch den Warenfetischismus entfremdeten Menschen gestillt werden und über die demokratisch und unter Beachtung der Grenzen der Ökosysteme entschieden wird.

Wie radikal der Wirtschaftswandel vonstatten gehen muss, ergibt sich aus dem Sonderbericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Ziel. In der Zusammenfassung heißt es dort, dass die weltweiten CO₂-Nettoemissionen bis 2030 um 45 % gegenüber 2010 sinken müssen, weswegen der Klimarat für „tiefgreifende Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen“ plädiert.

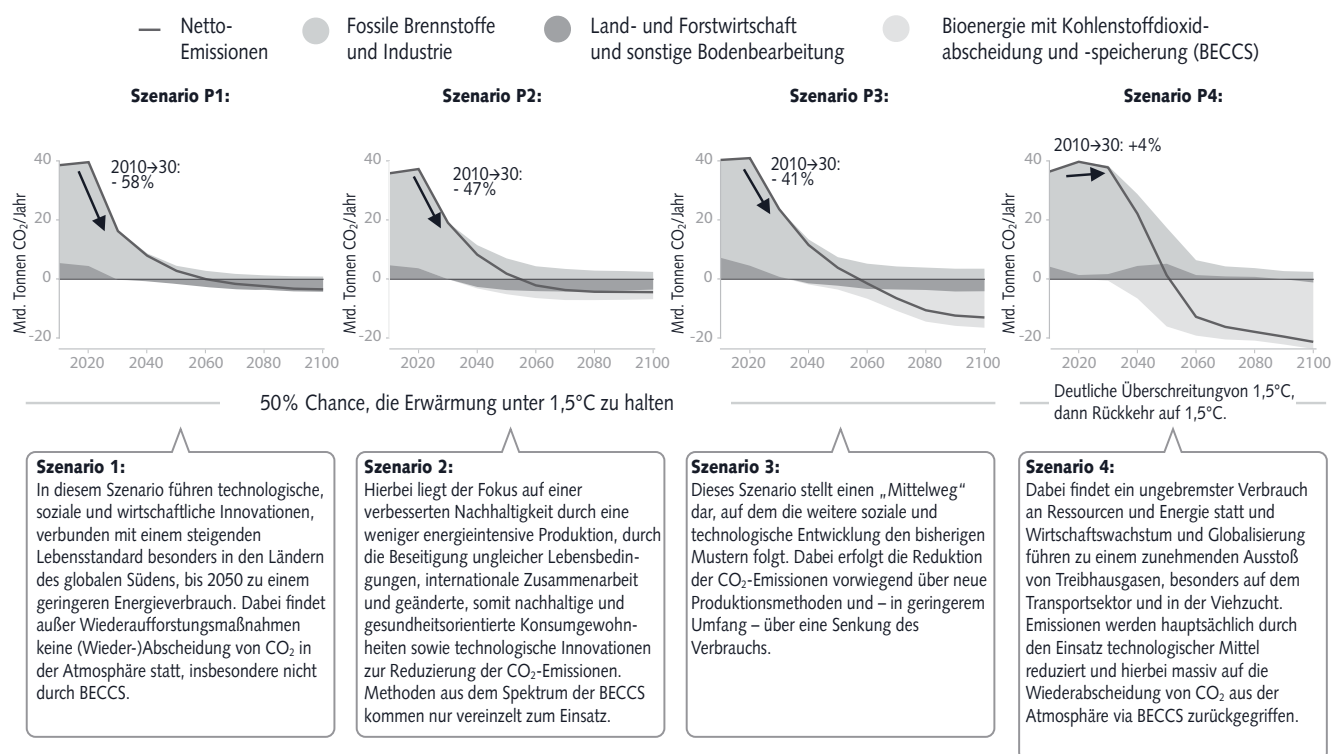
Der extreme Ernst der Lage wird dann aber wiederum in den Schlussfolgerungen etwas relativiert, die von den

Medien der ganzen Welt breit berichtet worden sind. Im Gesamtbericht werden vier mögliche Szenarien für die Reduktion der Emissionen unterschieden, wie der nachfolgenden Grafik zu entnehmen ist.

Das Szenario 1 zeigt, dass die Chancen, das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen, bei lediglich 50 % liegen und dies auch nur, wenn folgende modellierte Emissionspfade eingehalten werden: Die globalen CO₂-Nettoemissionen müssen zwischen 2020 und 2030 um 58 % sinken und anschließend bis spätestens 2050 bei Null liegen. Im Folgezeitraum bis 2100 müssen die Emissionen negativ bleiben.

Die drei anderen Szenarien zeigen, dass mit jeder Abweichung von diesem Zeitplan das Risiko wächst, das 1,5-Grad-Ziel zu überschreiten, was dann nur noch durch den Einsatz von Negativen Emissionstechnologien (NET) zur Abscheidung von CO₂ in der Atmosphäre korrigiert werden könnte. Die vom Weltklimarat in seinem Bericht ausgesprochene und von den Medien aufgegriffene Empfehlung, die Emissionen bis 2030 um 45 % zu senken, entspricht daher einem Zeitplan, der zwischen den Szenarien 2 und 3 angesiedelt ist und zu einem leichten

AUFSCHLÜSSELUNG DER BEITRÄGE ZU DEN GLOBALEN CO₂-NETTOEMISSIONEN ENTLANG VON 4 SZENARIEN



Quelle: https://plateforme-wallonne-giec.be/assets/documents/P_Wallonne-GIEC_Lettre11.pdf

Überschreiten des 1,5-Grad-Ziels bis 2050 und folglich zu einem recht beträchtlichen Einsatz der NET führen würde. Bereits in seinem vorigen Bericht von 2014 hatte der Rat Szenarien vorgestellt, die zu 95 % auf dem Einsatz von NET basierten. Dieses Vorgehen wird auch im jüngsten Bericht gestützt. Dennoch sind Zweifel erlaubt, denn das Ausmaß des Einsatzes solcher Methoden korreliert mit unserem Unvermögen, die Geisterfahrt der kapitalistischen Akkumulation aufzuhalten. Indem unterstellt wird, dass mit diesen Technologien die Katastrophe vermieden werden könnte, die beim Überschreiten eines Temperaturanstiegs von 2 °C droht (und diese Annahme beruht eher auf Science-Fiction), wird der oben beschriebene Grundwiderspruch unausweichlich in einer noch schärferen Form auf uns zurückfallen. Insofern stecken wir nicht in einer „Krise“, sondern stehen am Kreuzweg der Zivilisation.

Kommen wir zurück auf die vier Szenarien. Um sie zu verstehen, muss man wissen, dass „Negative Nettoemissionen“ bedeutet, dass die Erde mehr CO₂ aufnimmt als abgibt. Die „Nettoemissionen“ errechnen sich, indem man die Absorptionen von den Emissionen abzieht. Diese Absorptionen kommen in erster Linie auf natürlichem Wege zustande: Die Grünpflanzen ernähren sich von CO₂ aus der Luft und das CO₂ löst sich auf natürlichem Weg im Wasser. Auf diese Weise wird gegenwärtig ungefähr die Hälfte der jährlichen anthropogenen CO₂-Emissionen von 40 Gigatonnen wieder der Atmosphäre entzogen. Folglich betragen die verbleibenden weltweiten Nettoemissionen 20 Gigatonnen pro Jahr. Notabene ist hier einerseits nur von CO₂ die Rede und die anderen zusätzlich emittierten Treibhausgase fließen überhaupt nicht in die Berechnung des „CO₂-Budgets“ ein und andererseits nimmt die CO₂-Absorption durch die Ökosysteme infolge der Klimaerwärmung tendenziell ab, v. a. weil sich CO₂ in warmem Wasser schlechter auflöst als in kaltem.

Um bis 2050 eine ausgeglichene Bilanz zu erzielen setzt der Klimarat im Szenario 1 ausschließlich auf die mögliche Intensivierung dieser natürlichen Mechanismen, vorwiegend auf dem Wege der Wiederaufforstung und einer besseren Landnutzung. Das Vorsorgeprinzip bedingt auch, dass wir es dabei belassen und die Finger von den NET lassen müssen. Dies würde aber bedeuten, dass das Profitstreben auf ganz, ganz radikale Weise unterbunden werden müsste. Der Weltklimarat will davon aber nichts wissen. In seinem 5. Bericht schreibt er schwarz auf weiß: „Die Klimamodelle beruhen auf einer funktionierenden Marktwirtschaft und auf der Konkurrenz von Marktme-

chanismen“. Mit Volldampf also rein in die Technologie! Bloß was haben wir davon zu erwarten?

Die herrschende Politik ...

Die ausgereifteste dieser „Negativen Emissionstechnologien“ ist die Bioenergie mit Kohlenstoffdioxidabscheidung und -Speicherung (BECCS). Sie besteht darin, die fossilen Energieträger durch Biomasse zu ersetzen und das bei der Verbrennung freiwerdende CO₂ in tiefe Gesteinsschichten zu verpressen. Weil die Grünpflanzen beim Wachstum CO₂ absorbieren, müsste diese Technologie langfristig zu einer abnehmenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre führen. Abgesehen davon, dass die Undurchlässigkeit der Gesteinsschichten noch immer ungewiss ist, setzt eine solche „Lösung“ voraus, dass ein beträchtlicher Anteil des bebaubaren Bodens (etwa ein Sechstel der gegenwärtig landwirtschaftlich genutzten Fläche) für die industrielle Erzeugung von Bioenergie genutzt werden muss, wenn eine signifikante Wirkung erzielt werden soll. Unabhängig davon, ob dafür Flächen, die bisher landwirtschaftlich genutzt werden, hergenommen werden oder nicht, würde davon die bereits heute beträchtliche nachteilige Wirkung der Bioenergie auf die Biodiversität und die Nahrungsmittelerzeugung gefährlich zunehmen. Dies allein spricht grundlegend gegen den Einsatz dieser Methode. Sollte sie trotzdem zur Anwendung kommen, um das Schlimmste zu vermeiden, müsste sie auf das Strikteste limitiert werden. Stattdessen gebietet es sich, die Emissionen selbst so schnell und so stark als möglich zu reduzieren.

Das aber stößt sich an der herrschenden Politik. Der Kapitalismus basiert auf den fossilen Brennstoffen und daran wird sich nichts ändern. Die Regierungen haben seit dem Erdgipfel in Rio 1992 so gut wie nichts unternommen und die Emissionen sind unaufhörlich weiter gestiegen, sodass wir uns heute in einer kritischen Situation befinden. Daher würde die raschest- und stärkstmögliche Reduktion der Emissionen zwangsläufig voraussetzen, dass riesige Kapitalmengen vernichtet werden, also eine „Blase“ platzt, wie es noch nie der Fall gewesen ist. Dagegen wehren sich die wichtigsten Sektoren des Kapitalismus nach Leibeskräften, so dass sich inzwischen zwei Flügel innerhalb der herrschenden Klasse herausgeschält haben: auf der einen Seite Trump, Bolsonaro und andere Vertreter des Klimanegationismus, auf der anderen Seite die Verfechter eines „grünen Kapitalismus“. Sie plädieren de facto – um zu verhindern, dass der „Knall“ zu heftig ausfällt – für das Szenario 4, was einhergeht mit dem massiven Ein-

satz der BECCS, einem „temporären Überschreiten“ des 1,5-Grad-Ziels und einer Wiederabkühlung des Planeten in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Denn diese Leute glauben, dass sich die Temperatur auf der Erde genauso leicht steuern lässt wie in ihrem „Smart Home“.

Dabei ist allen klar, dass der erste dieser beiden Flügel schlichtweg kriminell ist. Aber der zweite ist es nicht weniger, und zwar aus drei Gründen:

1. ist völlig unklar, ob die BECCS und die anderen angepeilten Technologien überhaupt dazu in der Lage sind, ausreichend CO₂ aus der Atmosphäre abzuscheiden, um wieder unter die 1,5-Grad-Schwelle zu kommen, wenn sie erst einmal überschritten ist.
2. ist genauso unklar, wie man die schädlichen Wirkungen der BECCS und anderer Scheinlösungen umgehen kann, besonders in Hinblick auf die Biodiversität und die Ernährung der Weltbevölkerung.
3. ist der Klimawandel kein lineares Phänomen. Stattdessen wächst das Risiko ganz erheblich, dass es während des „temporären Überschreitens“ zu beträchtlichen „Zwischenfällen“ kommt, die irreversible Folgen haben, etwa dem Abrutschen des Thwaites- oder des Totten-Gletschers in der Antarktis, was einen Anstieg der Meeresspiegel um drei bis sechs Meter zur Folge hätte.

... stößt an ihre „natürlichen“ Grenzen

Um es noch einmal zu wiederholen: Egal was der Weltklimarat dazu sagt, wir müssen alles daran setzen, um dem Szenario 1 und den darin skizzierten Emissionsetappen soweit als irgend möglich zu folgen. Dafür muss sich die Klimabewegung einsetzen und sich dabei aber darüber im Klaren sein, was dies alles impliziert. Nämlich:

- Die CO₂-Emissionen stellen 76 % der anthropogenen Treibhausgasemissionen dar.
- 80 % der CO₂-Emissionen werden durch die fossilen Brennstoffe verursacht.
- Mehr als 80 % des Energiebedarfs der Menschheit wird durch diese Brennstoffe gedeckt.
- Das Versorgungssystem mit diesen fossilen Brennstoffen ist so gut wie nicht vereinbar mit den erneuerbaren Energien und muss daher schnellstmöglich zerschlagen werden, egal ob die Anlagen amortisiert sind oder nicht.
- Die dort getätigten Investitionen entsprechen ungefähr einem Fünftel des weltweiten BIP. Hinzu kommen die Aktiva aus den noch vorhandenen Brennstoffvorkommen, die zu 90 % unter der Erde bleiben müssen, wenn wir eine gut fünfzigprozentige Chance haben wollen, das 1,5-Grad-Ziel nicht zu reißen.

- Die neuesten dieser Produktionsanlagen befinden sich in den sog. „Schwellenländern“ wie China, Indien oder Brasilien oder in anderen Ländern des globalen Südens – somit in Ländern, die nicht die historische Hauptverantwortung an dem Klimawandel haben.

- Die Rahmenkonvention der UN über den Klimawandel, die 1992 in Rio verabschiedet worden ist, fordert zurecht, dass jedes Land gemäß seiner historischen Verantwortung und Möglichkeiten seinen Beitrag zur Klimarettung leisten muss.

- Die erneuerbaren Energien reichen für den Bedarf der Menschheit aus, aber die für diese Energiewende erforderlichen Technologien verbrauchen mehr Ressourcen als die der fossilen Brennstoffe: Um eine Anlage herzustellen, die eine Kilowattstunde erneuerbare Energie produziert, braucht man zehnmal so viel Metall wie bei einer für fossile Energie und die Gewinnung dieser Metalle ist sehr energieintensiv und braucht auch viel Wasser.

Die Schlussfolgerungen, die sich hieraus ergeben, sind klar, nämlich dass das Szenario 1, das für die Menschen und die Natur das Optimum darstellt, eine gewaltige Herausforderung darstellt, nicht nur in technischer und konzeptioneller Hinsicht, sondern auch und v. a. was die für das globale Gleichgewicht erforderliche Abstimmung angeht. Denn es geht darum, dass unter Wahrung des Schlüsselprinzips der Klimagerechtigkeit zwischen Nord und Süd (das sogenannte „Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ aus der UN-Rahmenkonvention)

1. die enormen Investitionen getätigt werden, um weltweit ein neues Energieversorgungssystem auf Grundlage erneuerbarer Energien zu schaffen;
2. dass für diesen Umbau Energie eingesetzt werden muss, die noch zu 80 % fossil ist und damit CO₂ freisetzt;
3. dass ein Teil dieser Energie für die Förderung und Gewinnung seltener Metalle und Erden eingesetzt wird, die für die „grünen“ Technologien unerlässlich sind, zumal die Förderung dieser Metalle nicht nur viel Energie und Wasser benötigt, sondern dabei auch viel Abraum entsteht, da das Vorkommen im Gestein diffus ist;
4. und dass hierbei natürlich die oben erwähnten Vorgaben zur drastischen Reduktion der CO₂-Nettoemissionen, nämlich um 58 % bis 2030, eingehalten werden müssen.

Daher halten wir ausdrücklich daran fest, dass sich dieses Bündel sozio-politischer, zeitlicher und physischer Zwänge unmöglich ohne ein striktes und radikales antikapitalistisches Gesamtprogramm bewältigen lässt. Denn es

geht nicht nur darum, die Produktion bloß zu planen und zu rationalisieren, sondern darum, sie drastisch einzuschränken, um den Energieverbrauch wo irgend möglich zu reduzieren. Ohne eine solche drastische Reduktion wird es nämlich unmöglich sein, einerseits die Emissionen infolge der Umstellung auf ein neues Versorgungssystem mit erneuerbaren Energien zu kompensieren und andererseits den Ländern des Südens und besonders den von den internationalen Institutionen abfällig als besonders rückständig bezeichneten Ländern das vorrangige Recht einzuräumen, sich weiter zu entwickeln und dabei auf das noch verfügbare Budget an fossilen Energien zurückzugreifen.

Wenn diese beiden Kautelen nicht eingehalten werden, ist es komplett ausgeschlossen, die Vorgaben zur schrittweisen Reduktion der weltweiten Nettoemissionen, wie in den modellierten Emissionspfaden oben beschrieben, einzuhalten. Und selbst wenn man sich mit der vom Weltklimarat präferierten Vorgehensweise – Reduktion der Emissionen um 45 % bis 2030 – bescheidet, ist das Problem nur lösbar, wenn man den Rahmen der kapitalistischen Profitlogik verlässt.

Ein Übergangsprogramm

Der Zwang des Kapitals zum Wachstum und die Untätigkeit seiner politischen Sachwalter*innen haben uns buchstäblich an den Rand des Abgrunds getrieben. Jetzt geht es darum, was wir tun müssen, um den Absturz zu vermeiden. Zunächst einmal ist es unabdingbar, dass wir darauf objektive Antworten geben, ohne uns unnötig zu bescheiden und uns dadurch beeindrucken zu lassen, was vorgeblich unter den gegebenen politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Umständen machbar ist, weil dies nur die Realität auf den Kopf stellt.

In einem zweiten Schritt muss ausgelotet werden, wie wir vorgehen müssen, um das Unabdingbare möglich zu machen, welche Hindernisse dabei ausgeräumt werden müssen und wie viel Zeit wir dafür benötigen und welche Konsequenzen dies haben wird und wie wir mit diesen umgehen. Wenn wir in die andere Richtung gehen und zugrunde legen, was im Kapitalismus „möglich“ ist, um daraus die „notwendigen“ Handlungsschritte abzuleiten – nämlich das, was das Kapital zulässt – bedeutet dies, dass wir die historischen und sozialen Profitinteressen über die physischen Gesetze zum Erhalt des Klimas und damit der Erde stellen.

Methodisch ist dies absolut unsinnig und zeigt nebenbei, dass die Ideologie von der „Beherrschung“ der Natur

durch den Menschen nicht nur absurd, sondern auch blind und insofern gefährlich ist. Objektiv ist nicht daran zu rütteln, dass die wachsende Katastrophe nur durch ein konsequent antikapitalistisches Vorgehen aufgehalten werden kann, wobei Produktion, Handelsbeziehungen, das Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens und die ganze Weltanschauung radikal auf den Kopf (besser auf die Füße) gestellt werden müssen. In den Industrieländern sind die Hauptachsen eines solchen Vorgehens, wie folgt:

1. Überflüssige und gefährliche Produktionszweige müssen eingestellt werden. „Jede nicht emittierte Tonne CO₂ zählt“, sagt uns die Wissenschaft. Sie zieht daraus aber nicht die logische Schlussfolgerung, dass in erster Linie die Produktion und der Gebrauch von Rüstungsgütern, von Plastikverpackungen und unnützen Plastikkrum eingestellt, der vorzeitige und geplante Verfall (Obsoleszenz) der Güter unterbunden und die Werbung verboten werden müssen. In den USA liegen bspw. die Gesamtemissionen der Rüstungsindustrie und des Verteidigungsministeriums bei etwa 150 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, wobei noch nicht einmal die Emissionen der Militärbasen im Ausland mitgerechnet sind.

2. Unnötige Warentransporte müssen unterbunden werden, stattdessen muss so weit als möglich regional produziert und kurze Kreisläufe bevorzugt werden und es muss eine progressive Kerosinsteuer erhoben werden, deren Erträge über den Grünen Klimafonds den Ländern des Südens zugute kommen müssen. Die Emissionen der Transporte per Luft und Schiff tragen gegenwärtig 5 % der weltweiten Gesamtemissionen bei, bei rasch wachsender Tendenz infolge der kapitalistischen Globalisierung. Nach einer Studie des EU-Parlaments könnten diese bis 2050 sogar auf 22 % bzw. 17 % ansteigen. Insofern ist hier dringendes Handeln geboten.

3. Um die Mobilität der Personen zu gewährleisten, muss massiv in die öffentlichen Verkehrsmittel investiert werden und die Fahrradnutzung durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen erleichtert werden. Der private Autoverkehr hingegen muss unattraktiv gemacht werden, indem wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen und die Infrastruktur wieder in der Fläche verfügbar gemacht wird. Flugreisen müssen rationiert werden, indem kostenlose, personenbezogene und nicht weitergabefähige Flugtickets ausgegeben werden.

4. Regionale öffentliche Bauunternehmen müssen gegründet werden, die mit der energetischen Sanierung aller Gebäude beauftragt werden. Die neoliberale Politik, steuerliche Anreize für diese Maßnahmen zu setzen,

verläuft zu schleppend, ist sozial ungerecht und zielt mehr auf den Einsatz erneuerbarer Energien durch die Haus- und Wohnungseigentümer und damit auf die irrationelle Entwicklung von „grünen“ Marktmechanismen als auf die Minderung des Energieverbrauchs durch die Isolierung der Gebäude. Der gebotene Handlungsdruck und die Vernunft sind Grund genug, die gegenwärtige Handhabung dieses Problems umgehend zu beenden.

5. Die fossilen Brennstoffe müssen unter der Erde bleiben und die Energie- und Finanzkonzerne entschädigungslos enteignet und in Gemeineigentum überführt werden. Beide Sektoren sind durch Investitionsdarlehen und Aktienbesitz eng miteinander verbunden. Wenn dieser Riegel nicht geknackt wird, lässt sich nicht binnen 10 Jahren ein reibungsloser Übergang zu einer hundertprozentig auf erneuerbaren Energien – und somit ohne Atomenergie – basierten Wirtschaft organisieren. Dies ist sozusagen die Schlüsselstellung für alle erforderlichen Strukturreformen.

6. Die Agrarindustrie und die kapitalistische Ausbeutung der Wälder müssen beendet werden. Denn auch wenn die natürliche CO₂-Resorption nicht die Reduktion der Emissionen erübrigt, so kann sie sie doch ergänzen. Stattdessen muss eine ökologische Landwirtschaft gefördert werden, die auf Techniken basiert, die ein Maximum an CO₂ im Boden binden. Zwischen Konsumenten und Produzenten müssen direkte Wege entstehen, wie auch die industrielle Tierhaltung unterbunden und eine fleischlose Ernährung gefördert werden müssen. Es müssen wieder Hecken gepflanzt und Feuchtgebiete hergestellt werden, statt alles zu versiegeln und zu verdichten. Diese Maßnahmen lassen sich auch ohne Umschweife durchführen.

7. Das Prinzip der Klimagerechtigkeit zwischen Norden und Süden muss beachtet werden. Das Mindeste dabei ist, dass die Schulden gestrichen werden, die zugesagten jährlich 100 Milliarden Dollar als Minimum von den Ländern des Nordens in den Grünen Klimafonds eingezahlt werden, darüber hinaus die im Süden entstehenden Verluste und Schäden infolge des Klimawandels, den hauptsächlich der Norden zu verantworten hat, ausgeglichen werden, Patente auf technologische Neuerungen im Energiesektor abgeschafft werden, der Handel mit Emissionszertifikaten und sonstigen „Kompensationsmechanismen“ für CO₂-Emissionen verboten wird und ebenso die Einfuhr von Biosprit und ähnlichen Produkten, die letztlich nur neokoloniale Strukturen unter dem Vorzeichen der Klimakrise unterhalten, und dass last but

not least Flüchtlinge sich frei bewegen und niederlassen können.

Ein besseres Leben für (fast) alle

Wenn man nicht auf despotische Methoden zurückgreifen möchte, lassen sich diese Maßnahmen natürlich nur umsetzen, wenn sie von genauso radikalen sozialen Begleitmaßnahmen flankiert werden. Dies ist allein schon deswegen erforderlich, um eine Änderung der sozialen Verhaltensweisen zu erwirken. Solche Änderungen werden unter bestimmten Bevölkerungsschichten zweifelsohne auf wenig Zustimmung stoßen, wenn sie bloß durch als Wandel der Konsumgewohnheiten daherkommen. Dies betrifft bspw. die Kerosinsteuer und die Rationierung der Flugreisen. Manche Umweltschützer*innen – besonders aus den gehobenen Schichten – sind da sehr engstirnig und wollen dies einfach dekretieren. Dabei impliziert der Ausstieg aus dem Profitstreben der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs, dass ein umweltgerechter Wandel der Konsumgewohnheiten mit bloßem Verzicht einhergehen muss. Vielmehr bedeutet dies, dass dadurch eine substantielle Verbesserung der demokratischen Errungenschaften und der Lebensqualität für die Mehrheit der Bevölkerung eintritt. Und daran muss man anknüpfen, wenn man diesen Übergang erstrebenswert machen will.

Für die Länder des Nordens bedingt eine antikapitalistische Alternative in dieser Hinsicht folgende Handlungserfordernisse:

- 1.** Der Reichtum muss umverteilt, Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und eine progressive Besteuerung der weltweit erzielten Gewinne eingeführt werden. Dafür muss eine Lohnobergrenze festgelegt werden. Die öffentlichen Dienste müssen finanziell gewährleistet werden, ob im Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitswesen oder in der Kinderversorgung und im Kultursektor. Wissenschaftliche Forschung darf nicht dem Profit untergeordnet sein, sondern muss ausreichend finanziert und angemessen dotiert werden und seinen Beitrag zum oben geschilderten Umbruch leisten.
- 2.** Die marktwirtschaftliche Logik muss überwunden und eine kostenlose Versorgung im Erziehungs-, Gesundheits- und Transportwesen gewährleistet werden. Kinderkrippen müssen umsonst bereitgestellt werden, ebenso der Grundverbrauch an Strom und Wasser, wobei der darüber hinausgehende Verbrauch entsprechend verteuert werden muss.
- 3.** Entlassungen und prekäre Verträge müssen verboten und die Arbeit auf alle Hände verteilt (Stichwort: glei-

tende Arbeitszeitskala) und angemessen bezahlt werden. Beschäftigte in künftig überflüssigen Branchen müssen unter garantiertem Erhalt der Löhne und sozialen und tariflichen Errungenschaften umgeschult werden. Die Arbeitszeit muss radikal verkürzt werden, bei vollem Lohnausgleich und Umlage der entstehenden Kosten auf alle Unternehmer*innen. Das Renteneintrittsalter muss auf 60 Jahre gesenkt und die Elternzeit verlängert werden. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der Digitalen Revolution brauchen wir mindestens eine Halbierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, damit die Arbeit unter Umverteilung der vorhandenen Reichtümer auf Alle verteilt und zugleich ein Ungleichgewicht der sozialen Kräfteverhältnisse zu Lasten der Lohnabhängigen vermieden werden kann. Der Zugewinn an Freizeit ist zudem der qualitative Fortschritt schlechthin, der den Konsumfetischismus ersetzen kann, der zumeist nur eine billige Kompensation für die entfremdeten Beziehungen der Menschen untereinander darstellt.

4. Die demokratischen Rechte müssen grundlegend ausgebaut werden. Dafür braucht es ein aktives und passives Wahlrecht für alle ab dem 16. Lebensjahr. Gewählte Vertreter*innen müssen jederzeit abgewählt werden können und dürfen nicht mehr als den Durchschnittslohn verdienen. Alle Bürger*innen müssen an den politischen Aktivitäten beteiligt sein und sie kontrollieren, besonders was die verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs angeht, wie die energetische Sanierung der Gebäude, die Verkehrswende, die Konversion der Produktion, die Umstellung der Landwirtschaft und der Flächennutzung etc. Die Entscheidungen müssen unter der Beteiligung aller Betroffenen auf regionaler Ebene gefällt werden.

5. Gleiche Rechte für Frauen und LGBT*. Schluss mit den Diskriminierungen an den Schulen und Arbeitsplätzen und im Wohnungsalltag. Stattdessen paritätische Besetzung in den Vertreterversammlungen und allen Organen des ökologischen Umbruchs. Abtreibung und Verhütung muss frei zugänglich und kostenlos sein. Die Aufgaben der sozialen Reproduktion müssen vergesellschaftet werden.

6. Wir müssen eine Kultur entwickeln, die von Achtsamkeit, Verantwortung und Mäßigung geprägt ist. Dies setzt ein lebenslanges Lernen voraus. Ökologie muss ein Lernfach werden, in dem ein Bewusstsein für die Zugehörigkeit zur Natur geweckt wird. Das Engagement für die Mitmenschen und die Ökosysteme muss allgemein gefördert werden. Ressourcen wie Wasser, erneuerbare

Energien und Landschaften müssen unter demokratischer Kontrolle öffentlich und gemeindenah verwaltet werden. Ebenso muss die öffentliche Hand dafür sorgen, dass ein Netzwerk entsteht, wo Reparaturen, Recycling, Flohmärkte, Nutzungsteilung etc. organisiert werden. Soziales Engagement unter selbstverwalteten Bedingungen muss gefördert werden.

Kleine Schritte führen zu nichts

Wie Einstein sagte, „können Probleme niemals mit derselben Denkweise gelöst werden, durch die sie entstanden sind.“ Indem der Weltklimarat die „funktionierende Marktwirtschaft und deren Konkurrenzmechanismen“ hochhält, begibt er sich selbst jeder Möglichkeit, das Klimaproblem zu lösen. Stattdessen muss man sich unbedingt dem kapitalistischen „Realismus“, will heißen dem hirnlosen Profitstreben verweigern, wenn man einen Weg aufzeigen will, auf dem der Klimawandel begrenzt und das Umschlagen in die Katastrophe verhindert werden kann.

Das Hauptproblem ist nicht technischer, sondern sozialer und somit politischer Natur, nämlich dass die erforderliche Alternative nicht von oben herab organisiert werden kann, sondern unbedingt eine machtvolle soziale Mobilisierung an der Basis und ein allgemein verbreitetes Verantwortungsbewusstsein voraussetzt. Man kann ruhig sagen, dass wir eine autonom geführte Weltrevolution brauchen, um auf demokratischem Wege und allen Ebenen zu einer Lösung zu gelangen, die der sozialen und der Umweltkrise gleichermaßen gerecht wird. Nur die Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Jugend werden die notwendigen Reformen auf allen Ebenen konsequent bis zum Ende treiben. Zwischen dieser dringend gebotenen antikapitalistischen Alternative und dem Bewusstseinsstand der Bevölkerungsmehrheit klafft heute ein Abgrund, der überwunden werden muss und zwar schnellstmöglich. Wie dies zu schaffen ist, ist das strategische Problem schlechthin.

Wir begegnen als Antikapitalist*innen täglich folgendem Einwand: „Ihr habt sicher Recht, aber Eure Vorschläge sind nicht das, was wir erwarten, weil sie nicht umsetzbar sind. Wir brauchen stattdessen konkrete Vorschläge und der Spatz in der Hand ist mehr wert als die Taube auf dem Dach.“ Insofern stellt sich die Frage, ob wir nicht besser kleine Schritte gehen sollen. Oder umgekehrt zugeben, dass „alles egal ist“, dass „der Zusammenbruch“ unvermeidlich ist und der einzige Ausweg darin besteht, „kleine widerstandsfähige Gemeinschaften zu gründen“ (wie die Zusammenbruchstheoretiker sagen)?

Antikapalist*innen sind durchaus für Reformen und vertagen nicht alles auf den „großen Tag“. Die kleinen Schritte sind positiv, wenn sie die soziale Bewegung stärken und voranbringen. Was wir hingegen bezweifeln, ist die Vorstellung, man könne eine andere Gesellschaft nach und nach und mit einer Strategie der kleinen Schritte errichten. Unter anderem deswegen, weil eine solche Strategie einen Übergang zeitlich in die Länge ziehen würde, was aber in eklatantem Widerspruch zu der gebotenen Eile stünde. Gleichmaßen sind wir skeptisch gegenüber sogenannten „Königswegen“, die „alles wie von selbst“ lösen, weil sie den Herausforderungen nicht gerecht werden. Daher stellt sich die Frage, welche Perspektive wir einnehmen und welche Strategie wir vorschlagen sollen, um nicht in einen Spagat zu geraten zwischen billigem Minimalismus und ohnmächtigem Maximalismus.

Zu sagen, was ist ...

Zuallererst müssen wir sagen, was ist. Mag sein, dass die von uns vorgeschlagene antikapitalistische Alternative nicht Euren Erwartungen entspricht. Wie könnte es auch anders sein. Zusammen müssen wir erreichen, dass aus bloßen Erwartungen eine Lust auf Veränderung entsteht und dass im Kollektivbewusstsein der Wunsch nach einer Gesellschaft entsteht, in der weniger produziert und mehr geteilt wird und in der die tatsächlichen Bedürfnisse zählen und der Respekt vor den Menschen und der Natur. Dafür haben wir die oben genannten 13 Programmpunkte entworfen. Es geht darum, zugleich Angst einflößende, defätistische Propaganda zu bekämpfen und umgekehrt pseudorealistische Losungen, die die Illusion schüren, dass das optimale Szenario, nämlich das vom Klimarat als Nr. 1 bezeichnete, (wenigstens näherungsweise) realisierbar wäre, indem man eine weniger radikale Vorgehensweise wählt.

In den USA propagiert Alexandria Ocasio-Cortez einen „Green New Deal“, in Europa plädieren der Klimatologe Jean Jouzel und der Agronom Pierre Larrourou für einen „Finanz- und Klimapakt“ etc. Es mehren sich mittlerweile derlei Initiativen, denen ein weniger radikales Vorgehen gemein ist. Die Fronten geraten in Bewegung, was zweifelsohne ein positiver Effekt der sozialen Bewegung ist. Bei näherer Betrachtung jedoch stellt man fest, dass alle diese Vorschläge drei Gemeinsamkeiten aufweisen: Sie drücken sich um das entscheidende Problem, dass der Energieverbrauch, die materielle Produktion und der Verkehr unbedingt reduziert werden müssen; sie erlauben durchaus den möglichen Rückgriff auf Negative

Emissionstechnologien wie das BECCS oder auf andere „Wundertechniken“ wie Wasserstoffantriebe; und zu- meist drücken sie sich um eine klare Position, etwa für die Verpflichtungen gegenüber den Ländern des Südens oder gegen den Handel mit Emissionszertifikaten und Kompensationsmechanismen für CO₂-Emissionen.

Über eines muss man sich also im Klaren sein: Diese weniger radikalen und vorgeblich realistischeren Vorgehensweisen als eine antikapitalistische Alternative folgen mehr oder weniger eindeutig dem Ziel eines „Grünen Kapitalismus“, insbesondere bei Larrourou/Jouzel, die damit die EU retten wollen. Allesamt verfolgen sie mehr oder minder einen „Klima-Neokolonialismus“ und führen zu schlimmeren Folgen der Klimaerwärmung für Mensch und Natur, als nach dem Szenario 1. Ganz abgesehen von dem Damoklesschwert eines irreversiblen Umkippens mit erheblichen Folgen, wie oben beschrieben.

... und auf den Druck von unten setzen!

Das strategische Problem des Auseinanderklaffens von objektiven Erfordernissen und subjektiven Möglichkeiten lässt sich nicht lösen, indem man Minimalalternativen anbietet, sondern nur, indem man eine Mobilisierung von unten aufbaut. Darin nämlich liegt der Hebel, mit dem sich das Bewusstseinsniveau auf breitester Ebene steigern lässt. Die von uns dafür vorgeschlagene Vorgehensweise lässt sich in ein paar zentralen Stichpunkten zusammenfassen: Nicht nachgeben, eine breite Einheitsfront schaffen, organisieren, demokratisieren, im Bewusstsein verankern, misstrauen, radikalisieren, erfindungsreich vorgehen. Im Einzelnen:

- Nicht nachgeben gründet darauf, dass unser Ziel einen langen Atem voraussetzt. Wir können die Schäden nur in Grenzen halten, wenn wir uns in einen permanenten Kampf begeben. Kurzfristig bedeutet dies v. a., dass wir uns nicht auf Wahlen vertrösten lassen dürfen, egal ob Europawahlen oder andere. Langfristig bedeutet das, dass wir vorsätzlich auf die Destabilisierung und Diskreditierung der Herrschenden setzen. Deren politische Agenda, deren Zeitschiene und deren Institutionen entsprechen nicht unseren. „Wir verteidigen nicht die Natur, sondern wir sind die Natur, die sich wehrt.“ Wir unterstützen jede der glücklicherweise zahlreichen Aktionen gegen die drohende Katastrophe, um den Druck zu erhöhen und die Aktivitäten anzuheizen.

- Breite Fronten aufbauen. Seit dem Hitzesommer 2018 wächst die Bewegung beständig in der Nordhälfte. Dies

ist einer unserer wichtigsten Trümpfe, den wir ausbauen müssen, indem wir zu weiteren Mobilisierungen aufrufen, Aktionen wie den Streiktag am 15. März auf noch breiterer Ebene propagieren und systematisch die Weichen für eine weltweite Erhebung gegen den Klimawandel stellen, bis sich Dutzende oder Hunderte Millionen daran beteiligen. Wir vertreten das Leben angesichts der tödlichen Gefahr, daher müssen unsere Ansprüche entsprechend hoch sein.

■ Eine Einheitsfront schaffen. Es geht nicht nur darum, neue Schichten aus der Jugend oder neue Regionen und Länder zu gewinnen, sondern auch darum alle bestehenden Kämpfe von unten zusammenzuschweißen, ob an der sozialen oder gewerkschaftlichen Front oder der Frauen-, antirassistischen oder antikolonialistischen Bewegung oder der Bauern und Ureinwohner*innen. Die Frauenbewegung kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, besonders sie sich bewusst ist, wie wichtig das Fürsorgeprinzip ist. Die indigenen Völker können uns wiederum zeigen, wie Mensch und Natur einander ergänzen. Die Aktivist*innen von Via Campesina sind bereits an vorderer Front aktiv und kämpfen, v. a. mit direkten Aktionen, für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, usw. usf. Entscheidend wird sein, ob wir die soziale und gewerkschaftliche Front aus ihrer Fixierung auf Wachstum und Produktivismus lösen können. Der wichtigste Hebel dabei und somit die ökosozialistische Losung schlechthin ist der Kampf für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung.

■ Organisieren, demokratisieren und im Bewusstsein verankern sind Ziele, die einander ergänzen. Die bestehenden Bewegungen leiden ausnahmslos unter mangelnder Organisation und Demokratie. Teils liegt dieser Mangel an der ansonsten durchaus erfreulichen Spontaneität. Das dabei entstehende Vakuum wird gegenwärtig von Einzelpersonen und von länger bestehenden Initiativen oder aber durch die spontane Vernetzung kleiner Gruppen auf den sozialen Netzwerken gefüllt. Aus diesem Stadium müssen wir uns lösen, diese Stellvertreterpolitik und entsprechende Instrumentalisierungsversuche verhindern. Nicht locker lassen und langfristig eine Einheitsfront aufbauen erfordert eine Bewegung, die in demokratischen und offenen Basisstrukturen wurzelt, also auf der Grundlage von Vollversammlungen, in denen abrufbare Vertreter*innen gewählt werden, die ihre Mandanten in aller Transparenz in den jeweils nächsten „Instanzen“ vertreten, wo die Aktionen koordiniert und die Zielsetzungen entschieden werden. Eine solche Organisationsform ist das beste Mittel, das Bewusstsein zu schärfen und über solche Alltags-

rezepte wie Mülltrennung hinaus sich den strukturellen Problemen zuzuwenden.

■ Misstrauisch sein. Greta Thunberg war eine Vorreiterin. Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen versuchen bisher vergeblich, sie zu vereinnahmen, um sich selbst ein umweltfreundliches Image zu verschaffen. Ob in Davos oder vor dem Europäischen Parlament, sie hat die Verantwortlichen für die Situation kompromisslos und ohne zu zögern benannt. Ihrem Beispiel zu folgen heißt, nicht der Illusion zu erliegen, dass die herrschende Politik „am Ende auch verstehen wird“, dass man „mehr Ehrgeiz“ daran setzen müsse, sogenannte „win-win“ Lösungen zu finden, die sowohl das Klima „retten“ als auch Profitgier und Wachstumsorientierung bedienen. Dem gegenüber müssen wir eine eigenständige Position einnehmen, die von systematischem und unnachgiebigem Misstrauen getragen wird. Wir brauchen den Mut zum Ungehorsam und müssen die Legitimität der Besitzenden, ihrer politischen Sachwalter*innen und all derer, die ihren Wachstumsfetischismus nicht ablegen wollen, systematisch, vorsätzlich und mit Enthusiasmus unterminieren.

■ Erfinderisch sein. Angesichts der Dringlichkeit der Herausforderung sind rechtliche Vorgehensweisen wie von der französischen Klimaschutzbewegung „Jahrhundertfrage“ vorgetragen und auch andere Sofortforderungen durchaus berechtigt. Wir sollten die Entscheider*innen sehr wohl auffordern, konkrete Maßnahmen auf der Stelle umzusetzen, etwa die Verpflichtung zur Emissionsreduktion gesetzlich vorzuschreiben, öffentliche und halböffentliche Gebäude energetisch zu sanieren, öffentliche Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen, Werbung zu verbieten, auf Megaprojekte zu verzichten etc. Da gibt es zahllose Möglichkeiten. Für eine längerfristige Perspektive muss die Klimaschutzbewegung aber davon ausgehen, dass wir uns inmitten einer neuen Epoche befinden, in der das „Umweltproblem“ immer deutlicher mit den sozialen Problemen zusammenfallen wird. Daraus folgt zwingend, dass wir uns für einen Schulterchluss zwischen den jeweils stattfindenden Kämpfen einsetzen müssen. Zugleich stellt uns dies vor etliche offene Fragen, etwa: Welches politische Instrument müssen wir uns im Verlauf dieser Auseinandersetzungen schaffen, um damit vom antikapitalistischen Kampf zum Aufbau einer neuen Welt zu gelangen?

■ Radikalisieren heißt, dass wir uns unserer Stärke bewusst sein müssen. Ohne die Klimaschutzbewegung hätte der COP21 nicht das Ziel vorgegeben, unter der 1,5-Grad-Grenze zu bleiben. Jetzt müssen wir als Bewegung dafür kämpfen, dass konkrete Maßnahmen erfolgen,

die effektiv und auch sozial gerecht sind. Die Besitzenden und ihre politischen Sachwalter*innen stehen unter Druck, weil sie wissen, dass der Klimawandel eine potentiell revolutionäre Situation heraufbeschwören kann. Dieser Druck lastet auf allen Strömungen, daher geraten die Fronten in Bewegung. Eine Strategie der kleinen Schritte wäre unter diesen Umständen fatal. Stattdessen müssen wir die Auseinandersetzung weiter zuspitzen und alle uns von oben vorgelegten Maßnahmen daraufhin abklopfen, ob sie den wissenschaftlichen Vorgaben zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels gerecht werden, ohne auf gefährvolle Technologien zurückzugreifen, und ob sie die Verpflichtungen gegenüber den Ländern des Südens und zu sozialer Gerechtigkeit erfüllen. Wenn die Bewegung dabei feststellt, dass die Maßnahmen untauglich sind, wird sie sich selbst radikalisieren und an einen Punkt kommen, wo sie selbst ein effizientes antikapitalistisches Programm vertritt und für die Bildung einer Regierung auf einer solchen Grundlage kämpft.

Ein Wettlauf gegen die Zeit

Ob dies so klappen wird, kann niemand garantieren, denn die Zeit wird knapp, um der Barbarei noch zu entrinnen. Ein in gewisser Hinsicht ähnliches Dilemma gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg, als Lenin die Lage als „objektiv revolutionär“ beschrieb. Damals war der subjektive Faktor komplett außerstande, die Schlächtereien von 14/18 zu verhindern, aber auf den Trümmern des Schlachtfeldes erhob sich die Russische Revolution, die dann schließlich von außen erstickt und von innen erwürgt worden ist. Ein Jahrhundert später stellt sich eine ähnliche Frage, bloß auf einer noch stärker beunruhigenden Ebene: Wieweit muss die Menschheit mit den Folgen der Klimakatastrophe konfrontiert werden, bis sie sich endlich gegen den Kapitalismus auflehnt und dieses kriminelle System zum Teufel jagt? Wird die Revolution, in der die Massen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, beizeiten stattfinden oder wird der Kapitalismus weiter die Sinne vernebeln können? Diese offenen Fragen lassen an Gramsci und sein berühmtes Zitat vom Pessimismus des Verstandes, der zum Optimismus des Willens verpflichtet, denken. Optimismus ist demnach ein kategorischer Imperativ, weil wir uns nur einer Sache gewiss sein können, nämlich dass vom Ausgang des Wettlaufs zwischen der Katastrophe und der allgemeinen Bewusstwerdung dieser drohenden Katastrophe abhängt, ob sich die Massen zu ihrer Befreiung erheben und in der Lage sein werden, sich von dem System und seinem produktivistischen Wahnsinn zu befreien. Da-

rin liegt die ökosozialistische Alternative und sie setzt den Kampf voraus und kennt keine Abkürzungen.

Die **Gauche anticapitaliste** (Antikapitalistische Linke) ist der französischsprachige Teil der belgischen Sektion der IV. Internationale

■ *Übersetzung: MiWe*

KLIMABEWEGUNG – FORTSCHRITTE UND HINDERNISSE

Wir legen hier nach mehreren Monaten voller Mobilisierungen eine Zwischenbilanz und Elemente von Antworten auf strategische Fragen für die Zukunft der Bewegung vor.

■ **Mauro Gasparini und Axel Farkas**

Seit dem Winter steht Belgien im Bann der Klimabewegung, die das Bewusstsein von vielen umgekrempelt hat.

Diese Bewegung ist ausgesprochen verschiedenartig. Die neue Phase, in der wir uns jetzt befinden, hat im September 2018 mit mehreren Versammlungen begonnen, die „Rise for Climate“ im Europaviertel [in Brüssel] organisiert hat. Im Winter wollte man zum Auftakt des internationalen COP24-Gipfels in Katowice die größte Demonstration für das Klima in der Geschichte des Landes zustande bringen. Das ist gelungen, denn zu dieser Mobilisierung kamen 70 000. Zur selben Zeit rief die junge Schwedin Greta Thunberg dazu auf, ihrem Beispiel international zu folgen und Schulstreiks für das Klima durchzuführen. Ihre Aktion fand ein weltweites Echo und ist in mehreren Ländern nachgeahmt worden (zumeist in „reichen“ Ländern). Bei uns fanden die ersten spontanen Versammlungen ebenfalls im Dezember statt, hunderte Schüler*innen von mehreren Brüsseler Schulen haben sich mehrere Male in Brüssel und vor der Europäischen Kommission versammelt.

Donnerstag, den 10. Januar lösten 3000 überwiegend niederländischsprachige Schüler*innen, die einem Aufruf von Anuna De Wever und Kyra Gantois auf Facebook folgten, massive Streiks für das Klima aus. Die Bewegung,

deren Führung sich „Youth for Climate“ nennt, hat sich in der zweiten Woche auf den frankophonen Landesteil ausgeweitet. Seit 13 Wochen gehen Jugendliche jeden Donnerstag für das Klima auf die Straße. Die Bewegung zeichnet sich aus durch eine historische Hartnäckigkeit und Breite. In der dritten Woche haben über 40 000 junge Menschen in Brüssel demonstriert. Es entstanden unterstützende Gruppierungen in der Studierendenbewegung (Students for Climate) und in der Arbeitswelt (Workers for Climate), die allerdings nicht sehr groß geworden sind. Hunderte von Naturwissenschaftler*innen veröffentlichten einen Aufruf zur Unterstützung. Die flämische Umweltministerin Joke Schauvliege von den flämischen Christdemokraten (Christen-Democratisch en Vlaams, CD&V) wurde zum Rücktritt gedrängt, nachdem sie verschwörungstheoretische Lügen über den Charakter der Bewegung verbreitet hatte. Parallel hierzu gelingt es dem Bürgerkomitee „Rise for Climate“, dem sich sehr institutionenbezogene Verbände (z. B. das Klimabündnis) und Jugendliche anschließen, am 27. Januar 90 000 Menschen auf den Straßen von Brüssel zusammenzubringen. Unter den frankophonen Jugendlichen entsteht ein neues Komitee namens „Génération climat“, das für eine radikalere und kämpferische Form des Klimakampfs eintritt.

In den Erziehungsministerien begriffen die politisch Verantwortlichen Tragenden, dass es weniger riskant wäre zu versuchen, die Bewegung zu begleiten bzw. zu kooptieren, als die Karte direkter Repression auszuspielen. So wurde in zahlreichen Schulen reihum einer Klasse gestattet, im Rahmen eines pädagogischen Projekts und unter Begleitung eines Lehrers bzw. einer Lehrerin an den Demonstrationen teilzunehmen. Damit sollten sowohl die Zahl der Streikenden als auch ihre Kampfbereitschaft heruntergeschraubt werden, sodass die Bewegung in den Rahmen der Schulordnung eingepasst wäre.

Auf den internationalen Aufruf für einen Klimastreik hin sind am 15. März in Belgien wieder 45 000 Menschen auf die Straßen gegangen. Hierfür hatten mehrere Gewerkschaftsstrukturen der beiden Dachverbände¹ ihre Mitglieder zu Aktivitäten aufgerufen. Es gab einige Arbeitsniederlegungen, zwei offen auftretende Blöcke der beiden Gewerkschaftsverbände gingen Seite an Seite mit den Jugendlichen. Wir waren natürlich weit weg von einer Welle von Streiks von unten, aber in Bezug auf ein Zusammengehen von Jugend und Gewerkschaftsbewegung war ein wichtiger Schritt getan worden. An dieser Aktion beteiligten sich über 1,5 Millionen Streikende in 112 Ländern. Es war ein historischer erster internationaler Streik für das Klima, auf den ein Aufruf für einen weiteren internationalen Streik am 24. Mai folgte.

Kristallisierungspunkt für die Bewegung war die Forderung nach einem von Spezialisten ausgearbeiteten „Klimagesetz“, das darauf abzielen soll, dass eine Reihe von allgemeinen Zielen, Methoden und Leitplanken festgelegt wird, um die gesamte Politik der Regierung auf allen Feldern so auszurichten, dass die Klimafrage berücksichtigt wird. Dieses Gesetz war unzureichend², es hat jedoch das Tempo der Mobilisierungen bestimmt und die Dringlichkeit unterstrichen, und sollte vor der Periode der relativen Untätigkeit der Regierung vor und nach den Wahlen durchgebracht werden. [In Belgien wurden für den 26. Mai außer der Wahl für das Europaparlament Wahlen für die föderale Repräsentantenkammer und fünf Parlamente der Regionen bzw. Gemeinschaften angesetzt (Anm. d. Übers.)]

Neben den Massendemonstrationen bildete sich um „Act For Climate Justice“ (AFCJ) ein radikalerer und „aktivistischer“ Pol heraus, mit einem „Aufruf zu direkten Aktionen und Aktionen zivilen Ungehorsams, der von einer Reihe von Klimagruppen und -aktivist*innen ausgeht“. AFCJ hat die Initiative zur Blockade von BNP-Paribas-Fortis am 18. März ergriffen, um die Investiti-

onen der Banken in fossile Energien anzuprangern, und sich an der Organisierung der Besetzungsaktion der Rue de la Loi³ beteiligt, mit der Druck auf die Regierung gemacht werden sollte, damit das Klimagesetz durchkommt.

In den letzten Wochen sind die Donnerstagsdemonstrationen weitergegangen, wie aber abzusehen war, mit einer von Mal zu Mal niedrigeren Zahl von Jugendlichen. Für den 31. März hat „Rise for Climate“ zu neuen Demonstrationen aufgerufen. Wir waren 8000 in Brüssel und 7000 in Lüttich. Ungefähr 200 Gilets Jaunes (Gelbwesten) aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden beteiligten sich an der Demonstration, um die Klimakämpfe mit denen für soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Innerhalb ihres Demonstrationzugs befand sich eine kleine Zahl von „Black Blocks“. Am 4. April sind nur noch 500 Menschen zur Donnerstagsdemonstration in Brüssel gekommen (im Hainaut waren es aber 700 Schüler*innen).

Nach all diesen Mobilisierungen mag von einem spektakulären Sieg keine Rede sein, es kann ein Nachgeschmack der Unzufriedenheit bleiben, aber es hat sich einiges getan. Die Bilanz der Bewegung ist im Ganzen betrachtet positiv. Hatte die N-VA⁴ gehofft, Rassismus gegen die Migrant*innen, Sicherheit und EU-Politik würden die zentralen Themen des Wahlkampfes bis Mai werden, ist es der massiven Bewegung von Jugendlichen, die von Flandern ausgegangen ist, gelungen, als zentrales Thema dieses Wahlkampfes das Klima durchzusetzen. „Schild en Vrienden“⁵, die am 16. Dezember in Brüssel in einer braunen Parade aufmarschierten, haben wenigstens vorerst ihre Dynamik verloren. Schlimmer für sie ist, dass ihr Sprecher Dries Van Langenhove ohne viel Federlesens und eher unsanft aus den Klimademonstrationen herausbefördert worden ist. Die Bewegung hat, wie gesagt, mehr als vier Monate lang mit Massendemonstrationen eine exemplarische Hartnäckigkeit unter Beweis gestellt. Sie ist in zahlreichen, verschiedenen Formen und mit verschiedenen Taktiken aufgetreten und hat Tausende von Debatten über die wahrscheinliche Klimakatastrophe ausgelöst. Eine ganze Generation hat viel früher als vorausgegangene Generationen ihre erste soziale und politische Erfahrung gemacht, mit Ungehorsam gegenüber der Autorität in Schule und Elternhaus, mit dem Schulstreik, mit dem Schreiben und Malen von Schildern und Transparenten, der Aneignung von politischen Themen, mit Demonstrieren usw. Sehr bald werden diese jungen Leute eine höhere Ausbildung beginnen und/oder auf den Arbeitsmarkt kommen. Was auch immer noch geschieht, sie haben gelernt, die Dinge nicht

als gegeben hinzunehmen und die Routine der etablierten Ordnung in Frage zu stellen.

Die großen Parteien sind von dieser Bewegung der Jugend überrascht worden – von der N-VA, die Verachtung an den Tag gelegt hat und für einen angeblichen „Öko-Realismus“ eintrat (der weder ökologisch noch realistisch ist), bis zum Rücktritt der Ministerin Schauvliege und zum Mouvement réformateur⁶, das den Diskurs zu diesem Thema viermal geändert hat („wir sollten Klima-Coachs losschicken“, „das Klimagesetz, das bin ich“, „wir sind dagegen“, was sich nach der Besetzung der Rue de la Loi in „wir sind dafür“ verwandelt hat). Ebenso die Gewerkschaftsverbände der beiden Dachverbände: Ihre Haltung reichte von begeisterter Unterstützung für den Streik am 15. März – bei CNE⁷, LBC⁸, Allgemeine Centrale-ABVV/Centrale Générale – FGFB⁹ – bis zum Schulterzucken bei den Gewerkschaften im Bildungsbereich ...

Dem historischen Streik für das Klima war in Belgien ein historischer Frauenstreik vorausgegangen. Wenn auch in beiden Fällen die Zahl der streikenden lohnabhängig Beschäftigten noch nicht hoch war, so waren es doch wichtige Leuchttürme, die umgehend die Frage der historischen Rolle der Bewegung der Lohnarbeitenden in den Kämpfen gegen die Unterdrückung und im Kampf gegen die Zerstörung unseres einzigen Lebensraums, der Erde, aufwerfen.

Die Klimabewegung, deren Motor die Jugendlichen sind, hat das Land ganz allgemein aus seiner Erstarrung am Ende der Legislaturperiode und aus der Demoralisierung herausgerissen, die in den sozialen Bewegungen immer mehr um sich gegriffen hatte. Sie hat außerdem eine ganze Reihe von strategischen Fragen aufgeworfen. [...]

Paradoxien

Die Bewegung hat mit dem Problem umzugehen, dass es einen zeitlichen Abstand gibt zwischen dem Moment, zu dem Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn die Katastrophe vermieden werden soll, und dem Moment, zu dem konkrete Auswirkungen der Klimakrise (jedenfalls in den reichen Ländern des Nordens) zum ersten Mal spürbar werden. Der Hitzesommer im vergangenen Jahr war ein Alarmsignal. Doch ist diese Hitzeperiode etwas geradezu Lachhaftes verglichen mit dem, was passieren wird, wenn nicht kurzfristig, innerhalb von zehn Jahren, äußerst radikale Maßnahmen umgesetzt werden. Dieser zeitliche Abstand kann zu einer ganzen Reihe von möglicherweise gefährlichen Haltungen führen: zu einer Relativierung bzw. Leugnung des Problems, auch in unserem gesell-

schaftlichen Lager (in dem das unmittelbare wirtschaftliche Überleben – am Monatsende – logischerweise Priorität bekommt) oder aber umgekehrt zu einer lähmenden und defätistischen Panik, die Anlass zu Varianten des Rückzugs auf sich selbst und die eigene kleine Welt ist, darunter auch die Version „resiliente Gemeinschaften“ (im Stil „wir bereiten unser Stückchen Land vor, um für den Zusammenbruch gewappnet zu sein“) oder auch mit Appellen an „alle, die guten Willens sind, über alle politischen Trennlinien hinweg“.

Gegen diese drei Sackgassen setzen wir uns für einen kollektiven Griff nach der Notbremse ein, mit demokratischen und massenhaften Aktionen von allen, die kein Interesse am Weiterbestehen des kapitalistischen Systems haben. Anders ausgedrückt: Klimakrise und globale soziale Krise, „das Ende der Welt und das Ende des Monats“, können längerfristig nur zu zweierlei führen: zu demokratischen, ökologischen und sozialen Revolutionen oder aber zur Regression in eine verheerende Barbarei. Wir richten uns nach dieser zweifachen Perspektive, sie gibt uns Anhaltspunkte für Lösungen und Forderungen in der Gegenwart.

Die Klimademonstrationen, vor allem „Youth for Climate“ und „Rise for Climate“, verbleiben vorwiegend bei einer fordernden Haltung, beim Warten auf Taten der kapitalistischen Regierungen, selbst wenn sie radikal auftreten („act now“). Manche führende Personen nähren den Glauben, man müsse die Regierungen davon „überzeugen“, dass sie tun, „was getan werden muss“, beispielsweise ein Klimagesetz verabschieden. Unsere Regierungen sind jedoch in Bezug auf die Klimagefahren sehr wohl auf dem Laufenden – ihre Loyalität und ihre erste Priorität bleiben jedoch der Schutz des Wachstums des BIP und der Profite der Bosse. So gesehen enthält selbst der Entwurf für ein Klimagesetz, auch wenn es unzureichend ist, für die Bourgeoisie viel zu viele Vorschriften. Wir müssen also die Vorstellung kategorisch ablehnen, wonach „das Klima keine Frage der Politik“ sein soll.

Die Bewegung demokratisieren und politisieren

Diese abwartende Haltung gegenüber Regierungen wird durch ein anderes Problem verschärft: das Fehlen von grundlegenden programmatischen Alternativen bei der Bewegung. So hat der viel in den Medien präsente David Van Reybrouck¹⁰ Anuna De Wever¹¹ ermahnt, sie solle auf keinen Fall auch nur eine einzige konkrete Maßnahme fordern, „damit man nicht in Streitigkeiten hineingezogen wird“, beispielsweise über „Details“ wie den Gegensatz

zwischen den erneuerbaren Energien und der Atomenergie (!).

Die großartigen Massenaktionen der letzten Monate haben unterbewiesen, dass wir Kraft haben, weil wir viele sind und weil wir entschlossen kämpfen wollen. Was schon mal sehr wichtig ist. Doch hat bis jetzt keiner der Pole der Klimabewegung ein Programm des Bruchs vorgelegt. Ein „grüner“ Kapitalismus ist unmöglich: Ein System, das auf endloser Akkumulation, Wettbewerb und verallgemeinerter Warenproduktion, Produktivismus und Konsumismus beruht, ein System, das seine Sternstunden hatte und dabei fossile Energien verbrannt hat, kann in keinem Fall die Krise lösen, die es herbeigeführt hat. Die Klimabewegung muss diesen grundlegenden Widerspruch bearbeiten und Lösungen suchen, die nur mit einem Bruch mit dem kapitalistischen System verbunden sein können.

Das bringt uns zu einem weiteren Punkt, an dem Spannungen auftreten: zu dem Verhältnis der Klimabewegung zum Staat und der kapitalistischen Klasse. Die Klimabewegung, aber auch Parteien wie Écolo, ein Teil der Nichtregierungsorganisationen oder auch Gewerkschafter*innen, sind in zwei Fragen wenig klar: Wer ist das kollektive Subjekt, das imstande ist, der Dringlichkeit der Klimafragen gerecht zu werden, und wer ist der Gegner oder vielmehr der Feind?

Was die erste Frage angeht, möchten wir als erstes mit einem reaktionären Mythos aufräumen: Das Klima ist kein „Zeugs von Wohlstandsbürgern, die alternativ drauf sind“. Die führenden Köpfe von „Youth for Climate“ haben in der Tat politische Positionen geäußert, zu denen wir Widerspruch anmelden müssen. Die soziale Zusammensetzung der Jugendbewegung ist in der Tat zu weiß geblieben, zu sehr aus der Mittelschicht; es sei jedoch angemerkt, dass der Anteil der rassistisch diskriminierten Jugendlichen und der Jugendlichen aus armen Teilen der Bevölkerung bei den Demonstrationen mit 30 000 bis 40 000 Menschen höher gelegen hat. Doch ist die Frontlinie des weltweiten Klimakampfs eine Klassen-, eine Gender- und Rassenlinie. Diejenigen, die auf planetarer Ebene den Kampf führen, sind Menschen, die aus den ärmeren Klassen stammen, aus Afrika, Asien, Lateinamerika, es sind Frauen, junge Menschen, streikende Eisenbahner*innen, Bäuerinnen und Bauern aus dem globalen Süden, die Klimaflüchtlinge. Diejenigen, die wegen der Klimakatastrophe als erste sterben, gehören zu den armen Klassen im Süden und im Norden. Ein Hinweis darauf, wer an den Hitzewellen und den Dürreperioden stirbt, dürfte genügen.

Die Konsequenz aus all dem ist, dass es keines vorgebliehen „Komplots des grünen Kapitalismus“ bedarf, damit diese Bewegung groß wird. Die Reden von Greta Thunberg, auch die, die sie in Davos und vor der Europäischen Kommission gehalten hat, sind radikaler als die Reden von zahlreichen führenden Leuten von Mitte-Links-Parteien oder von Gewerkschaften, wenn es um Gesellschaftsveränderung geht: „Unsere Zivilisation wird geopfert, um es einer sehr kleinen Zahl von Menschen zu ermöglichen, weiter enorm viel Geld zu verdienen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit die Reichen in Ländern wie meinem im Luxus leben können. Mit den Leiden der großen Mehrzahl wird der Luxus von ganz Wenigen bezahlt.“

Wenn die Antworten der Sprecher*innen von „Youth for Climate“ zu beschränkt sind, wenn es die Farcen im Stile „Sign for my future“¹² und dergleichen mehr gibt, so sind das Ergebnisse von jahrzehntelangem Rückgang des Klassenbewusstseins und den heftigen Attacken des Neoliberalismus und den Niederlagen der Klasse der Lohnabhängigen. Das darf also nicht als Ausrede gelten für eine Weigerung, die Bewegung zu unterstützen, im Gegenteil: Die radikale Linke muss sich einbringen und darauf hinweisen, dass die Klimakrise das Produkt von gesellschaftlichen Ausbeutungs-, Herrschafts- und Machtverhältnissen ist. Es gibt einen gemeinsamen toten Winkel in den Betrachtungen von Klimabewegung und Gewerkschaftsbewegung: Viele sehen noch nicht, dass das kollektive Subjekt der Bewegung und das, was ihre Stärke ausmacht, die Arbeitenden, die Jugend, die Landwirt*innen und die örtliche Bevölkerung selber sind; nur sie selbst können die notwendige soziale und ökologische Transformation in die Hand nehmen. Und der Feind – das ist der produktivistische, hetero-patriarchale und vom Rassismus durchsetzte Kapitalismus.

Wir kommen damit zu einem weiteren sehr bedeutenden Hindernis für die Bewegung: das Fehlen einer demokratischen Strukturierung, einer wirklichen Selbstorganisation von unten. In Belgien gibt es keine nennenswerte Tradition von kämpferischen Schülergewerkschaften und wir haben seit Jahrzehnten sehr wenige geschichtliche Beispiele für Massenkämpfe der Jugend (abgesehen von der Studierendenbewegung). Außerdem ist keine kämpferische linke Organisation in dieser Schicht der Gesellschaft tief verankert. Schließlich haben die oberflächliche Einstimmigkeit in Sachen Klima und die typisch belgische Manie der „Konzertierung“ Regierungen und Schulleitungen motiviert, zu versuchen, die Bewegung zu kooperieren und von oben wieder unter Kontrolle zu bringen. In

den letzten Monaten sind daher in der Bewegung wenige Räume für Debatten und die Herausbildung eines Förderungsprogramms entstanden. „Act for Climate Justice“ hat in Zusammenarbeit mit [der Brüsseler Aktionsgruppe] „Acteurs des temps présents“ und mit „Climat et Justice sociale“¹³ solch einen Prozess mit zwei Volksversammlungen angestoßen, die aber bislang folgenlos geblieben sind. Im Gefolge von Demonstrationen und im Kontext von „Occupy for Climate“ gab es Versuche, andere kleine Versammlungen zustande zu bringen. Doch insgesamt wird die Bewegung von sehr kleinen informellen Zirkeln getragen, die nicht gewählt worden sind, kein Mandat haben, keiner Basis gegenüber rechenschaftspflichtig sind; sie nutzen die sozialen Netzwerke, um mit einer sehr viel zahlreicheren Masse von Jugendlichen und Aktivist*innen zu kommunizieren. Daneben gibt es die NGOs, die per Definition vertikal strukturiert sind und arbeiten (wie kleine Ämter oder Unternehmen) und die nicht vom Staat unabhängig sind.

Wenn es keine demokratische und transparente Struktur gibt, konzentrieren sich die Machthabenden auf die medialen Figuren oder auf unsichtbare Personen in den Netzwerken der Aktivist*innen: Damit werden sie noch autoritärer. Ohne demokratische Räume kann die Bewegung weder leben noch sich an der Basis und in breiten Kreisen radikalieren, denn dann ist es auch nicht möglich, von unten nach oben Debatten zu führen, Entscheidungen zu Alternativen zu treffen und die Sprecher*innen und die Koordinator*innen der Bewegung auszuwählen und wenn nötig auszutauschen. Alle, die in der Bewegung sind, sollten etwas zu sagen haben und verstehen können, wie Entscheidungen zustande kommen. Diese Demokratie läuft über offene Vollversammlungen sowie mit gewählten und abrufbaren Sprecher*innen. Informelle Koordinationen von Verbänden und Aktivist*innen reichen nicht aus. Offenheit, Bereitschaft zum Einbeziehen und Transparenz der verschiedenen Strukturen, die die Aktionen organisieren sollten zu Prioritäten werden, wenn wir einen qualitativen Sprung nach vorne machen wollen. Sie sind der Sauerstoff und die Zukunft der Bewegung.

Schlüsselfragen für das Kräfteverhältnis: ziviler Ungehorsam und Streik

Die Demonstrationen sind vor allem Demonstrationen der zahlenmäßigen Stärke, massenhaft und mit Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht worden ist, was für den Aufbau einer Massenbewegung unbedingt notwendig ist. Ein hohes Ausmaß von Konfliktbereitschaft ist unvermeid-

lich. Humor und Spötteleien haben in unseren Aktionen durchaus ihren Platz, doch ist auch Wut mehr als legitim, wenn von der Gefahr der Zerstörung der Menschheit die Rede ist. Mit „Occupy for Climate“ ist der Unterschied zwischen Legalität und Legitimität ins Zentrum der Bewegung gerückt. Die Möglichkeiten, legal zu demonstrieren, sind demokratische Errungenschaften, die denen unten nach sehr harten Kämpfen, bei denen die bestehenden Gesetze nicht eingehalten wurden, zugestanden werden mussten. Heute wie damals sind ziviler Ungehorsam, Besetzungen, Blockaden, Schutz von Naturräumen, die von Zerstörung bedroht sind, die ZAD¹⁴ usw. legitime Aktionen, um die Bevölkerung aufmerksam zu machen und um die für die Zerstörung des Planeten Verantwortlichen direkt anzugreifen.

In den Demonstrationen kommen ebenso wie in der Bewegung ganz allgemein verschiedene Grade von Radikalität zum Ausdruck. Am 31. März haben sich beispielsweise die Gruppe der Gilets Jaunes und der kleine Schwarze Block an der Rue de la Loi aus dem Demonstrationszug gelöst. Ein paar aus dem Black Block haben die Gebäude von EU-Institutionen attackiert und einen infiltrierten Polizisten unsanft entfernt. Die Polizei hat 70 Personen präventiv festgenommen, die Gleichgültigkeit demgegenüber war sehr weit verbreitet – die Slogans „Police partout, justice nulle part!“ (Überall Polizei, nirgends Justiz/Gerechtigkeit“) sind kaum aufgegriffen worden –, das wiederum ist von den Organisator*innen begrüßt worden, sie haben sich auf eine in keiner Weise zu billigende Art und Weise den Verhafteten gegenüber entsolidarisiert. Auf der anderen Seite – maskiert zu demonstrieren und im Rahmen einer wenig kämpferischen Demonstration mit familiärer Atmosphäre Fensterscheiben einzuschlagen, das war nun nicht gerade dazu angetan, die Bewegung breiter werden zu lassen. In der Hoffnung auf Radikalisierung der gesamten Bewegung Konfrontationen mit der Polizei zu provozieren, das hieße, die Gefahr des Gegenteils heraufbeschwören, nämlich dass die am wenigsten radikalen Teile nicht mehr mitmachen und/oder sich von den kämpferischsten Teilen distanzieren.

Die paar wenigen zerbrochenen Fensterscheiben sind allerdings absolut nicht mit den massiven Verbrechen und Zerstörungen zu vergleichen, die von den Konzernen und den ihnen verpflichteten Institutionen begangen werden, wenn sie das Überleben der Menschheit in Gefahr bringen. Solidarität angesichts staatlicher Repression, ohne taktische Differenzen zu verschweigen, das ist für uns eine Grundsatzfrage. Abgesehen von diesem elementaren

Grundsatz darf diese Art von „avantgardistischen“ Aktionen nicht an die Stelle der Bewegung insgesamt treten und an das gemeinsamen Interesse daran, dass sie größer wird. Es ist sinnvoller, zu beweisen, dass die reale Gewalt gegen unsere Leben von oben ausgeht, anstatt ein Spektakel aufzuziehen, das für unsere Gegner im Staat wie ein wahres Geschenk kommt, damit sie aus ein paar Schaufensterscheiben einen Fetisch machen können.

Es ist also notwendig, dass in jedem Stadium demokratisch über die taktisch und strategisch gesehen am besten geeigneten Aktionsformen diskutiert wird und dass dabei die legitime Wut von Teilen der Bewegung in Rechnung gestellt wird. Im gegenwärtigen Stadium ist die Repression der Polizei gegen die Klimabewegung noch sehr gering, eine Selbstverteidigung der Bewegung steht nicht auf der Tagesordnung. Aber die ausgesprochen heftigen Belästigungen (von sexistischen Äußerungen bis Morddrohungen), denen Anuna De Wever oder Greta Thunberg ausgesetzt sind, lassen ahnen, was passieren könnte, wenn die Bewegung sich hält und radikaler wird. Es genügt, sich anzuschauen, wie die Frage der Gewalt bzw. der Gewaltlosigkeit sich in Notre-Dame-des-Landes, auf den Champs-Élysées, für die Indigenen in der Amazonas-Region, für die schwarzen Einwohner*innen von New Orleans nach dem Hurrikan Katrina oder aber für die landlosen Bauern und Bäuerinnen radikal unterschiedlich stellt.

Die direkteste Art und Weise, Ungehorsam zu zeigen und die etablierte Ordnung zu stören, besteht im Lahmlegen der Tätigkeit dort, wo von uns erwartet wird, dass wir die Maschine am Laufen halten: durch Streiks, ob von Schüler*innen, Studierenden, Frauen oder, klassischer, von abhängig Beschäftigten. Die Streiks und zugleich die Aktionen, die in der Gesellschaft etwas in Bewegung gesetzt haben, waren die starken Momente der Bewegung. Zusammen mit dem landesweiten 24-stündigen Streik am 13. Februar (bei dem insbesondere der belgische Luftraum geschlossen wurde – eine schöne Art und Weise, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die Bosse und die CO₂-Emissionen) und dem Frauenstreik am 8. März waren die Schulstreiks und die Arbeitsniederlegungen für das Klima Teil einer breiteren, erneuten Mobilisierung der sozialen Bewegungen mithilfe dieses Mittels.

In Belgien [mit ca. 11,4 Millionen Einwohner*innen] sind über 3 Millionen Menschen gewerkschaftlich organisiert; die organisierte Welt der Arbeit hat nach wie vor eine Schlagkraft, die so schnell nicht ihresgleichen findet, wenn sie voll und ganz mobilisiert ist. Wir haben am 15. März mit den Arbeitsniederlegungen und Streiks in mehre-

ren Betrieben und mit Unterstützung von Teilen beider Gewerkschaftsverbände eine erste Bresche geschlagen. [...] Die Jugend und die Aktivist*innen können nur gewinnen, wenn sie ein Zusammengehen mit den Lohnabhängigen suchen, die dazu imstande sind, nicht bloß ein Kaufhaus oder Einkaufszentrum zu blockieren, sondern Tausende von Betrieben im ganzen Land. Auch die Gewerkschaftsbewegung braucht demokratische Versammlungen am Arbeitsplatz, auf denen über Beschlüsse diskutiert wird, für die den Aktivist*innen Entwürfe vorgelegt werden, so dass zur Aktion geschritten und auf die Gewerkschaftsführungen Druck ausgeübt wird, damit der Klimakampf eine angemessene Prioritätsstufe erhält.

Die Kämpfe miteinander verbinden und zusammenbringen – ganz konkret

„Aber auch hier entsteht die Bewegung nicht nach irgend einem vorgefaßten Plan aus einem Zentrum, sie fließt zusammen aus einzelnen Punkten, in jedem aus anderen Anlässen, in anderen Formen.“ (Rosa Luxemburg, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, 1906)¹⁵

Vor kurzem haben wir festgestellt: „Es gilt, geduldig für die Konvergenz von sozialen und gewerkschaftlichen, feministischen, bäuerlichen, antirassistischen, dekolonialen und indigenen Kämpfen an der Basis und über die Grenzen hinweg zu arbeiten.“ Dafür heißt es aus der Position von Unterstützern von außen, von „Erwachsenen“ für die Jugend herauskommen. So hat z. B. die Haltung Aktivist*innen von „Rise for Climate“ ausgesehen. Sie hatten sehr wenig für die Aktionen der Jugendlichen mobilisiert und nicht dazu aufgerufen, für das Klima zu streiken. Andere Komitees wie „Workers for Climate“ haben sich ähnlich verhalten. Großeltern, Universitätsstudent*innen, Wissenschaftler*innen und Landwirt*innen haben mit zahlreichen mehr oder minder großen Delegationen an den Märschen an den Donnerstagen teilgenommen. Auch wenn das noch eher symbolischen Charakter hat, ist es doch bemerkenswert.

Die Momente des Zusammengehens im Streik und im zivilen Ungehorsam (wie in dem Streik vom 15. März oder bei Occupy for Climate) bringen die Bewegung politisch am weitesten nach vorn. Sie haben sehr wichtige Diskussionen darüber zur Folge gehabt, was das heißen soll: die Kämpfe „zusammenbringen“. Solch ein Zusammengehen hat zur Voraussetzung, dass jeder Kampf sich eigenständig aufbaut. Es kann nur aktiv zustande kommen, über eine zweifache Bewegung der Aneignung der unterschiedlichen Kämpfe – der Klima- und ökologischen Fragen –

durch die anderen sozialen Bewegungen sowie der sozialen Fragen (einschließlich der feministischen und antirassistischen Fragen) durch die Klima- und Ökologiebewegung. Der Reflex, den unmittelbaren Interessen der unteren Klassen und den dringenden Geboten ökologischer Politik entsprechende Forderungen und die Forderungen, die eine Verbindung zwischen den verschiedenen Fragen herstellen, aufzugreifen, sollte vorhanden sein.

Mehrere Aktivist*innen in der Gewerkschafts-, feministischen und antirassistischen Bewegung haben bereits ihr Interesse gezeigt, sich der Klimabewegung anzunehmen und mit eigenen Antworten und Methoden einen Beitrag zu leisten. Nur durch Integration und Verknüpfung der verschiedenen Forderungen über demokratische Debatten (was uns wieder zu den vorhin benannten Punkten bringt) und unter Respektierung der relativen Autonomie jedes einzelnen Kampfs kann man dahin gelangen. Jeder Kampf hat seine eigene Dynamik, seinen eigenen Rhythmus, seine eigenen Probleme. In den verschiedenen Emanzipationsbewegungen spielen sich interne Auseinandersetzungen ab. Beispielsweise haben an der jährlichen antirassistischen Demonstration vom 24. März, deren Vorbereitung reichlich institutionell vonstatten geht (wenngleich sich in diesem Jahr mehr Organisationen von Migrant*innen beteiligt haben als früher), nicht besonders viele teilgenommen, da es keine kämpferische antirassistische Massenbewegung gibt. Zudem gab es anderenorts lebendige und dynamische Aktivitäten für den Versuch, das Klimagesetz durchzusetzen. „Occupy for Climate“, das mit Unterstützung von Mitgliedsorganisationen der Plattform für die antirassistische Demonstration organisiert wird, hat diese Demonstration in den Medien in den Hintergrund gedrängt, es wurde keine Verbindung zwischen den diversen Anliegen hergestellt. Das Gegenteil hätte getan werden müssen.

Eine Antwort kam von antirassistischen und feministischen Aktivist*innen, die bei „Occupy for Climate“ aufgetreten sind, vor allem um der Statue des Massaker-Königs Leopold II.¹⁶ einen neuen „Look“ zu verpassen und eine Verbindung zwischen Antirassismus, Antikolonialismus und Klimagerechtigkeit herzustellen. Auch das „Collectif 8 maars“ bzw. „Collectif 8 mars“ hat eine besondere Untergruppe gebildet, die sich mit der Verknüpfung von Feminismus und Ökologie, aber auch den Verbindung von antirassistischen, Gewerkschafts-, LGBTQIA+- und anderen Kämpfen befasst. Die Bewegung insgesamt kann vorankommen und sich politisieren, wenn sie es akzeptiert, dass eine einzelne Bewegung von

anderen Bewegungen aufgerüttelt wird, und indem sie sich wechselseitig aufrütteln, stets mit dem Willen, gemeinsam vorzurücken, ohne Bemühungen, Konkurrenzen aufzubauen, die nur vergiften können.¹⁷

Entscheidend ist also eine feste Verbindung von sozialer Gerechtigkeit (im weiten Sinn, auch für die Frauen, die rassistisch abgestempelten Menschen, die LGBTQIA+) und Klimagerechtigkeit; die Berücksichtigung der unterschiedlichen Dimensionen führt unvermeidlich zu der Schlussfolgerung, dass ein Bruch mit dem Kapitalismus notwendig ist.

Größere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass noch ein weiter Weg zurückzulegen ist, um die Gewerkschaftsbewegung aus ihrem Bündnis mit dem Produktivismus herauszuholen. Die zentralen Forderungen, damit das gelingt, sind: kollektive Arbeitszeitverkürzung und Transformation der Produktionsweise unter Kontrolle der Arbeitenden und das Weiterbestehen ihrer Rechte. Die Klimabewegung sollte sich konkrete Zielscheiben suchen und sich um örtliche Verankerung bemühen; gegen die großen unnützen Projekte (wie die Erweiterung des Rings¹⁸, Einkaufszentren und dergleichen), gegen den Umweltrassismus (der dazu führt, dass die rassistisch diskriminierten Menschen und die Prekären in der Nähe von Verbrennungsanlagen angesiedelt werden), für die Konversion der verschmutzenden Branchen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Beschäftigten usw. Zusammengefasst: Es geht darum, die Bewegung zu den ärmeren Schichten, den Prekären und der Welt der Arbeit auszuweiten. *Klimagerechtigkeit ist ein Terrain des Klassenkampfes.* Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sollte sich veranlasst sehen, die Diskussion über ihre Rolle und ihre Aufgaben bei der radikalen Gesellschaftsveränderung zu eröffnen, die angegangen werden muss – und erkennen, dass sie ansonsten weiter an Glaubwürdigkeit verlieren wird.

Für die etablierten Parteien sind Wahlen eine Gelegenheit, um die Dinge wieder in die Hand zu bekommen. Die Klimabewegung muss Mittel suchen, um den Kampf permanent fortzuführen, ohne Ruhepause wegen der Wahlen, ohne an den Grenzen der Institutionen und der offiziellen Politik Halt zu machen, auch dann nicht, wenn es in den kommenden Monaten nur eine amtierende Regierung geben sollte oder falls die Grünen Regierungsbekommen sollten. Die Jugendlichen machen mit ihren wöchentlichen Mobilisierungen weiter. [...]

Der Klassenkampf zieht sich durch die Klimabewegung ... Strategisch wichtig ist es, dass in der Bewegung ein kämpf-

ferischer, demokratischer und radikal von den Regierungsinstitutionen und den Unternehmern unabhängiger Pol herausgebildet werden kann. Die Klimakatastrophe bringt uns zu der Frage zurück: „Von wem soll die Gesellschaft gesteuert werden?“ Von der Jugend, den arbeitenden Menschen und entsprechend unseren gesellschaftlichen Bedürfnisse auf einem bewohnbaren Planeten? Oder aber von dem Gesetz des Profits? Unser gesellschaftliches Lager ist das einzige, das bei den Maßnahmen, die auf allen Ebenen unabdingbar sind, bis ans Ende gehen kann. Die Zeit drängt. Die Bewegung wird weitergehen, weil die Klimaerwärmung weitergeht. Die Mitglieder von Gauche Anticapitaliste werden weiter aktiv daran teilnehmen, wie wir das seit 15 Jahren tun. Wir werden in der Bewegung weiter für ihre Demokratisierung eintreten und in ihr antikapitalistische Alternativen im Bruch mit diesem System, das unsere Leben und unseren Planeten zerstört, vorschlagen. Solange wie nötig. „There is no Planet B.“

■ **Mauro Gasparini** ist in der Bildungsarbeit in der Arbeiterbewegung tätig. **Axel Farkas** ist in der Solidaritätsbewegung mit den Sans-Papiers und in der Klimabewegung aktiv. Beide gehören der nationalen Leitung von Gauche Anticapitaliste/SAP Antikapitalisten an, der belgischen Sektion der IV. Internationale. Ihr Artikel ist zuerst am 10. bzw. 12. April 2019 in zwei Teilen auf der Webseite von Gauche Anticapitaliste (<https://www.gaucheanticapitaliste.org>) erschienen.

Original: <https://www.gaucheanticapitaliste.org/les-avancees-du-mouvement-climatique-et-les-obstacles-a-surmonter-1ere-partie/>; <https://www.gaucheanticapitaliste.org/les-avancees-du-mouvement-climatique-et-les-obstacles-a-surmonter-2eme-partie/>

Aus dem Französischen übersetzt und bearbeitet von Wilfried

1 Dies sind: Algemeen Belgisch Vakverbond (ABVV) / Fédération générale des travailleurs de Belgique (FGTB) und Algemeen Christelijk Vakverbond (ACV) / Confédération des syndicats chrétiens (CSC) (A.d.Ü.).

2 Vgl. den am 5.2.2019 auf der Website von Gauche Anticapitaliste veröffentlichten Artikel von Daniel Tanuro über den Ende Januar veröffentlichten Entwurf für ein „Klima-Sondergesetz“, <https://www.gaucheanticapitaliste.org/pour-le-climat-union-sacree-ou-convergence-des-combats/>; auf Flämisch: <https://www.sap-rood.org/kritische-bedenkingen-bij-de-klimaatwet/>.

3 Rue de la Loi oder Wetstraat ist eine Hauptstraße im Zentrum von Brüssel. Dort befinden sich Gebäude des föderalen Parlaments, des Ministerpräsidenten, der Europäischen Kommission (A.d.Ü.).

4 Die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) ist eine flämische Rechtspartei, die die für die Unabhängigkeit Flanderns ein-

tritt; sie ist die führende Partei im flämischen Parlament und seit 2010 auch in der Repräsentantenkammer (dem belgischen Parlament) die größte Partei. Von Oktober 2014 bis Dezember 2018 gehörte sie der Regierungskoalition und der von Charles Michel angeführte Föderalregierung an.

5 Schild en Vrienden (S&V) ist eine 2017 gegründete rechtsradikale flämisch-nationalistische Jugendbewegung.

6 Das Mouvement réformateur (MR, Reformbewegung) ist ein belgisches frankophones und deutschsprachiges politisches Kartell der neoliberalen Rechten; es entstand 2002 aus einem Bündnis von Parti réformateur libéral (PRL), Partei für Freiheit und Fortschritt, le Mouvement des citoyens pour le changement (MCC), Mouvement réformateur des libéraux bruxellois sowie Front démocratique des francophones (FDF), die 2011 aus dem MR austrat. Der Vorsitzende des MR Charles Michel leitet die derzeitige Regierung.

7 Die Centrale nationale des employés (CNE) ist eine der wichtigsten Gewerkschaften in Belgien. Sie gehört der Confédération des syndicats chrétiens (CSC) an, steht jedoch links von der Leitung der Konföderation. Sie ist in Wallonien und in Brüssel aktiv und organisiert Angestellte im Privatsektor.

8 Landelijke Bediendencentrale (LBC) ist die flämische Angestelltengewerkschaft des Algemeen Christelijk Vakverbond.

9 Die Algemene Centrale-ABVV / Centrale Générale – FGFB ist die größte Einzelgewerkschaft des Landes. 2014 hatte sie 430 000 Mitglieder, sie organisiert Arbeiterinnen und Arbeiter in zahlreichen Industriebranchen (außer Metall) und Dienstleistungsbereichen (A.d.Ü.).

10 David Van Reybrouck ist ein belgischer, niederländisch sprechender Autor, Historiker und Archäologe. Er hat eine Reihe von Büchern veröffentlicht, von denen auf Deutsch u. a. vorliegen: *Kongo. Eine Geschichte* (Berlin: Suhrkamp, 2012; zuerst 2010); *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist* (Göttingen: Wallstein, 2016; zuerst 2013); *Für einen anderen Populismus. Ein Plädoyer* (Göttingen: Wallstein, 2017; zuerst 2008). Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/David_Van_Reybrouck (A. d. Ü.).

11 Anuna De Wever, 18 Jahre, ist eine flämische Klimaaktivistin, die mit ihrer Freundin Kyra Gantois die belgische Bewegung „Youth for Climate“ (<https://youthforclimate.be/>) angestoßen und die ersten Schulstreiks organisiert hat, die vor allem in Flandern stattgefunden haben, mit zentralen Demonstrationen jeweils an Donnerstagen in Brüssel (A. d. Ü.).

12 „Sign for my future“ ist eine Kampagne, die von einer belgischen Biomarktkette ausgeht und zum Unterschreiben einiger Forderungen für sofortiges Handeln zur Rettung des Klimas (Klimagesetz, Investitionsplan, Klimarat) im Internet auffordert; gewollt wird „ein Ort, wo es sich gut leben lässt und wo die Wirtschaft stark ist“ (A.d.Ü.).

13 „Klima und soziale Gerechtigkeit“ (in Flandern: „Klimaat & sociale Rechtvaardigheid“) stellt Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt und tritt dafür ein, den Klimakampf und ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen; einige Mitglieder von Gauche Anticapitaliste/SAP Antikapitalisten arbeiten in dieser eher kleinen Aktionsgruppe mit. Webseiten: <https://www.climatetjusticesociale.org> und <https://www.klimaatensocialerechtvaardigheid.org> (A.d.Ü.).

14 Zone à Défendre (ZAD), um 2010 entstandene Wortneu-

schöpfung der aktivistischen Besetzerszene, die das Bauvorhaben eines internationalen Großflughafens bei Nantes bekämpft hat, das im Januar 2018 aufgegeben wurde; geht zurück auf die ab 1974 verwendete amtliche Bezeichnung „zone d'aménagement différencié (ZAD)“ für das 1225 Hektar große Gelände des künftigen Flughafens; die ZAD sollte mehrfach geräumt werden; die Bewohner*innen der Hütten in der ZAD wurden „zadistes“ genannt (was genau wie „Sadisten“ klingt), die betroffene, vor allem bäuerliche Bevölkerung „zadés“; in der französischen alternativ-militanten Szene werden die Wiesen- und die Baumbesetzung am bzw. im Hambacher Wald ZAD genannt; die Bezeichnung ZAD wurde auf verschiedene Hausbesetzungen oder Protestcamps gegen unnütze Großprojekte in Frankreich ausgeweitet, bei denen alte Häuser, Wälder etc. im Interesse von Investoren zerstört werden sollen (Staudamm-, Autobahnringbauvorhaben etc.) (A.d.Ü.).

15 Rosa Luxemburg, *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, Hamburg: Verlag von Erbsmann Dubber, 1906, S. 13; in: *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Berlin: Dietz Verlag, 1972, S. 106; <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/kap3.htm> (A.d.Ü.).

16 Leopold II. (1835-1909), eigentlich Leopold Ludwig Philipp Maria Viktor, aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha, ab 1865 König der Belgier, laut Wikipedia „Anhänger kolonialistischer Ideen“, „gründete in Zentralafrika den offiziell eigenständigen Kongo-Freistaat, dessen absoluter Monarch und persönlicher Eigentümer er von 1876/1885 bis 1908 war. Zu dieser Zeit wurde aus dem Kongo vor allem Elfenbein und Kautschuk exportiert. Die einheimische Bevölkerung wurde dabei grausam misshandelt und ausgebeutet“ (A.d.Ü.).

17 Siehe das Video „Racisme et climat: notre auto-critique“ des Teams „Tout va bien“, das am 11. April herausgekommen ist und in dem nach den Erfahrungen mit den verschiedenen Aktionen und Festnahmen der Aktivist*innen eine Selbstkritik vorgebracht wird: <https://www.facebook.com/toutvabien-media/videos/2104631436252566>.

18 Hier ist Ring 0 (französisch: Ring de Bruxelles, niederländisch: Grote Ring rond Brussel) gemeint, die 75 km lange Stadtautobahn um die Hauptstadt Brüssel (A.d.Ü.).



GEMEINSAMKEITEN UND BRUCHLINIEN DER REGIERUNGSKOALITION

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Beschaffenheit und den Widersprüchen des Bündnisses, das Jair Messias Bolsonaro auf den Präsidentenstuhl gehoben hat.

■ **Ana Cristina Carvalhaes**

■ Bereits zu Beginn zeigte sich, wie schwer es für die Koalition werden würde, die laufenden Affären abzuwickeln und gleichzeitig die Regierungsvorhaben zügig umzusetzen. Denn der bunt gewürfelte Haufen aus wirtschaftspolitischen Adepten der ultraliberalen Chicagoer Schule, hochrangigen Militärs, Polizeitruppen des Scharfmachers Sergio Moro, Anhängern des Verschwörungstheoretikers Olavo de Carvalho und evangelikalen Fundamentalist*innen mag seine Stärken haben, birgt aber ein gewaltiges Sprengpotential.

Welcher Geist da waltet, offenbarte sich den besser informierten Kreisen, als einen Monat nach Regierungsantritt der Rechtsextremen der Wissenschaftsminister Marcos Pontes, Oberstleutnant der Luftwaffe und ehemaliger Raumfahrer, seine Weltsicht in einem Interview während eines Staatsbesuchs in Israel zum Besten gab. Darin bekräftigte er, dass die Erde rund sei und dass er mit eigenen Augen gesehen habe, dass Galilei tatsächlich recht hatte. Außerdem sei die Theorie, dass die Erde eine Scheibe ist, „nicht Teil der Wissenschaft“.

Eine wahrhaft fundamentale Erkenntnis, mit der er aber dennoch im eigenen Laden aneckte, zumal er auch noch versprach, mehr Frauen in die wissenschaftliche Forschung einbinden und Forschungsstipendien nicht nach

ideologischen Kriterien vergeben zu wollen. Dies erzeugte einen Aufschrei unter den aufklärungsfeindlichen Jüngern des Präsidenten Jair Messias (nomen est omen) Bolsonaro. Vereint im Kampf tummeln sich hier Aufklärungsgegner, denen die Erde tatsächlich als Scheibe gilt, mehr oder weniger offene Rassisten, Frauenfeinde, Homophobe, Antikommunisten, Anti-Etatisten, Proletenhasser und religiöse Fundamentalisten, die sich wirkungsvoll in den sozialen Medien austoben. Ebenso wenig glücklich über Pontes zeigen sich die rechtsgewirkten Globalisierungsgegner*innen und die Verächter des „Kulturmarxismus“, als welche sich die Erziehungs- und Außenminister gerne bezeichnen.

Neben der eher folkloristischen Episode um den Geistesriesen Pontes kam es zu einem weiteren faux pas, der wohl eher zur Regel werden wird: Der Vizepräsident Hamilton Mourão, ein Armeegeneral, der dafür bekannt geworden ist, dass er die politische Krise durch militärisches Eingreifen lösen wollte, hat erklärt, dass für ihn das Problem der Geburtenrate mit der Volksgesundheit der Frauen zusammenhänge und dass er selbst „als Bürger“ Abtreibung für eine „persönliche Entscheidung“ halte. Noch nicht einmal 24 Stunden später erging eine Presseerklärung der Führungsriege der PSL (Bolsonaros Partei mit einem zentralen Stellenwert innerhalb des neuen Macht-

gefüges) in der Abgeordnetenversammlung: „Die Abtreibung wird nicht legalisiert werden“ und „wir werden diese linken Machenschaften nicht durchkommen lassen“. Wieder einmal mehr hat Mourão, der zu den von seinem Chef zum Feind erkorenen Pressekonzernen ein enges Verhältnis pflegt, mit seinem Vorpreschen nicht nur Bolsonaros Söhne, sondern auch die gesamte zahlreich vertretene Militärriege in der Regierung vor den Kopf gestoßen.

Bereits eine knappe Woche davor hatten sich die Beziehungen zwischen Bolsonaro und seinen Söhnen einerseits und dem Vizepräsidenten ernsthaft eingetrübt, als der Abgeordnete der PSOL-RJ Jean Wyllys wegen mehrfacher Drohungen sein drittes Abgeordnetenmandat niederlegte.¹ Bolsonaro, seine Söhne und seine Anhänger quittierten dies mit freudiger Zustimmung in den sozialen Medien. Der Vizepräsident hingegen erklärte: „In meinen Augen begeht jemand, der einen Abgeordneten bedroht, ein Verbrechen, da Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zu den wichtigsten Dingen zählen.“ Damit war er ins Fettnäpfchen getreten.

Vereint gegen wen?

Dies waren nur drei Beispiele von zahlreichen Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen, die sich in der Regierung Bolsonaro auftun, der von einer Koalition ins Amt gewählt wurde, die sich in ihrer Ablehnung linken und kosmopolitischen Gedankenguts und in ihrer Begeisterung für das uneingeschränkte Walten des freien Marktes und für die antiquierten Sitten und Gebräuche einig sind. Allerdings dürfen solche Verwerfungen und Widersprüche nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen den Beteiligten ein tiefgreifendes programmatisches Einverständnis herrscht. Vor allem aber haben sie gemeinsame Feinde, nämlich „die Linke, die Menschenrechte, den Wohlfahrtsstaat und weltliche Moralvorstellungen“, wie der Anthropologe Ronaldo Almeida schreibt.

Aus der Sicht der Bolsonaro-Anhänger sind unter „links“ viele Leute einzuordnen. Da reicht es schon, wenn man eine soziale Einstellung hat oder sich über die gravierende Ungleichheit sorgt und sie auf politischem Wege bekämpfen will. Auch Anwendlungen von Solidarität und Empathie oder Respekt vor Mensch und Natur gehören dazu. Soziale, kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt und erst recht Minderheiten sowie freier Gedankenwettbewerb sollen gar nicht erst erwähnt und schon gar nicht toleriert werden. Gar heillos kriminell sind diejenigen, die für eine Mobilisierung und Aktivierung der Gesellschaftsschichten eintreten, die den status quo infrage stellen und

für ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, der ja von der Mehrheit und nicht von den Wenigen geschaffen worden ist, kämpfen könnten.

Bolsonaro konnte sich deswegen bei den Wahlen durchsetzen, weil sich hinter ihn fünf große gesellschaftliche und politische Kräfte gestellt haben, deren Zusammenwirken aus der seit 2014 wogenden rechten Welle einen regelrechten Tsunami gemacht hat. Hier greife ich auf eine Formulierung zurück, die der Journalist Reinaldo Azevedo in *Folha de S. Paulo* vom 30.11.2018 gebraucht hat. Zusammengefasst hat er dies so beschrieben: Die neue Regierung besteht aus Polizei (Moro und seine Entourage), Chicago (also dem Friedman-Adepten Paulo Guedes und seiner dem internationalen Finanzkapital hörigen Anhängern) und dem Kasernenhof (also der Armee oder wenigstens einem gewichtigen Teil von ihr).

Die beiden anderen Komponenten vergaß er hinzuzufügen, nämlich die ideologischen Stichwortgeber um den Philosophen Olavo de Carvalho und Trumps Marketing-Strategen und Pop-Star der ultrarechten „Globalisierungsgegner“ Steve Bannon. Diese 4. Säule ist nicht zu vernachlässigen, da zu ihr Bolsonaros Kinder, die Mehrheit der PSL-Abgeordneten und die reaktionären Bildungs- und Erziehungsminister zählen. Die 5. Säule bilden die Evangelikalen um solche Sekten wie die „Kirche zum Leben Christi“, „Gemeinschaft Gottes“ oder „Universalkirche vom Reich Gottes“. Sie versammeln wahlentscheidende Massen hinter sich und ein Teil von ihnen hat zuvor Lula und Dilma Rouseff unterstützt, bevor eine Kehrtwendung vollzogen wurde.

Die Chicago Boys

Die (natürlich private) Chicagoer Wirtschaftsschule gilt als die neoliberal-monetaristische Kaderschmiede ante litteram, die ihren prägenden Einfluss zu einer Zeit gewonnen hat, als noch niemand an Ronald Reagan oder Margaret Thatcher gedacht hat. Dort wurden die Ökonomen ausgebildet, die Pinochets Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Putsch 1973 bestimmten und an denen sich der heutige brasilianische Wirtschaftsminister Guedes orientiert. Einer der Adepten war Jeffrey Sachs, der den früheren bolivianischen Staatspräsidenten Sánchez de Lozada bei der Privatisierung und dem Ausverkauf der Ressourcen des Landes beraten hat. Auch andere lateinamerikanische Politiker wie Carlos Menem in Argentinien oder Fernando Henrique Cardoso in Brasilien folgten diesen neoliberalen Rezepten.

Paulo Guedes und seine Adlaten in dem neu geschaffenen Superministerium, dem auch vormals eigenständige

Ressorts wie Entwicklung, Außenhandel, Planung und Soziales zugeschlagen worden sind, sind streng genommen nur politische und ideologische Adepten der Chicagoer Schule. Sie fallen weit mehr aus der Zeit als die „Chicago boys“ unter der Diktatur von Pinochet und haben auch keine besonderen akademischen Meriten vorzuweisen. Bei den maßgeblichen Kräften des brasilianischen Finanzmarktes gelten sie fast ausnahmslos als zweite Wahl (angefangen beim Superminister selbst, einem Investmentbanker mit zweifelhaftem Ruf). Die einzigen Ausnahmen sind der ehemalige Minister (unter Dilma Rousseff) Joaquim Levy – Präsident der Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES), der daraus eine Bank für Unterentwicklung unter der Fuchtel der internationalen Finanzwelt machen will – und der frühere Finanzminister Mansueto Almeida, ein erprobter Karrierist. Schließlich braucht es jemanden, der weiß, wie man den „Laden“ führt. Aber sie alle haben eine amerikanische Universität durchlaufen, sei es die Päpstliche Katholische Universität von Rio de Janeiro oder die Fundação Getúlio Vargas (FGV).

Worin sich die Wirtschaftspolitiker in der gegenwärtigen Regierung von den klassischen Neoliberalen der Vergangenheit unterscheiden, das zeigt sich bereits sowohl im Zuschnitt von Guedes' Superministerium als auch in den anfänglichen Gesetzesvorlagen zur Rentenreform, mit der der Auftakt zu einer Reihe von Strukturreformen gemacht werden soll, auf die das Kapital drängt. Entwicklung und wirtschaftliche Souveränität kommen in diesem Konzept noch nicht einmal in Festtagsreden vor. Genau so wenig die Industriepolitik, Steuererleichterungen für die Einkommensschwächsten oder der Erhalt strategisch wichtiger Staatsunternehmen. Guedes macht keinen Hehl daraus, dass er alle staatlichen Unternehmen einschließlich der Petrobras am liebsten verkaufen würde. Zunächst soll der staatliche Besitz der Aktienmehrheit dieses strategisch wichtigen Industriezweigs abgebaut werden.

Vereinbarungen mit dem Mercosur zählen nicht mehr und es wird keine gemeinsamen Verhandlungen mehr geben. Stattdessen soll der brasilianische Markt für allen Nippes der Welt durch eine einseitige Senkung der Einfuhrzölle geöffnet werden (wozu braucht es eine Industrie im eigenen Land?). Um den ausgeglichenen Haushalt zur Bekämpfung der Inflation in Brasilien zu wahren (will heißen, die globale Finanzspekulation zu unterhalten und damit die gigantische Staatsverschuldung zum Wohle der Banken und Couponschneider), müssen Millionen von jungen Menschen nicht nur hinnehmen, dass sie nie eine

Rente beziehen werden, sondern dass auch die Sozialhilfeleistungen halbiert werden. Sollen doch die Verelendeten von heute sterben, es lebe die Altersarmut von morgen.

Ganz zu schweigen davon, dass die ultraliberale Equipe um Guedes ganz nach dem Gusto der Marktradikalen in den Metropolen keinerlei staatliche Regulierung, die das „freie Spiel“ des Marktes beeinträchtigen könnte, hinnehmen will: Umweltschutz, Auflagen für die Agrarindustrie, gesundheitsverträgliche Lebensmittel, Luftverkehrssicherheit, Verbraucherschutzgesetze wären nur hinderlich! Der Kommentar des Soziologen Sergio Fausto (weiß Gott kein Linker) trifft ins Schwarze: „Angesichts der Ereignisse in Mariana und Brumadinho² müssen wir gar nicht erst darauf verweisen, welche Risiken diese ideologischen Prioritäten in sich bergen.“

Passend zu einem Präsidentenstuhl und einem Landwirtschaftsministerium, die dem internationalen Agrarbusiness aufs Wort gehorchen, sind in dem Gruselkabinett der DEM-Abgeordnete und ausgewiesene Schmiergeldempfänger eines Nahrungsmittelkonzerns Onyx Lorenzoni als Kabinettschef und die „Muse des Gifts“ Tereza Cristina als Landwirtschaftsministerin vertreten. Letztere hat sich ihren Ehrentitel wegen ihrer enthusiastischen Unterstützung von Pestiziden in der Landwirtschaftsindustrie und ihrem Eintreten für die „kontrollierte“ Abholzung des Regenwaldes verdient. Zudem wurde ihrem Ministerium die Kontrolle über die Indigenen-Behörde Funai, die für den verfassungsrechtlichen Schutz der Nachfahren der Ureinwohner und ihrer Gebiete zuständig ist, übertragen und damit der Bock zum Gärtner gemacht.

Der Richter Gnadilos

Während Guedes für so wenig Staat als möglich steht, träumt der Justizminister Sergio Moro von so viel Staat als möglich. Der ehemalige Richter der Antikorruptionsoffensive „Operation Lava Jato“ leitet das zweite Superministerium und damit ein Heer von Polizisten, Staatsanwälten und Wirtschaftsprüfern. Er will das Maximum an Staat und damit an Strafgewalt. Diese Weltsicht passt perfekt zu einer Regierung, die ihren Wahlkampf mit einem zum Pistolenlauf ausgestreckten Zeigefinger als Symbol bestritten hat.

Moro ist in der Regierung deswegen so wichtig, weil er und seine Staatsanwälte in der Affäre Lava-Jato im Zuge einer Anti-Korruptionskampagne maßgeblich an dem Rechtsruck der Mittelschicht beteiligt waren, indem sie zu den Demonstrationen für die Absetzung von Dilma Rousseff animierten. Er war der unerbittliche Richter, der den

richtigen Zeitpunkt zur Veröffentlichung eines Tonmitschnitts von Lula und Dilma erwischt und als Mann, der den ehemaligen Präsidenten Lula ins Gefängnis gebracht hat, das Superministerium mehr als verdient hat.

Es gibt aber daneben strategische Gründe, ein solches Superministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit zu schaffen, nämlich die strafrechtliche Verfolgung und damit den Strafgedanken zu intensivieren, Massenverhaftungen vornehmen zu können und die Erlaubnis zum Töten zu legitimieren, die der ohnehin schon gewalttätigen Polizei und besonders dem Militär zukommen soll. In die Zuständigkeit des Ministeriums fallen außer der Justiz auch die Bundespolizei, die landesweite Verkehrsüberwachung, die Bundesstrafanstalten, der Nationale Nachrichtendienst ABIN, Nachfolgeorganisation der SNI, aber eher in der Tradition der Militärdiktatur stehend, sowie die Staatliche Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (COAF), die in der Vergangenheit den Mitgliedern der neuen Regierung schlaflose Nächte beschert hat.

Wenn noch Zweifel an der Rolle von Sergio Moro, dem Idol der gelb-grünen Massenbewegung in der neuen Regierung, bestanden, wurden sie durch die Präsentation seines Plans zur Kriminalitätsbekämpfung am 4. Februar beseitigt. Mit dem erklärten Ziel, „den Kampf gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Gewaltverbrechen zu verstärken“, werden durch den Gesetzentwurf 14 Gesetze modifiziert, die Strafen erhöht und der Übergang von der strikten Gefängnishaft zum Freigang erschwert. Eine Änderung ist dabei für Anwälte, Menschenrechtler und soziale Bewegungen von besonderer Bedeutung: Durch die Ausweitung des Begriffs der Selbstverteidigung wird es der Polizei erleichtert, summarische Hinrichtungen zu rechtfertigen.

Der Sophistiker

War es bis hierhin schon seltsam, so wird es jetzt exzentrisch. Bolsonaro und sein inner circle in der – wie versprochen – ausgedünnten Regierungsmannschaft (Onyx Lorenzoni und die Militärs) benötigten auch ideologischen Flankenschutz. Diesen lieferte die Seilschaft von Olavo de Carvalho, einem Astrologen mit philosophischen Ambitionen, der seine ideologischen Ergüsse seit 2005 von den USA aus streut und sich als unermüdlicher Kämpfer der rechtsextremen Szene Brasiliens betätigt. Darüber wurde die Propaganda in den sozialen Netzwerken betrieben, wurden fanatische Anhänger unter der Jugend der Mittelschichten rekrutiert und die Unternehmer und auch Teile

der Unterschichten gewonnen. Zu seinen Adepten zählen auch Bolsonaro und dessen Familie.

Carvalho ist für ihn und die Ultrarechten in Brasilien das, was Steve Bannon für Donald Trump und die Alt-Right-Bewegung (alternative Rechte) in den USA darstellt. Die Parallelen aber reichen weiter: Olavo hat von Bannon und Trumps Politikstil nahezu das gesamte ideologische Gerüst übernommen, das er an Bolsonaro und seine Anhänger weitergereicht hat. Am treffendsten ist die darin enthaltene Denkungsart dieser Gurus der internationalen Rechten von dem US-amerikanischen Kultursoziologen Jeffrey C. Alexander beschrieben worden (Raging Against the Enlightenment: The Ideology of Steven Bannon, in *Section Culture* Vol. 29 #1-2).

Olavo de Carvalho ist der „geistige“ Mentor des Abgeordneten und Präsidentensohns Eduardo Bolsonaro, des Außenministers Ernesto Araújo und all der Pseudointellektuellen in der Regierungskoalition, zumeist jüngere Leute aus der Geschäftswelt und dem Unternehmertum. Auf seine Protektion ist auch die Ernennung von Ricardo Vélez Rodríguez als (inzwischen wegen mangelnder Kompetenz entlassener) Erziehungsminister zurückzuführen, wofür dieser sich als ultrakonservativer Religionsprofessor und Kämpfer gegen den „Kulturmarxismus“ empfohlen hat.

Nicht zufällig gingen von dem Duo Araújo und Rodríguez die meisten Vorstöße der reaktionären Technokraten im Wirtschaftsministerium und unter den Militärs in der Regierung aus, die erst den eigenen Stall ausmisten und die personellen Voraussetzungen dafür schaffen wollen, ihre Agenda bei der Sozialversicherungsreform, also dem Abbau sozialer Sicherung, und den Privatisierungen umzusetzen. In seinem eiligen Bestreben, den Interventionskurs von Trump und der eigens dafür gegründeten Lima-Gruppe gegen Venezuela zu unterstützen, hat Araújo beinahe dem militärischen Oberkommando und dem Vizepräsidenten Brasiliens den Krieg erklärt, indem er irrsinnigerweise gegen einen militärischen Kooperationsvertrag mit dem Nachbarland verstoßen hat, ohne die Armee zuvor zu konsultieren.

Man könnte beinahe lachen, wenn es nicht die traurige Realität wäre: Bolsonaro und Araújo brechen mit der Tradition der brasilianischen Diplomatie, als Mittler bei den Konflikten in den Nachbarländern zu agieren, und säen stattdessen Zwietracht. Selbst ein Konservativer wie der ehemalige Diplomat und Minister unter Itamar Franco, Rubens Ricupero, kann sich da nur mit Grausen abwenden.

Der (inzwischen ehemalige) Erziehungsminister vertritt das Konzept einer „unparteiischen“ Schule (Escola sem Partido), die sich gegen die „Indoktrination“ der Schüler wendet und damit die freie Lehre außer Kraft setzen will. Sexualekundeunterricht gilt dabei als tabu, ebenso der ganze „Genderkram“.

Olavo de Carvalho ist auch der Stichwortgeber für Bolsonaros Söhne und andere PSL-Abgeordnete, die hartnäckig das Verbot linker Parteien wie der PT, der PSOL und der PCdoB fordern, weil hier „Kommunisten“ am Werk seien. Soziale Bewegungen sind sowieso des Teufels und müssen als „terroristisch“ eingestuft werden.

Die Gotteskriegerin

In ideologischen und moralischen Fragen stehen dieser Strömung die evangelikalen Neopfingstler innerhalb der Koalition sehr nahe. Ihnen ist das neu geschaffene Ministerium für Familie, Frauen und Menschenrechte zugefallen, das von der evangelikalen Pastorin und ehemaligen parlamentarischen Beraterin Damares Alves bekleidet wird. In ihr Ressort fällt die Zuständigkeit für behinderte Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche, aber auch die Bekämpfung des Rassismus und die Wahrung der Menschenrechte bzw. das, was Fundamentalisten dieser Prägung darunter verstehen. Als Angehörige der International Church of the Foursquare Gospel tritt sie vehement gegen einen säkularen Staat ein und die indigene Bevölkerung gilt ihr allenfalls als zu bekehrendes Objekt, das der „Kultur“ zugeführt werden muss.

Hinter sich weiß sie 21,6 Millionen evangelikale Wähler*innen, die im zweiten Durchgang für Bolsonaro gestimmt haben, was der Evangelikalen Parlamentarischen Front (FPE) 84 Abgeordnete und 7 Senatoren beschert hat. Gemeinsam mit den rechtskatholischen Parlamentariern verfehlt diese Front ihre Anliegen: die Bekämpfung von Homosexualität, Gendertheorie und der „Ideologisierung“ der Schulen. Vor allem richtet sie sich gegen die Entkriminalisierung der Abtreibung, nebenbei auch gegen die Stammzellenforschung. Die hohe Zahl der Abgeordneten, die die Gotteskrieger innerhalb von Bolsonaros Allianz für sich durchsetzen konnten, weist darauf hin, dass ihre Strategie vorwiegend in der Legislative umgesetzt werden soll.

Weniger bekannt ist, dass diese Strömung auch über ein kohärentes wirtschaftspolitisches Programm verfügt, das in seiner Ausrichtung den neoliberalen Ansichten von Guedes nicht nachsteht. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Monica Baumgarten de Bolle von der John-Hopkins-Universität weist darauf hin, dass von der FPE die meisten

Gesetzesinitiativen im Parlament ausgehen. Das von ihnen – in Abgrenzung zu der Agenda von Guedes – unter dem Namen „Brasilien für die Brasilianer“ vorgelegte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Manifest trägt eine eindeutige ultra-neoliberale Handschrift. Darin sollen dem internationalen Finanzkapital Tür und Tor geöffnet und der internationale Freihandel über die Wiedereröffnung der Häfen zum Nachteil der regionalen Bündnispartner im Mercosur angekurbelt werden. Haushaltspolitisch ist strikte Austerität angesagt.

Die Offiziere

Es wurde bereits oft darauf hingewiesen, dass in der neuen Regierung so viele Militärs in allen Hierarchieebenen vertreten sind wie seit 1964 nicht mehr. Außer dem Präsidenten und seinem Stellvertreter tragen 7 der 22 Minister Uniform. Auf den strategisch wichtigen Positionen im zweiten Glied (Staatssekretäre und Leitung der Staatsbetriebe) sitzen nach einer Mitteilung an *Zero Hora* 46 Armeeeingehörige. Rechnet man die weiteren technischen Schlüsselpositionen dazu, kommt man auf über 100 Militärs.

Verwunderlich ist dies insofern nicht, als diese Konstellation bereits im Wahlkampf sichtbar wurde, wo hohe Reserveoffiziere wie die Generäle Augusto Heleno, Oswaldo Ferreira und Aléssio Ribeiro Souto eine zentrale Position innehatten. Dies liegt umso näher, als die anderen Sektoren der Regierungskoalition kaum politisch und fachlich kompetente Vertreter vorweisen können.

Dennoch versuchen manche Beobachter glauben zu machen, dass hierdurch keine Militarisierung des öffentlichen Lebens und der Politik mit einer Einschränkung der demokratischen Freiheiten droht, da es sich bloß um Reserveoffiziere handele, die außerdem vorwiegend technische und zivile Funktionen innehätten. So schreibt der Politologe José Luís Fiori: „1964 haben die Militärs die Macht übernommen, indem sie die Institutionen und die Regierung besetzten. Die heutigen Militärs in der Regierung bekleiden jedoch keine wichtigen Kommandofunktionen und vertreten nicht dieselben ideologischen und strategischen Ansichten wie damals.“

Damit bezieht sich der Autor auf das konservative Entwicklungsmodell (desenvolvimentismo conservador) der damaligen Militärhierarchie, das noch immer die Weltsicht prägt. Aber: „Die moderne Welt befindet sich in einem geopolitischen und wirtschaftlichen Umbruch, während die Armee noch immer an der binären Sichtweise des 20. Jahrhunderts festhält und sich nicht vorstellen

kann, dass aus den einstigen Gegnern bloße Konkurrenten oder Feinde der USA geworden sind.“ Nach Ansicht des Soziologen Sérgio Amadeu hätte das Ende des Kalten Kriegs und damit der „kommunistischen Bedrohung“ die brasilianische Armee wieder auf die Linie des „Ordnungsnationalismus“ aus der Zeit der Alten Republik gebracht.

Angesichts dieser Verunsicherung stellt sich die Frage, welche Rolle die Armee einnehmen kann und will, wenn Bolsonaro seine Regierungsvorhaben innerhalb des Parlaments oder gegen die Justiz nicht durchsetzen kann, auch wenn diese momentan ganz auf seiner Linie liegen.

Die Aussichten

Die Parteienlandschaft der seit 1985 bestehenden Neuen Republik ist durch den Ausgang der Wahlen 2018 komplett aus den Fugen geraten. Die MDB (vormalige PMDB), eine Allianz der regionalen Oligarchen, war seit 1988 im wechselnden Verbund eine feste Größe in den Regierungskoalitionen gewesen. Nunmehr ist sie von 65 auf gerade noch 31 Abgeordnete abgerutscht und hat den Vorsitz in den beiden Kammern verloren. Auch die PSDB als der andere der beiden jahrzehntelangen Sachwalter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elite ist abgesackt und verfügt nur noch über 29 Abgeordnete. Im jetzigen Parlament sind 30 Parteien vertreten, von denen die bisher bedeutungslose PSL mit 52 Sitzen die zweitstärkste hinter der PT mit 55 Sitzen ist.

Dennoch überlebt das politische System der Neuen Republik dank der weiterbestehenden Verwaltungsapparate, während die Parteienlandschaft – wie erwähnt – im Umbruch steckt. Offen ist, wer unter den neuen Koalitionären bspw. die Funktion der MDB als Interessensvertreter der regionalen Oligarchen übernehmen wird. Kommt es etwa zu einem Block zwischen den diversen evangelikalischen Parteien? Und werden die reaktionärsten Komponenten des Bolsonaro-Lagers hinreichend Fingerspitzengefühl und Kompromissbereitschaft zeigen, um eine Polarisierung und soziale Unruhen zu vermeiden? Falls nein, wird sich die Armee zurückhalten und auf ihre verfassungsgemäße Rolle beschränken? Welchen Einfluss werden die Reserveoffiziere in der Regierung nehmen?

Viele offene Fragen und ein ungewisse Zukunft, sowohl in den Institutionen als auch auf den Straßen.

■ **Ana Cristina Carvalhaes**, Journalistin und Leitungsmitglied der PSOL-RJ ist führendes Mitglied der Tendenz Insurgência innerhalb der PSOL, die Teil der brasilianischen Sektion der IV. Internationale ist. Zugleich ist sie Mitglied in deren Exekutivbüro.

Bearbeitete Version einer Übersetzung aus dem Portugiesischen

■ Übersetzung: MiWe

1 Jean Wyllys war nach seiner Demissionierung im Januar ins Exil gegangen, da er nach zahlreichen Mordandrohungen um sein Leben fürchtete. Zuvor war er als führendes Mitglied der LGBT-Bewegung mit dem explizit homophoben Präsidenten mehrfach im Parlament aneinandergeraten.

2 Der Dambruch von Brumadinho war ein Unglück in der brasilianischen Kleinstadt Brumadinho im Bundesstaat Minas Gerais. Das Unglück ereignete sich am 25. Januar 2019. Eine dadurch ausgelöste Schlammlawine zerstörte Siedlungen nahe der Stadt und forderte etwa 300 Menschenleben. Das Ökosystem des Flusses Paraopeba, in den die Schlammlawine floss, wurde dadurch zerstört. Drei Jahre zuvor war in Minas Gerais bei Mariana ebenfalls ein Staudamm eines Bergwerks gebrochen und hatte eine Naturkatastrophe ausgelöst. Verantwortlich war jeweils der multinationale Bergbaukonzern Vale.



LATEINAMERIKA AUS SICHT DER DEPENDENZTHEORIE

Die hier präsentierten Thesen führen Ideen zusammen, die in den beiden neuesten Büchern des Autors entwickelt wurden. Die Bibliographie kann dort eingesehen werden (Siehe Fußn. 1)

■ **Claudio Katz**

Seit vier Jahrzehnten leben wir im Schatten des neoliberalen Kapitalismus. Diese Periode begann mit dem Thatcherismus, erhielt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion einen weiteren Aufschwung und dauert bis heute an. Die Funktionsweise der Wirtschaft wurde modifiziert, indem die sozialen Errungenschaften niedergewalzt wurden, wodurch die Aktivitäten des Kapitals und die der Logik der Gewinnmaximierung unterworfenen Bereiche im großen Stil ausgeweitet werden konnten.

Alle politikwissenschaftlichen Strömungen sind sich darin einig, die negativen Auswirkungen dieser Phase auf Lateinamerika hervorzuheben. Aber die marxistische Dependenztheorie liefert wichtige zusätzliche Instrumente für diese Einschätzung.

Dieser Ansatz wurde in den 1970er Jahren von Ruy Mauro Marini, Theotonio Dos Santos und Vania Bambirra entwickelt. Er erreichte eine große Aufmerksamkeit mit einer Erklärung der Unterentwicklung, die an dem Verlust von Ressourcen ansetzt, unter dem die Peripherie leidet. Ihre Theorie veranschaulichte insbesondere, wie die abhängige Reproduktion die untergeordnete internationale Eingliederung der Region verstärkte. Diese wissenschaftliche Tradition ermöglicht es, acht Merkmale des aktuellen Szenarios zu bewerten.¹

Extraktivismus und Reprimarisierung

Das erste dominante Merkmal der lateinamerikanischen Wirtschaft sind Reprimarisierung und Extraktivismus. Seit

den 1980er Jahren gibt es das Modell der Exportspezialisierung, das die alte Schwerpunktsetzung der Region als Anbieter von Basisprodukten wieder aufgreift. Eine exportorientierte Bodenbewirtschaftung wurde zum Nachteil der lokalen Versorgung durch eine Unternehmerschaft verstärkt gefördert, die den landwirtschaftlichen Sektor einzig nach Investitions- und Rentabilitätskriterien verwaltet. Transnationale Unternehmen ihrerseits haben im großen Stil Bergbau betrieben, wobei der offene Tagebau zunahm, der besonders schlimme Umweltkatastrophen noch potenziert. Darüber hinaus wurde die Ausbeutung aller Ölvarianten intensiviert (konventionelles Öl, Schieferöl, Öl vom Meeresgrund).

Diese Aktivitäten in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau und Energie sind in Südamerika am sichtbarsten, sie betonen aber die Verwundbarkeit der gesamten Region angesichts schwankender Rohstoffpreise. Diese Fragilität zeigt sich in der derzeitigen Stagnation der Öl-, Kupfer- und Sojapreise. Keines dieser Produkte hält das hohe Preisniveau der letzten zehn Jahre.

Darüber hinaus bedroht die neue US-Exportoffensive mehrere Märkte in der Region, während China seine Präsenz in Lateinamerika erhöht. Der östliche Riese sorgt weiterhin für die Hauptnachfrage nach Basisrohstoffen, wählt aber seine Einkäufe immer gezielter aus und fördert den Wettbewerb mit Lieferanten aus anderen Kontinenten. Diese Beobachtungen veranschaulichen die Verschärfung struktureller Probleme, die von der Dependenztheorie unter-

sucht wurden. Reprimarisierung und Extraktivismus sind die heutigen Bezeichnungen für die Unterentwicklung, die durch die Unterwerfung der Region unter die externen Warenpreise entstehen.

Anders als in der Vergangenheit sind die Studien zu diesem Problem nicht mehr von einfachen Annahmen über die Abwertung der wichtigsten Exportprodukte geprägt. Sie zeigen zum Beispiel die Aufwärtsdynamik dieser Preise im vergangenen Jahrzehnt. Die Entwicklung wird unter Berücksichtigung des zyklischen Verlaufs untersucht. Sie spiegelt die geringe Flexibilität der Primärprodukte im Vergleich zu technologischen Innovationen wider, die bei fabrikmäßig hergestellten Produkten angewendet werden. Aufgrund ihrer höheren Inflexibilität werden Rohstoffe tendenziell teurer, was zu reaktiven Prozessen bei ihrer industriellen Herstellung führt.

Die doppelte Bewegung von Verteuerungen und reaktiven Maßnahmen zur Preissenkung erklärt die periodischen Schwankungen dieser Preise. Aber diese Schwankungen gehen immer zu Lasten der Region. Aufgrund seiner Abhängigkeit kann Lateinamerika niemals Nutzen aus den Zeiten der „fetten Kühe“ ziehen, leidet aber immer unter den Perioden der „mageren Kühe“².

Ein weiteres Problem, das nun mit größerer Aufmerksamkeit bedacht wird, ist der nachteilige Umgang mit den Exporterlösen. Wichtige Studien über diese Vergütung für das Eigentum an natürlichen Ressourcen sind erschienen, die diese als einen Extraprofit ansehen, der im Primärsektor selbst generiert oder in anderen Sektoren abgeschöpft wird.

Die Bedeutung dieser Einkommen ist aufgrund ihres strategischen Charakters für die Akkumulation außerordentlich gewachsen. Die Großmächte streiten hart um die Rechte an der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und Lateinamerika leidet weiterhin unter der systematischen Beschlagnahme seines Anteils. Diese Aneignung zeigt die gegenwärtige Dynamik des imperialistischen Einkommens und die Prozesse der Akkumulation durch Enteignung.

Im Gegensatz zu anderen nicht zu den Zentren der wichtigen Volkswirtschaften gehörenden Ländern wie Australien oder Norwegen, die Exporteinkommen für ihre Entwicklung nutzen, ist Lateinamerika dieser Weg versperrt. Da der Kontinent in der globalen Arbeitsteilung einen untergeordneten Platz einnimmt, fließt der Großteil dieser Ressourcen systematisch ins Ausland.

Reprimarisierung und Extraktivismus für den Export bilden somit ein klassisches Szenario der Dependenztheorie. Die Analyse des zyklischen Verlaufs der Rohstoffpreise und

der Exporterlöse ergänzen die mit diesem Ansatz eingeleitete Klarstellung.

Industrie im Rückwärtsgang

Das zweite Merkmal des aktuellen Szenarios ist der Rückgang der Industrie. In Südamerika nahm das Gewicht des Sekundärsektors am BIP ab und in Mittelamerika beschränkte er sich auf die Rolle als unbedeutender Zulieferer der globalen Wertschöpfungskette. Deshalb existiert so viel Material über die „vorzeitige Deindustrialisierung“ der Region, die die Unterschiede zu der in den entwickelten Ökonomien herrschenden Standortverlagerung hervorheben. Der Abstand zur asiatischen Industrie ist größer geworden und viele Fabriken schließen, bevor sie ihre volle Leistungsfähigkeit erreichen.

Dieser Niedergang betrifft vor allem das Modell, das die Versorgung des lokalen Marktes während der Importsubstitution propagierte. Die traditionelle Industrie der mittelgroßen Länder ist im Niedergang begriffen. In Brasilien verlor der Industrieapparat die Dimension der 80er Jahre, die Produktivität stagniert, das Außenhandelsdefizit wächst und die Kosten steigen durch die zunehmende Überalterung der Infrastruktur. In Argentinien ist der Rückgang noch viel stärker. Die Erholung des letzten Jahrzehnts hat den vorausgegangen Fall nicht wieder ausgleichen können, weiterhin herrschen eine hohe Konzentration auf einige wenige Sektoren, ausländische Dominanz und geringe Einbeziehung lokaler Komponenten.

Aber auch das Modell der mexikanischen Maquilas³ hat ernsthafte Probleme. Hier werden weiterhin Teile der großen US-Fabriken montiert, aber gegenüber asiatischen Wettbewerbern hat man an Boden verloren. Diese Tendenzen werden sich verstärken, wenn Trump seine Forderungen für die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens (NAFTA/TLCAN) durchsetzt. Alle Maßnahmen, die der Milliardär ergriffen hat, um das US-Handelsungleichgewicht zu beseitigen, wirken sich auf die lateinamerikanische Produktion aus. Er will die brasilianischen Rivalen mit Skandalen vom Typ Odebrecht⁴ schwächen und untermauert die Dominanz der Yankees im Dienstleistungssektor, Datenverkehr und in der Kommunikation. Trump versucht insbesondere, in Konkurrenz zu China die Kontrolle über den Industrieapparat der Region in Frage zu stellen.

Seit Jahren betreibt der asiatische Riese ein Methode des Einkaufs von Rohstoffen und des Verkaufs von Fertigwaren ein und untergräbt damit das bestehende industrielle Beziehungsgeflecht. China nutzt dabei häufig Freihandelsabkommen, um jeglichen Schutz vor der Einführung seiner Produkte zu verhindern.

Die beiden Großmächte zählen auch auf die Hilfe der lokalen Regierungen bei der konservativen Restauration. Sie beschleunigen die Senkung der Zölle, während gleichzeitig die Vereinigten Staaten und China über die Erhöhung ihrer eigenen Zölle diskutieren. Die rechten Präsidenten Südamerikas machen sogar Fortschritte bei der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union, das den Mercosur⁵ schwer treffen wird.

Die industrielle Regression der Region führt alle Ungleichgewichte des Kreislaufs der Abhängigkeit, den die Theoretiker der Dependenztheorie untersucht haben, aktuell vor Augen. In den 1970er Jahren unterstrichen sie den durch Einnahmeverlust verursachten systematischen Abfluss der Ressourcen im industriellen Sektor. Die größere Dominanz des ausländischen Kapitals in den letzten Jahrzehnten hat diese Behinderung des lokalen Akkumulationsprozesses verstärkt.

Die Globalisierung der Produktion führt zu einer wachsenden lateinamerikanischen Spezialisierung auf Grundstoffe oder den bloßen Betrieb von Fertigungsstätten. Aufgrund seiner marginalen Position in der Wertschöpfungskette spielt Lateinamerika keine wesentliche Rolle bei der Gestaltung, Innovation oder Entwicklung neuer Produkte.

Aber im Gegensatz zu dem von den Dependenztheoretikern beschriebenen Szenario koexistiert der derzeitige Rückgang der lateinamerikanischen Industrie mit einem sprunghaften Aufschwung vergleichbarer asiatischer Industrien. Diese Divergenz zeigt sich in der enormen Vertiefung der Kluft, die Südkorea von Brasilien oder Argentinien trennt.

Diese Distanz war zunächst auf die große Anziehungskraft der Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte in Südostasien für das Kapital zurückzuführen. Doch das sowohl hier als auch da vorhandene Lohngefälle führte später zu einer unterschiedlichen Eingliederung beider Regionen in die globale Arbeitsteilung. Südkorea wurde in den oberen Teil einer riesigen wirtschaftlichen Integration im Osten eingefügt, da es den komparativen Vorteil einer abgewerteten und disziplinierten Belegschaft zu nutzen wusste.

Während Lateinamerika im alten Importsubstitutionsmodell weiterhin funktional eingebunden war, optimierte Südostasien die aktuelle kapitalistische Internationalisierung und Innovation der Produktion.

Die Lesart dieser Unterschiede durch die Dependenztheorie betont die Art und Weise, wie Mehrwert erzielt wird. Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu der vereinfachten neoliberalen Sichtweise, die die Divergenzen beider

Regionen einzig auf eine angeblich vorteilhafte asiatische Tendenz zur Marktöffnung zurückführt.

Viele Autoren unterschiedlicher Lehrmeinungen haben bewiesen, dass dieses Argument unzutreffend ist. Aber sie gehen naiverweise davon aus, dass die Divergenz zwischen den beiden Zonen auf die Umsetzung entgegengesetzter Varianten der Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Sie glauben, dass die Asiaten sich für einen guten Weg entschieden haben, der von ihren lateinamerikanischen Kollegen verworfen wurde. Unter Berufung auf die Willensfreiheit vergessen sie alle strukturellen Bedingungen, die durch die Maximierung des Gewinns in der globalen Arbeitsteilung vorgegeben sind.

Die Argumente der Dependenztheorie bieten eine gute Unterstützung für das Verständnis der industriellen Rückschläge in unserer Region. Aber die Distanz Lateinamerikas zur asiatischen Entwicklung lässt sich nicht allein mit den Instrumenten der 1960er Jahre erklären. Dieses Auseinanderdriften verlangt nach einer genaueren Untersuchung der neuen Dynamik der Globalisierung der Produktion.

Varianten der Ausbeutung

Die dramatische Verschlechterung der sozialen Indikatoren bildet eine dritte Ebene der lateinamerikanischen Realität ab. Unter dem Neoliberalismus nahmen nicht nur Arbeitslosigkeit und informelle Beschäftigungsverhältnisse zu. In der Region mit der größten Ungleichheit des Planeten vergrößerten sich die sozialen Unterschiede erneut. Diese Polarisierung erklärt das erschreckende Ausmaß der sozialen Gewalt in den Städten. Von den 50 gefährlichsten Städten der Welt befinden sich 43 in Lateinamerika.

Die Vertreibung von Bauern, die durch die kapitalistische Transformation der Landwirtschaft hervorgerufen wurde, war ein entscheidender Faktor für diese Degradierung. Sie trägt dazu bei, die Masse der Ausgegrenzten in den Städten zu vergrößern, die wenig Arbeit finden und nur sehr wenig Einkommen erhalten. Die enorme Expansion dieses Segments erklärt die neue Rolle der Narko-Ökonomie als Zufluchtsort für das Überleben.

Ein weiteres Korrelat der Spezialisierung auf Basisexporte ist die Konzentration der Geschäftstätigkeiten auf den Tourismus. In mehreren kleinen Volkswirtschaften Mittelamerikas ist die Schaffung von Arbeitsplätzen praktisch auf diesen Sektor beschränkt.

Das Fehlen von Arbeitsplätzen vervielfacht die Zahl der Emigrant*innen und die damit verbundene Abhängigkeit der Familien von Auslandsüberweisungen. Eine große Anzahl arbeitsloser Jugendlicher können weder zu Hause

Wurzeln schlagen noch auswandern. Trump verstärkt dieses Unglück, indem er diesen Schutzlosen den Krieg erklärt. Er beleidigt die Mexikaner*innen, baut Mauern und verachtet die Länder der Karibik.

Herkömmliche Wirtschaftstheorien lassen diese Leiden oft aus. Die Tradition der Dependenztheorie hingegen priorisiert die Anklage der oben aufgezeigten Misere, die der Kapitalismus der Abhängigkeit verursacht hat. Sie zeigt, wie das neoliberale Modell das Elend fördert, indem es den informellen Arbeitssektor verstärkt. Im Gegensatz zu den entwickelten Volkswirtschaften herrscht die absolute Armut in Lateinamerika in diesem Sektor und betrifft auch einen enormen Teil der noch formal beschäftigten Arbeitskräfte.

Die Mittelschicht Lateinamerikas umfasst nur einen kleinen Teil der Bevölkerung in der Region. Im Vergleich zu den fortgeschrittenen Ländern bietet sie nur ein sehr begrenztes Polster, das die Reichen von den Verarmten trennt. Sie besteht hauptsächlich aus kleinen Händlern oder Selbständigen und nicht aus Akademiker*innen und qualifizierten Fachleuten.

Diese Unterentwicklung spiegelt die Begrenztheit der Industrie und die geringe Bedeutung von Hightech-Dienstleistungen wider. Die Expansion weniger Industrieprojekte in einigen Ländern in den letzten zehn Jahren war überdimensioniert und änderte nichts an der enormen Ungleichheit.

Es ist offensichtlich, dass das aktuelle Modell das Lohngefälle zwischen Lateinamerika und den Ökonomien des Zentrums vergrößert. Diese Diskrepanz bestätigt die Aktualität der Abhängigkeit. Wie Marini⁶ betonte, wird dieses Lohngefälle durch die Neigung der lokalen Kapitalist*innen verstärkt, ihre internationale Schwäche durch eine stärkere Unterdrückung der Arbeitskräfte auszugleichen.

Im neoliberalen Kapitalismus haben sich große nationale Lohnunterschiede durchgesetzt. Aber diese Feststellung berücksichtigt nicht den traditionellen Unterschied zwischen Formen der Ausbeutung im Zentrum und spezifischen Modalitäten der noch brutaleren Unterdrückung in der Peripherie.

Die produktive Globalisierung hat die internationale Lohnstruktur diversifiziert, mit einer spezifizierten Einteilung in hohe, mittlere und niedrige Arbeitseinkommen. Transnationale Unternehmen berücksichtigen diese Unterschiede, um ihre Investitionen genau zu bestimmen und die Unterteilung des Herstellungsprozesses in verschiedenen Ländern zu optimieren.

Die großen Veränderungen, die durch diese Reorganisation der Arbeitstätigkeit hervorgerufen werden, betreffen

alle Volkswirtschaften. Zum einen folgt Lateinamerika dem Trend zur Segmentierung der Lohnempfänger in einen formell-stabilen und einen informell-prekären Sektor. Zum anderen gehen die Länder des Zentrums verstärkt zur Entlohnung eines großen Teils der Erwerbsbevölkerung unter ihrem eigentlichen Wert über. Die Aktualisierung der Argumentation der Abhängigkeitstheorie erfordert nun also eine neue begriffliche Bestimmung dieser Transformationen der letzten Jahrzehnte.

Gründe der Verschuldung

Die wachsende Schuldenlast ist ein viertes Kennzeichen der heutigen lateinamerikanischen Wirtschaft. Dieser Albtraum betrifft die Region weiterhin durch die alte Abfolge von Haushaltsungleichgewichten und Außenhandelsdefiziten, die die Schulden anschwellen lassen und Krisen auslösen.

Im neoliberalen Kapitalismus gab es Perioden unterschiedlicher Tragweite dieser Verkettung. In den letzten zehn Jahren sorgten der Preisaufschwung der Rohstoffe und der Zufluss von US-Dollars für eine gewisse Entspannung. Nach dieser Atempause tauchte die Verschuldung mit großer Intensität wieder auf.

Das Verhältnis zwischen Verschuldung und Produktivität hat sich in den meisten Ländern seit 2015 deutlich verschlechtert. Die Präsenz zweier komplementärer Akteure in diesem Prozess – IWF und Investmentfonds – ist heute noch viel sichtbarer als in der Vergangenheit.

Die Dependenztheorie beschränkt sich in ihrer Analyse der Verschuldung nicht auf eine Kritik der Finanzspekulation. Sie betont, dass das wachsende Gewicht der Verbindlichkeiten die produktive und handelspolitische Fragilität des Abhängigkeitsmodells des Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Die Verwundbarkeit des Finanzsektors ist eine Ergänzung dieser Inkonsistenzen.

Es gibt große Belastungen durch die Zinszahlungen, obligatorische Refinanzierungskredite und Zahlungsausfälle aufgrund des unterentwickelten Profils von auf den Primärsektor reduzierten Volkswirtschaften mit wenig Industrie und hoher Spezialisierung auf Basisdienstleistungen. Somit wird die Verschuldung nicht nur durch die „plündernden Geldgeber“ ausgelöst. Sie spiegelt die wachsende Schwäche der Akkumulationsprozesse wider.

Verschuldung und Haushaltsdefizite sind nicht auf Populismus, Verschwendung oder mangelnde Disziplin der Lateinamerikaner zurückzuführen. Sie reflektieren die Abhängigkeitsverhältnisse aller Länder. Der Einbruch der Einnahmen der öffentlichen Hand wurde auch durch die

Kapitalflucht vertieft, welche die Reichen der Region nach Kräften befördern.

Diese Abwanderung von Geldern hat sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Investition großer Vermögen in Steueroasen verstärkt. Diese Umschichtung ist auch ein Zeichen für die enge Verbindung der großen lokalen Unternehmensgruppen (Rocca, Slim, Cisneros, Camargo Correa) mit transnationalen Unternehmen. Die Konzentration und Internationalisierung der wichtigsten Unternehmen bestätigt die Diagnose über die herrschenden Klassen, die durch die marxistische Dependenztheorie formuliert wurde.

Die alte nationale Bourgeoisie der Industriellen, die durch die Produktion für den durch Zölle geschützten Binnenmarkt die Ausweitung der nationalen Nachfrage priorisierte, ist ausgestorben. Derzeit dominiert eine lateinamerikanische Bourgeoisie, die den Exporten Vorrang einräumt und Kostensenkung der Steigerung des inländischen Konsums vorzieht. Alle kritischen Fragestellungen der Dependenztheorie zur fehlenden Existenz einer entwicklungsfähigen nationalen Bourgeoisie wurden durch diese Entwicklung der Kapitalistenklasse bestätigt.

Die Vielschichtigkeit der Krise

Auch die Dynamik der Krise bekräftigt die Charakterisierungen der Dependenztheorie. Diese konvulsivischen Veränderungen stellen ein fünftes Merkmal des regionalen Szenarios dar.

Im Neoliberalismus sind die Krisen periodischer und wirken sich oft gleich auf globaler Ebene aus. In bestimmten Fällen (2008/09) lösten sie tiefe Rezessionen aus und brachten Hilfszahlungen an Banken mit sich, die durch die Emittierung von Geld wieder flottgemacht wurden. Zu anderen Zeitpunkten trafen sie die Schwellenländer (Mexiko 1995, Südostasien 1997, Russland 1998, Argentinien 2001).

Die letztgenannte Sorte von Krise kehrt heute zurück und betrifft bereits Argentinien und die Türkei. Die Krise konzentriert sich wieder auf die sogenannten Schwellenländer, die von der Aufwertung des Dollars, dem Anstieg der US-Zinsen und den Spannungen in den Handelsbeziehungen der Großmächte betroffen sind.

Bis Mitte 2018 ist Argentinien das schwächste Glied im regionalen Wirtschaftsraum geworden. Macris⁷ extrem neoliberale Politik verursachte Handelsdefizite, Kapitalflucht und ein mit ausländischen Krediten finanziertes Spekulationsfest. Als die Gläubiger die Kreditgewährung aus Angst vor Ausfällen bei der Rückzahlung zurückzogen, griff die Regierung verzweifelt auf die Hilfe des IWF

zurück. Diese Entscheidung hat einen Teufelskreis von „Anpassungen“ in Gang gesetzt, die die Bevölkerung verarmen lässt. Die mögliche Übertragung der argentinischen Konvulsionen auf andere Länder ist die größte Sorge vieler Ökonomen.

Die Krisen waren ein immer wiederkehrender Albtraum des Kapitalismus in den abhängigen Ländern. Die erste Determinante hierfür ist die Drosselung der Exportwirtschaft, die durch Handelsungleichgewichte und Abfließen von Finanzmitteln verursacht wird.

Da die lateinamerikanischen Volkswirtschaften von den Preisschwankungen der Rohstoffe abhängig sind, fließen in Zeiten gesteigerter Erlöse Devisen ein, Währungen werden aufgewertet und die Ausgaben steigen. In den gegenteiligen Phasen wandert das Kapital ab, der Konsum geht zurück und der öffentliche Haushalt bricht ein. Auf dem Höhepunkt dieser Widrigkeiten brechen dann die Krisen aus.

Diese Fluktuationen von Aufschwung und Krise erhöhen ihrerseits die Verschuldung. In den Momenten der finanziellen Aufwertung kommt das Kapital, um aus gewinnträchtigen Operationen seinen Nutzen zu ziehen, und in den umgekehrten Perioden wird Kapital abgezogen. Diese Operationen gehen immer einher mit einer Erhöhung der Verbindlichkeiten des öffentlichen oder privaten Sektors.

Die zweite Determinante der regionalen Krisen sind die periodischen Kaufkraftverluste. Diese Einschnitte verschärfen das ohnehin schon strukturelle Fehlen der Massenkaufkraft. Die Schwäche des Binnenmarkts und das niedrige Einkommen der Bevölkerung erklären diesen Mangel. Die Ausweitung des informellen Sektors, niedriger Löhne und die nur beschränkt vorhandene Mittelschicht verstärken die Instabilität der Massenkaufkraft.

Diese beiden entscheidenden Modalitäten der Krise – das externe Ungleichgewicht und der Rückgang des Konsums – wurden in allen Wirtschaftsmodellen der letzten Jahrzehnte bestätigt. Sie brachen während der Importsubstitution aus (1935–1970) und traten auch im „verlorenen Jahrzehnt“ von Stagnation und Inflation wieder auf (1980er Jahre). Im anschließenden Debüt des Neoliberalismus nahmen sie aufgrund der Auswirkungen von Finanzderegulierung, Handelsliberalisierung und Arbeitsflexibilität eine höhere Intensität an.

Dieselben Ungleichgewichte bestanden während der Versuche des Neo-Desarrollismus⁸ des letzten Jahrzehnts. Staatliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus haben das Gespenst der Krise nicht abgeschreckt. Die Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz und

die Erstickung des Konsums sind in die DNA des lateinamerikanischen Kapitalismus eingeschrieben.

Die Dependenztheorie hat diese Spannungen immer mit multikausalen Kriterien untersucht und betont, dass es keine alleinige Determinante der Krise gibt. Die Umwälzungen, unter denen die Region leidet, werden durch verschiedene Kräfte ausgelöst, die externe Ungleichgewichte mit Kaufkraft einschränkungen verbinden. Überproduktion oder der Fall der Gewinnrate, die sich direkter auf die entwickelten Volkswirtschaften auswirken, bewegen sich in einem Ausmaß, das über das regionale Szenario hinausgeht.

Imperialismus und Subimperialismus

Das sechste Merkmal der Region ergibt sich aus ihrer fortgesetzten Unterordnung unter den US-Imperialismus. Trumps Anspruch, die Hegemonie als erste Macht wiederherzustellen, verschlimmert diese Unterwerfung. Der Großunternehmer versucht, die geopolitisch-militärische Macht seines Landes zu nutzen, um verlorene wirtschaftliche Positionen wiederherzustellen. In dieser Strategie der imperialen Wiederherstellung wird Lateinamerika wie ein Hinterhof behandelt, der der Monroe-Doktrin unterworfen ist.

Trump strebt danach, die Autonomie der drei mittelgroßen Länder der Region zu verringern. Er fordert, dass Brasilien die Ölreserven abliefern, dass Mexiko den Einfluss der DEA verstärkt zulässt und dass Argentinien sich den antiiranischen Provokationen anschließt. Da direkte Invasionen nach dem Vorbild Grenada oder Panama (vorerst) nicht möglich sind, erhöht der Mann im Weißen Haus die Stützpunkte in Kolumbien und unterstützt terroristische Aktionen gegen Venezuela.

Die rechten Präsidenten der Region – die sich stets in die bereits traditionelle Unterwerfung fügen – haben die von Trump geforderte extremere Form der Unterordnung akzeptiert. Sie bestätigen nicht nur die Entscheidungen des Kolonialministeriums (OAS) und buckeln bei den Treffen der Lima-Gruppe, sondern vollziehen auch die Auflösung von UNASUR auf einfache Anweisung des US-Außenministeriums.

Diese Zustände bestätigen das antiimperialistische Erbe der Dependenztheorie, die Traditionen des nationalen Widerstands mit sozialistischen Projekten verband. Dieser Ansatz wurde durch den antikapitalistischen Prozess inspiriert, den die kubanische Revolution einleitete, wodurch der Kampf gegen den US-Aggressor radikalisiert wurde.

Die Zeit der großen Hoffnungen auf beschleunigte Fortschritte des Sozialismus, die dieser Triumph in der Karibik erweckte, endete in den 1980er Jahren mit der Niederlage

der Guerilla-Bewegungen, dem Sturz der chilenischen Volksfront und dem Scheitern der Revolution in Nicaragua.

Aber der Antiimperialismus tauchte später in den Aufständen wieder auf, die den progressiven Zyklus begründeten, mit Ideen der nationalen Souveränität und Kampagnen gegen die Zahlung der Auslandsschulden. Die Kontinuität dieser Schlacht umfasst derzeit die Aufhebung des gegen Kuba verhängten Embargos und die Aggressionen gegen Venezuela.

Die antiimperialistische Orientierung hat mit der Globalisierung nicht ihre Bedeutung verloren. Widerstand aus dem Volk entsteht, reift und entwickelt sich in verschiedenen Ländern oder Regionen durch nationale Organisationen und Programme.

Die Dependenztheorie hat auch eine Tradition der Verbindung von Wirtschaftstheorie, politischem Handeln und sozialem Engagement hinterlassen. Diese Komplementarität ist entscheidend in einer Region mit einem hohen Mobilisierungsgrad der Bevölkerung.

In diesem politischen Gebiet gibt es eine siebte Besonderheit, die der mittelgroßen Volkswirtschaften, die in den letzten Jahren als Schwellenländer eingestuft wurden. Im Moment findet hier ein großer Umbau statt.

Die alte bipolare Beziehung (Zentrum-Peripherie) nimmt derzeit bestimmte Merkmale einer Dreiecksbeziehung an, angesichts des Wettbewerbs zwischen den Volkswirtschaften des Zentrums und neuen Industriemächten um die Unterwerfung der Peripherie. In ihrer Anpassung an die Globalisierung der Produktion nehmen die verschiedenen Schwellenländer unterschiedliche Rollen ein.

Einige Volkswirtschaften werden in die große Industriewerkstatt des Ostens integriert, andere reproduzieren ihre frühere Rolle als Lieferanten von Rohstoffen. Die erste Gruppe steigt auf und die zweite zieht sich aus der globalen Arbeitsteilung zurück. Südkorea und Brasilien sind diese entgegengesetzten Wege gegangen.

Da die marxistische Dependenztheorie den Schwellenländern immer große Aufmerksamkeit geschenkt hat, erleichtert ihr Blick das Verständnis dieser neuartigen Situationen. Es sei daran erinnert, dass Marini die besonderen Merkmale dieser Formationen analysiert hat, indem er den Status der peripheren Länder von der hervorgehobenen Position Brasiliens im regionalen Szenario unterschieden hat.

Der Dependenztheoretiker griff dabei auf das Konzept des Subimperialismus zurück, um dieses Segment darzustellen. Er wies dieser Kategorie einen wirtschaftlichen Anspruch der Expansion nach außen sowie geopolitisch-militärisch die Rolle der regionalen Vorherrschaft zu.

Wallersteins hierzu ergänzende Charakterisierung mit dem Begriff der Semiperipherie definierte die Zwischenländer anhand ihrer internationalen Einbindung und ihres Entwicklungsstandes. Dieses Vorgehen ermöglicht es beispielsweise, Südkorea von Mosambik zu unterscheiden.

Die Bedeutung des Subimperialismus ist umstrittener. Er gilt für regionale Mächte mit der Fähigkeit zu militärischen Aktionen, die eine Doppelrolle der abhängigen und gleichzeitig etwas autonomen Gendarmen der Vereinigten Staaten spielen. Die Türkei und Indien veranschaulichen diese Rolle im Nahen Osten und in Südasien.

Brasilien behält im Gegensatz dazu jedoch einen semiperipheren Status, ohne subimperielle Aktionen in Südamerika zu entwickeln. Dieses geopolitische Profil steht im Einklang mit dem Rückzug auf die Herstellung weniger Industrieprodukte und der Spezialisierung auf Primärexporte. Brasilien zeigt, dass es keine zwingenden Parallelen zwischen subimperialen Mächten und semiperipheren Ökonomien gibt.

Autoritäre Regime

Der Anstieg autoritärer Regierungen ist das achte, aktuelle Merkmal Lateinamerikas. Diese Erscheinung zeigt sich sowohl bei den weiterhin bestehenden rechten Regimen (Peru und Kolumbien) als auch bei denen, die aus Wahlen (Argentinien) oder institutionellen Staatsstreichen (Honduras 2009, Paraguay 2014, Brasilien 2017) hervorgegangen sind.

In allen Fällen werden repressive Systeme konsolidiert, die den Ausnahmezustand nutzen, um die neoliberale Agenda anzuwenden. Die dramatischsten Situationen sind in Mexiko (2000 Todesfälle pro Monat, unzählige Vermisste, 330 000 Vertriebene) und Kolumbien (385 ermordete soziale Aktivist*innen seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens) zu beobachten. In demselben Kontext sind auch die Morde von führenden Basisaktivist*innen zu sehen. Mehrere Namen stehen für das mörderische Vorgehen von Polizisten und paramilitärischen Banden (Marielle Franco, Sabino Romero, Berta Cáceres, Santiago Maldonado, Yolanda Maturana).

Die Verfolgung von Gegnern und die Ächtung der wichtigsten Führer der fortschrittlichen Bewegung bestätigen den Trend zu autoritären Regierungen in einem Kontext zunehmenden Betrugs und hoher Stimmenthaltung bei den Wahlen. Selbst konservative Regierungen mit sozialer Unterstützung sehen sich Szenarien einer abnehmenden Legitimität gegenüber.

In den meisten Ländern bestimmen die Medien die rechte Agenda. Sie identifizieren Korruption mit den

progressiven Regierungen und verbergen die Verantwortung vieler neoliberaler Präsidenten bei der Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Beim Staatsstreich in Brasilien kommen alle Merkmale des neuen autoritären Modells zusammen. Die Mächtigen haben unter Mittäterschaft der Richter regiert, indem sie die von den Medien verbreiteten Schandtaten und die vom Militär verbreiteten Bedrohungen ausgenutzt haben. Sie haben gegen institutionelle Regelungen verstoßen, um eine schamlose Plutokratie aufzubauen.

Um die neuen repressiven Regime zu charakterisieren, sind einige Ideen der Dependenztheorie sehr relevant. In diesen Arbeiten kommt den Unterdrückungsmaßnahmen des lateinamerikanischen politischen Systems eine zentrale Bedeutung zu.

Zur Zeit der Diktaturen analysierten sie vor allem die Modelle der Aufstandsbekämpfung und bewerteten sowohl die Nähe als auch die Unterschiede zum Faschismus. In der postdiktatorischen Zeit warnten sie vor der Unvereinbarkeit des Neoliberalismus mit der Kontinuität demokratischer Errungenschaften. Diese beiden Gegensätze wurden in den letzten Jahrzehnten nachdrücklich bestätigt.

Gegenspieler

Die marxistische Dependenztheorie trägt dazu bei, die Hauptmerkmale des aktuellen lateinamerikanischen Szenarios zu erklären. Sie erlaubt uns, den Extraktivismus, den Niedergang der Industrie, den sozialen Verfall, die strukturelle Verschuldung, die Wiederkehr der Krise, die Beziehung zum Imperialismus, die Eigenheiten der Semiperipherien und die Dynamik autoritärer Regime zu verstehen. Diese Klarstellungen werden in der Auseinandersetzung mit den beiden einflussreichsten Theorien der Region bestätigt: dem Neoliberalismus und dem Neo-Desarrollismus.

Die erste theoretische Strömung behält ihre Dominanz in der Mehrheit der Regierungen, Universitäten und Medien bei. Sie bleibt als reaktionäre Praxis, konservatives Denken und Modell der volksfeindlichen Kapitalakkumulation bestehen.

Der Neoliberalismus erzielte seine internationale Vorherrschaft zuerst in Südamerika (ab Ende der 1970er Jahre). Aber er hat auch in dieser Region die größten Widerstände erfahren. Er hatte eine erste Phase der neoliberalen Anpassungspolitik und eine spätere Phase, in der es vor allem um Privatisierungen ging. Diese Orientierungen verschärften beide die schon bestehenden traditionellen wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Heute wiederholen die Neoliberalen immer wieder die gleichen Rezepte der Handelsliberalisierung und Flexibilisierung der Arbeit. Sie idealisieren den Kapitalismus und leugnen seine strukturellen Ungleichheiten. Sie gehen davon aus, dass die Globalisierung die Gesellschaft einer idyllischen Phase perfekter Märkte, einer optimalen Verteilung der Ressourcen und der Konvergenz zwischen entwickelten und rückständigen Volkswirtschaften näher bringt.

Vom Rednerpult aus wiederholen sie alle Fantasiegebilde der neoklassischen Orthodoxie. Aber in der konkreten Politik sind sie pragmatischer geworden und vermeiden es, jedem episodischen Ereignis, das ihren Dogmen widerspricht, mit einer Analyse zu begegnen. Sie waren besonders verblüfft über das Auftreten eines US-Präsidenten, der protektionistische Reden hält, und eines chinesischen Feindes, der den Freihandel verteidigt.

Der ständige Verweis der Dependenztheoretiker auf die Widersprüche des Neoliberalismus bereichert den Kampf der Ideen gegen die wichtigsten Verteidiger der in Lateinamerika herrschenden repressiven Ordnung.

Die Debatte mit dem Neo-Desarrollismus verläuft auf einer anderen Schiene. Hier geht es vor allem um den Widerstreit gegensätzlicher Perspektiven, wie die Rückständigkeit der Region überwunden werden kann. Der aktuelle Gegensatz konzentriert sich auf die Bilanz der verschiedenen Modelle, die in den letzten zehn Jahren ausprobiert wurden, um die Industrialisierung mit einer Politik der staatlichen Regulierung wieder aufzunehmen.

Die Kritik der Dependenztheorie weist darauf hin, dass der Neo-Desarrollismus die eigentlich nötigen strukturellen Veränderungen übersehen hat, die zur Beseitigung der Unterentwicklung erforderlich sind. In Argentinien unterließ man die staatliche Planung des Außenhandels, in Brasilien akzeptierte man die Vormachtstellung des Finanzmarktes und auf regionaler Ebene wurden Integrationsprojekte eingefroren (Bank des Südens, gemeinsamer Reservefonds, koordiniertes Wechselkurssystem). Aus diesem Grund haben sich die bei der Einführung dieser Modelle erzielten Verbesserungen mit der Verstärkung der internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Luft aufgelöst.

Die Dependenztheorie erlaubt es uns, die Grenzen der neodesarrollistischen Erfahrungen zu verstehen. Diese Projekte verringern das Ausmaß und die Intensität der aktuellen Konflikte im Kapitalismus. Sie drehen die Unterwerfung der Region unter die imperiale Herrschaft ein Stückchen zurück, setzen aber naiv auf ein freundlicheres Funktionieren der weiterhin auf Profit basierenden Volkswirtschaften.

Sicherlich ermöglichte der progressive Zyklus des letzten Jahrzehnts einen politischen Fortschritt, demokratische Errungenschaften und soziale Verbesserungen. Aber es war keine postliberale Phase. Die Regierungen behielten die Privilegien dominanter Gruppen bei und hatten Angst vor sozialen Protesten. Deshalb tolerierten sie die Demagogie der Rechten und öffneten den Weg zur konservativen Restauration.

Die kritische Bilanz muss sich auch auf den radikalsten Prozess des Neo-Desarrollismus in Venezuela erstrecken, das weiterhin mit Wirtschaftskriegen und kriminellen Verschwörungen konfrontiert ist. Der Chavismus begann eine Politik der Einkommensumverteilung, die die herrschenden Klassen betraf und zunächst die Lage der Mehrheiten verbesserte. Aber man hat die Öleinnahmen nie in eine tragfähige Säule einer produktiven Entwicklung verwandelt. Alle Industrialisierungsinitiativen wurden durch eine untaugliche Verwendung von Devisen und die mit der Bolibourgeoisie⁹ geschlossenen Kompromisse blockiert.

Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen die Notwendigkeit sozialistischer Antworten auf die Probleme der Region. Dieser Horizont wurde von der Dependenztheorie postuliert, im Gegensatz zu der Illusion, humanitäre, integrative oder umverteilende Modelle des Kapitalismus schmieden zu können. Diese Attribute stehen im Widerspruch zur Logik eines Systems, das von Ausbeutung und Ungleichheit bestimmt ist.

Keine Variante des Staatskapitalismus beseitigt die Ungleichheiten der privaten Marktwirtschaft. Die gleichen Widersprüche, die Konkurrenz, Gewinn und Ausbeutung erzeugen, betreffen beide hier besprochenen Varianten. Die Überwindung des Kapitalismus der Abhängigkeit erfordert einen erneuten Kampf um den Sozialismus.

Die Neuerfindung der Dependenztheorie

Die fruchtbare Aktualisierung des Erbes von Marini lässt sich in den Werken von Fernando Henrique Cardoso¹⁰ nicht nachweisen. Der Expräsident Brasiliens hat nur die konventionelle Version der Abhängigkeitstheorie inspiriert, ausgehend von einer Beschreibung des Niveaus der Autonomie in jedem einzelnen lateinamerikanischen Land.

Cardoso lehnte zunächst den Widerspruch zwischen Abhängigkeit und Entwicklung ab, um dann einer Entwicklung in Zusammenarbeit mit transnationalen Unternehmen das Wort zu reden.

Später übernahm er alle Dogmen des Neoliberalismus. Es war wohl eher Kontinuität seines Denkens als ein spon-

tan improvisierter Akt eines Mannes, der all seine Schriften verbrannte, um den Präsidentenstuhl zu besetzen.

Die marxistische Version befindet sich hingegen auf einem ganz anderen Pfad. Sie nahm die vom Autor des ‚Kapitals‘ in seinen reifen Jahren konzipierte Bedeutung des nationalen Kampfes auf und überarbeitete alle Studien des letzten Jahrhunderts über die Unterentwicklung. Die neue Dependenztheorie reifte im Zusammenwirken mit der Theorie des Weltsystems und in der Verbindung zu einem indigenen Marxismus. Durch diese Synthese bietet sie eine hervorragende Grundlage für das Verständnis der lateinamerikanischen Realität.

Die marxistische Dependenztheorie wurde durch zwei kürzlich verstorbene Autoren revitalisiert. Theotonio Dos Santos¹¹ untersuchte zahlreiche Facetten des zeitgenössischen Kapitalismus und lieferte wichtige Reflexionen über Staat, herrschende Klassen und Bürokratie. Samir Amin¹² dachte von Asien und Afrika aus über die Probleme der alten orientalischen Gesellschaften nach, die dem Kolonialismus unterworfen waren, und verband meisterhaft Geschichte und Wirtschaft. Die Fortsetzung dieser Untersuchungen wird es ermöglichen, eine unumstößliche Konzeption zu erneuern, um die Rätsel des XXI. Jahrhunderts zu lösen.

Zusammenfassung

Ein erneuter Fokus auf die marxistische Dependenztheorie verdeutlicht die Ursachen für die wirtschaftliche Regression Lateinamerikas während des Neoliberalismus. Sie veranschaulicht, wie der Extraktivismus die Unterentwicklung reproduziert und erklärt den Rückzug der Industrie angesichts der asiatischen Konkurrenz.

Die Dependenztheorie hebt auch das Nebeneinander der internationalen Lohnunterschiede hervor, mit der Segmentierung der Arbeit an der Peripherie und auch der zunehmenden Prekarisierung im Zentrum. Sie betont, dass die wachsende Verschuldung die Brüchigkeit des Kapitalismus der Abhängigkeit und das Bündnis der herrschenden Klassen mit ihren ausländischen Pendanten zum Ausdruck bringt. Es wird auch die Kombination von Krisen aufgrund von externen Ungleichgewichten und der Erstickung der Kaufkraft verdeutlicht.

Die antiimperialistischen Prinzipien der Dependenztheorie gewinnen angesichts des Versuchs der USA, die Hegemonie zurückzugewinnen, wieder an Gültigkeit. Ihre Konzepte von Semiperipherie und Subimperialismus verdeutlichen die Entstehung einiger aufstrebender Schwellenländer. Diese Denkrichtung bietet Interpretati-

onen zum Autoritarismus rechter Regime und Argumente zur Bekämpfung des Neoliberalismus. Sie erlaubt uns auch, Bilanzen des Scheiterns des Neo-Desarrollismus zu ziehen. Die Neuerfindung der Dependenztheorie folgt dem Weg, den Theotonio Dos Santos und Samir Amin bereitet haben.

Debattenbeitrag auf der Konferenz „Die Ökonomie Lateinamerikas und der Karibik unter neuen internationalen Rahmenbedingungen“, ANEC, Havanna, 11.09.2018.

■ **Claudio Katz** ist Ökonom, Forscher am CONICET, Professor an der Universität von Buenos Aires (UBA), Mitglied des EDI. Seine Webseite: www.lahaine.org/katz

■ *Übersetzung aus dem Spanischen: WI*

1 Siehe Katz, Claudio: *Neoliberalismo, Neodesarrollismo, Socialismo*, Batalla de Ideas, Ediciones, 2015, Buenos Aires und ders.: *La teoría de la dependencia, 50 años después*, Batalla de Ideas, Ediciones, 2018, Buenos Aires.

2 Anspielung auf die Traumdeutung in 1. Buch Moses 1, Kap. 41 [Anm. d. Red.].

3 Gemeint sind exportorientierte Montagefabriken, die unter Ausnutzung des niedrigen lokalen Lohnniveaus im Land importierte Einzelteile oder Halbfertigwaren weiterverarbeiten.

4 Der Odebrecht-Konzern soll in zwölf Ländern Schmiergelder gezahlt haben, um dafür Bauaufträge zu erhalten. Ranghohe Politiker des ganzen Kontinents wurden hierfür regelmäßig bestochen.

5 Spanische Bezeichnung für den ‚Gemeinsamen Markt Südamerikas‘, eine Organisation zur Förderung des lateinamerikanischen Binnenmarktes.

6 Ruy Mauro Marini (1932-1997), brasilianischer Ökonom und Soziologe, Mitbegründer der Dependenztheorie.

7 Mauricio Macri (*1959), konservativer Präsident Argentiniens seit Ende 2015.

8 Neo-Desarrollismus (el desarrollo – die Entwicklung), wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik mit aktivem Staatsanteil, die an ältere Konzepte der nachholenden industriellen Entwicklung Lateinamerikas anknüpft. Hierunter fallen auch die Versuche staatlicher Wirtschaftslenkung unterschiedlicher Intensität der progressiven Regierungen Lateinamerikas seit den 2000er Jahren (Argentinien, Bolivien, Ecuador, Venezuela etc.).

9 Kofferwort aus Bolívar und Bourgeoisie zur Bezeichnung einer neureichen Kapitalistenklasse, die unter dem Chavismus und vor allem der Regierung Maduros zu Macht und Einfluss gelangte.

10 Brasilianischer Politiker und Buchautor (*1931), 1995-2003 Präsident Brasiliens.

11 1936-2018, brasilianischer Soziologe und Ökonom, Mitbegründer der Dependenztheorie.

12 1931-2018, ägyptisch-französischer Ökonom und Kritiker des Neokolonialismus.

ZWISCHEN DEN FRONTEN

Karol Modzelewski wurde in den 1960er Jahren als führender Dissident gegen die in Polen herrschende staatssozialistische Diktatur bekannt – aber er blieb bis zuletzt ein Sozialist.

■ David Ost

■ Karol Modzelewski, ein Riese der polnischen Linken, starb am 28. April im Alter von einundachtzig Jahren. Er ist im Westen am bekanntesten als Mitautor (zusammen mit Jacek Kuron) des Manifests „Ein offener Brief an die Partei“ von 1964, das die bürokratische Diktatur Polens anprangerte und eine Revolution forderte, um einen echten Sozialismus auf Grundlage der Arbeiterdemokratie herbeizuführen. In Polen ist er jedoch ebenso bekannt für seine fünfundsünfzig Jahre als Grundsatzkritiker und sozialistischer Denker sowie als lautstärkster und konsequentester Gegner des Kapitalismus seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus im Jahr 1989.

Für diejenigen, die nur mit den aktuellen politischen Spielräumen vertraut sind, könnte Modzelewskis Leben ein Widerspruch sein. Wie konnte er der beständige Gegner der kommunistischen Herrschaft und gleichzeitig der beständige Kritiker des folgenden kapitalistischen Ansturms sein? Wie konnte er so hart daran arbeiten, den Staatssozialismus zu stürzen, seine Entschlossenheit trotz dreimaliger Haft bewahren und dann seinen ehemaligen Solidarność-Genossen mitteilen, dass er „nicht achteinhalb Jahre im Gefängnis gesessen hat, um den Kapitalismus aufzubauen“?

Modzelewski sah hier überhaupt keinen Widerspruch. Er war ein Kämpfer für einen Sozialismus, der die Arbeiter*innen befähigte und sowohl die bürokratische Diktatur als auch die liberale kapitalistische Demokratie als grundlegend feindlich gegenüber den Interessen der

Arbeiterklasse ansah. Das ist der Geist, den er heute an die polnische Linke weitergibt.

Interessante Zeiten

Von Beginn seines Lebens an war Modzelewski in Ereignisse großer Veränderungen verstrickt. Er wurde 1937 als Sohn kommunistischer Eltern in Moskau geboren und war auf dem Höhepunkt der stalinistischen Säuberungen weniger als drei Wochen alt, als sein Vater von den sowjetischen Sicherheitskräften verhaftet wurde. Als er gerade acht Jahre war, heiratete seine Mutter – die Tochter eines Menschewiken, der ebenfalls in den sowjetischen Gefängnissen gelandet war – den polnischen Kommunisten Zygmunt Modzelewski, der selbst zwei Jahre in sowjetischen Gefängnissen saß, nachdem er im Rahmen von Stalins Angriff auf die Kommunistische Partei Polens (PKP) verhaftet und gefoltert worden war.

Stalin hatte 1938 unter dem Vorwand, die PKP sei eine „Spionagehöhle“, die Auflösung der Partei angeordnet. Fast jeder polnische Kommunist, den Stalin in die Hände bekommen konnte, wurde entweder inhaftiert oder erschossen.

Ironischerweise überlebten nur diejenigen, die sich bereits in den Gefängnissen des rechtsextremen polnischen Regimes befanden, oder die mutig genug waren, gegen Franco in den Internationalen Brigaden in Spanien zu kämpfen.

Aber als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, stellte Stalin fest, dass er doch Bedarf für polnische Kommunis-

ten hatte. Zygmunt, der für die neue polnische Regierung bestimmt war, zog mit Karol und seiner Mutter nach Warschau. Karol lernte Polnisch, während sein Vater von 1947 bis 1951 als polnischer Außenminister tätig war.

Typisch für kommunistische Eltern in dieser Zeit, hatten ihm weder seine Mutter noch sein Vater etwas über die stalinistischen Verfolgungen erzählt. Als sie sich dann doch 1954 am Sterbebett seines Vaters öffneten, erlebte Polen gerade die erste Welle des poststalinistischen marxistischen Humanismus.

Diese neue politische Richtung vertrat die Ansicht – die oft auf kürzlich übersetzten Schriften des jungen Marx basierte –, dass der Sozialismus eine umfassende Demokratie am Arbeitsplatz erfordert und nicht mit autoritären, bürokratischen Regeln vereinbar ist. All dies machte Karol zu einem radikalen linken Revisionisten, der entschlossen war, den wirklichen Sozialismus aus dem Griff einer sich selbst bedienenden staatssozialistischen Bürokratie zu befreien.

Modzelewski wurde 1956 im „polnischen Oktober“ politisch erwachsen, als weit verbreitete Forderungen nach einem humanistischen Marxismus als Alternative zu Polens stalinistischem Modell nach 1945 laut wurden. Nach der blutigen Niederschlagung des Streiks der Posener Metallarbeiter im Juni 1956, einem letzten Zucken des polnischen Stalinismus, waren im ganzen Land Betriebsräte entstanden. Die Räte wurden schnell zum Schauplatz demokratischer sozialistischer Opposition und waren bereit, ihre Autonomie gegen Angriffe der Partei und sogar gegen eine mögliche sowjetische Invasion zu verteidigen, wie dies in der Tat bald in Ungarn geschehen würde.

Obwohl Modzelewski gerade mit aufstrebenden intellektuellen Ambitionen in die Warschauer Universität eintrat, galten sein Aktivitäten 1956 bemerkenswerterweise nicht den protestierenden Studenten, sondern dem Warschauer Autoarbeiterrat, dessen Vorsitzender Lechosław Goździk de facto der Führer der polnischen Rätebewegung war.

Der polnische Stalinismus wurde im Oktober gestürzt und Modzelewski unterstützte zunächst den neuen Parteichef Władysław Gomułka. Doch als Gomułka die Arbeiterräte abwickelte und die bürokratische Diktatur wieder aufbaute, untersuchten Modzelewski und sein Genosse Jacek Kuroń – der Geschichtsstudent, den er 1962 an der Warschauer Universität traf – alle marxistischen oppositionellen Werke, die sie finden konnten, und produzierten den wegweisenden „Offenen Brief“.

Zu sagen, dieser Text sei eine Inspiration für antistalinistische Linke weltweit gewesen, wäre eine Untertrei-

bung. In den fünfunddreißig Jahren seit Trotzki's Deportation aus der Sowjetunion war kein systematisches radikales linkes Manifest gegen den Sozialismus nach sowjetischem Vorbild von innen heraus veröffentlicht worden.

Es hatte eine Menge Kritik und Beschwerden gegeben, und 1955 erregte Milovan Djilas mit *Die neue Klasse* großes Aufsehen und beschuldigte das System, es würde wahre sozialistische Prinzipien verraten. Aber anstatt nur den Verrat des Sozialismus zu beklagen, haben Modzelewski und Kuroń eine marxistische, im Wesentlichen trotzkistische Diagnose gestellt und eine neue Arbeiterrevolution gefordert, um die statische Bürokratie hinwegzufegen und einen echten Sozialismus einzuführen, der auf Arbeitermacht und Partizipation beruht.

Modzelewski, damals ein Doktorand der Universität Warschau, der mittelalterliche Geschichte studierte, erhielt für die „Veröffentlichung“ des Offenen Briefes (insgesamt siebzehn getippte Exemplare und Durchschläge) seine erste Haftstrafe, die zweieinhalb Jahre dauerte, bevor er entlassen wurde, als gerade eine neue Generation von Studenten, angeführt von Adam Michnik, den Boden für eine neue Welle von Protesten vorbereitete.

Obwohl er nur lose in die Studentenbewegung von 1968 verwickelt war, wurde Modzelewski als eine solche Bedrohung für das Regime angesehen, dass er schnell wieder verhaftet wurde, diesmal für fast drei Jahre. Nach seiner Freilassung im Jahr 1971, einer ruhigen, aber erbärmlichen Zeit, die die jüngste Unterdrückung der Studentenbewegung im Jahr 1968 und der massiven Proteste der Werftarbeiter*innen im Jahr 1970 mit sich brachte, zog Modzelewski nach Breslau, um sein Studium fortzusetzen. Dies war der einzige Ort, der ihm von den Behörden gestatten worden war.

Als die Arbeiter*innen in Danzig 1980 in den Streik traten, um die Gewerkschaft Solidarność zu gründen, half Modzelewski beim Aufbau der Gewerkschaft in Breslau und wurde bald ihr offizieller nationaler Sprecher. Dies führte zu seiner dritten Gefängnisstrafe, als die kommunistischen Behörden das Kriegsrecht verhängten und Solidarność illegalisierten. Modzelewski wurde an dem Tag verhaftet, an dem das Kriegsrecht im Dezember 1981 verhängt wurde, und saß bis zu seiner Freilassung im Jahr 1984 weitere drei Jahre im Gefängnis.

Für den demokratischen Sozialismus

Modzelewski hatte sich seit dem „Offenen Brief“ stark verändert. Er gab seinen Ruf nach Revolution bald nach 1968 auf und sah ihn sowohl als unpraktisch als auch als

unerwünscht an, da Revolutionen immer eine demokratische Beteiligung von unten im Interesse des Erhalts der „wahren“ Demokratie abzulehnen schienen, die von den Revolutionären selbst verkörpert wird. Er unterstützte die Ablehnung des Avantgardismus durch die polnische Neue Linke in den 1970er Jahren zugunsten eines unabhängigen sozialen und politischen Aktivismus.

Aber seine Annäherung an die Neue Linke in der Frage einer breiten Bürgerbeteiligung war weiterhin in der alten linken Konzeption des Primats der Arbeiterklasse verwurzelt, und dies war nirgends deutlicher als in seiner Arbeit in Solidarność. Zu oft wurde sie, basierend auf dem, was nach der Machtübernahme ihrer Führer 1989 geschah, fälschlicherweise als antisozialistische Bewegung identifiziert, aber die Solidarność, in der und für die Modzelewski 1980/81 arbeitete, basierte auf schlagkräftigen Gewerkschaften an den Arbeitsplätzen, die die Grundlage für eine wiederbelebte demokratische Gesellschaft sein sollten.

Er setzte sich in Solidarność für eine friedliche Umgestaltung des Systems ein, in dem starke Arbeitnehmerorganisationen und eine umfassende Bürgerbeteiligung zu einem demokratischen Sozialismus führen würden, der entweder auf weiterbestehendem Staatseigentum oder umfassenden wirtschaftlichen Interventionen sozialdemokratischen Typs beruht. (Es gab viele Hitzköpfe in der Bewegung, erinnerte sich Modzelewski später, „aber niemand forderte die Privatisierung der Wirtschaft oder die Reprivatisierung von Eigentum, das 1945 vom Staat beschlagnahmt worden war. Niemand.“)

Seine dauerhafte Verbundenheit mit der alten Linken zeigte sich in seinen berühmtesten Worten als Solidarność-Aktivist, als er eine Woche vor der Einführung des Kriegsrechts drohte, wenn die Partei gegen Solidarność vorgehen würde, „dann wäre dies ihr letztes Gefecht“, unter Verwendung der Worte aus der letzten Strophe der polnischen Version der Internationalen.

Modzelewski beteiligte sich nicht an den Runden Tischen, die den Staatssozialismus 1989 beendeten, obwohl er doch bereit war, bei den folgenden Wahlen für einen Platz als Senator zu kandidieren. Doch als seine ehemaligen Solidarność-Genossen, zu denen auch Jacek Kuroń gehörte, zügig den Aufbau einer neoliberalen kapitalistischen Wirtschaft forcierten und versuchten, die Arbeiter*innen zu marginalisieren, da sie den proletarischen Zorn nun als die größte Gefahr für die „Demokratie“ betrachteten, brach Modzelewski entschieden mit ihnen. Zusammen mit anderen ehemaligen Dissidenten half er, eine neue

sozialdemokratische Partei zu gründen. Als dieses Projekt scheiterte, zog er sich aus der formalen Politik zurück und kehrte zu seiner Arbeit als Geschichtspräsident zurück, ergänzt durch häufige Aufsätze, die eine scharfe Kritik des Wirtschaftssystems darstellten, das seine alten Genossen geschaffen hatten.

Das Ende der Solidarität?

Trotz der Versprechen der neuen Führer gingen Löhne und Arbeit in den neunziger Jahren dramatisch zurück, und die gesamte gesellschaftliche Solidarität verschwand, da jeder ermutigt wurde, nur an sich selbst zu denken. Zu Beginn des neuen Jahrtausends, als der neoliberale Kapitalismus zunehmend als der wahre Gegner des Kampfes erschien und eine neue Generation ohne Erfahrungen mit dem Staatssozialismus die Bühne betrat, entdeckten die Menschen Modzelewski wieder und schätzten seinen konsequenten Sozialismus und sein Gefühl für Solidarität. Und als die rechtsextreme Partei für Recht und Gerechtigkeit [PiS] 2015 die Wahlen gewann, dämmerte sogar den Liberalen, dass es möglicherweise nicht der beste Weg zum Aufbau einer stabilen demokratischen Gesellschaft war, dass man den Kapitalismus über die polnische Gesellschaft hinwegpflügen ließ.

Zufällig hatte Modzelewski auch den Aufstieg der Rechten vorausgesehen.

In einem gemeinsam mit Jacek Kuroń (der inzwischen seinen Dienst als Arbeitsminister 1990 bereute und zu seinen früheren Überzeugungen zurückgekehrt war) verfassten Artikel aus dem Jahr 2002 sprachen die ehemaligen Radikalen des „Offenen Briefes“ von der Notwendigkeit einer neuen Linkspartei, um zu verhindern, dass die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Problemen erfolgreich durch die Rechte mobilisiert wird: „Nicht Konservative oder Liberale werden die Alternative zu einer schwachen oder nicht existierenden Linken sein, sondern Populisten außerhalb des heutigen politischen Spektrums. Machen wir uns keine Illusionen: Sie werden es sein, die die Loyalität der von der Linken Verlassenen einfangen.“

Modzelewski ist eine faszinierende und wichtige Figur für die Linke weltweit, dessen politische Schriften es verdienen, in dieser Zeit der faschistischen Wiederbelebung übersetzt und diskutiert zu werden, da wir einer globalen politischen Krise mit potenziell revolutionären Auswirkungen entgegen gehen.

Modzelewski hinterlässt ein linkes Erbe, das gerade deshalb reich ist, weil es nicht so geradlinig war. Während er zeitlebens ein konsequenter Sozialist war, gab er doch

unterschiedliche Antworten darauf, wie der Sozialismus tatsächlich aufgebaut werden könnte.

Er hat früh mit der regierenden Kommunistischen Partei Polens gebrochen, aber mit der Begründung, dass sie der Arbeiterdemokratie und nicht der liberalen Demokratie feindlich gegenübersteht. Obwohl er 1971 im Gefängnis saß, als Edward Gierek nach Gomułkas blutiger Unterdrückung des Werftarbeiterstreiks an die Macht kam, war Modzelewski von Giereks persönlichen Besuchen an den Orten der Proteste und seinem direkten Appell an die Arbeiter*innen, gemeinsam einen neuen Typ des Sozialismus aufzubauen, begeistert.

Während jüngere Oppositionelle wie Adam Michnik dies für nichts anderes als eine Täuschung hielten, hoffte Modzelewski zeitweise, dass aus dem bestehenden System noch eine Art echte Arbeiterdemokratie hervorgehen könnte. Sogar in den 1980er Jahren, als andere Oppositionelle die Partei entweder gänzlich ablehnten oder es für angebracht hielten, nur mit liberalen Reformern zusammenzuarbeiten, um die kapitalistische Demokratie aufzubauen, hoffte Modzelewski manchmal, dass sich innerhalb der Parteikreise noch eine Politik für die Arbeiter herausbilden könnte.

In den letzten Jahren hatte er mit den gleichen Dilemmata zu kämpfen, mit denen ein Großteil der heutigen globalen Linken konfrontiert ist. Er glaubte an die Bedeutung liberaldemokratischer Institutionen und lehnte Polens derzeitige rechte Partei für Recht und Gerechtigkeit wegen ihrer Angriffe vollständig ab. Er glaubte jedoch nicht, dass die heutige radikale Rechte durch die Rückkehr zu einem Liberalismus besiegt werden kann, der das Problem der Marginalisierung der Interessen der Arbeiterklasse nicht anspricht.

Dennoch stellen sich neue Fragen. Was bedeutete Arbeiterdemokratie in einer Zeit flexibler Arbeit und leichter Kapitalflucht? Sollen die Arbeiter*innen ihre Arbeitsplätze kontrollieren oder nur höhere Löhne und Zulagen garantiert bekommen? Sollten Gewerkschaften, die weitaus weniger Arbeitnehmer repräsentieren als jemals zuvor in den letzten zwei Generationen, ein Vetorecht haben, oder sollte der Sozialismus heute eine Vielzahl von Bürgergruppen mit Macht ausstatten?

Mit anderen Worten hat Modzelewski sich bis zum Ende mit den großen Fragen auseinander gesetzt, mit denen alle Sozialisten in der Zeit nach 1989, in Polen und anderswo, konfrontiert waren.

Quelle: <https://www.jacobinmag.com/2019/05/karol-modzelewski-poland-solidarity-democratic-socialism>

■ **David Ost** ist Professor für Politikwissenschaft an den Colleges Hobart und William Smith und Autor von *The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe*.

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens*

NACH DEN EUROPAAWAHLEN

Erklärung des Büros der Vierten Internationale

Selbst wenn es der Europäischen Union gelungen ist, die Bankenkrise momentan einzudämmen, und auch wenn sie weiter eine Wachstumsrate in Höhe von 2 % aufweist, ist das um den Preis einer auf hohem Niveau verharrenden Gesamtverschuldung erreicht worden, die bei 86 % liegt, womit in mehreren Ländern Strukturanpassungspläne begründet werden. Die Politik der Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme und auf die Arbeitsgesetzgebung haben die Schere zwischen den Löhnen und den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union für die arbeitenden Klassen noch weiter gespreizt. In vielen Ländern im Süden und im Osten der EU ist in den letzten zehn Jahren ein regelrechter Exodus junger Menschen zu verzeichnen gewesen.

Während die EU Migrant*innen aus Afrika und dem Nahen Osten den Zutritt blockiert und damit den Tod von über 17 000 Menschen im Laufe der vergangenen fünf Jahre im Mittelmeer verursacht hat, betreibt sie gegenüber der afrikanischen Bevölkerung weiter ihre neokoloniale Politik, vor allem durch die Kontrolle der Europäischen Zentralbank über den Franc CFA (Communauté Financière Africaine) und durch die Abkommen mit den AKP-Staaten (African, Caribbean and Pacific Group of States). Wegen der dadurch bedingten Zuspitzung der gesellschaftlichen Spannungen haben sich Regimes herausgebildet, die ultraliberale Reformen und einen starken Staat mit Einschränkungen der demokratischen Rechte und mit Sicherheitsgesetzen, die eine terroristische Bedrohung oder die Kontrolle der Migration zum Vorwand nehmen, miteinander verbinden.

Vor diesem Hintergrund spiegeln die Ergebnisse der gerade abgeschlossenen Europawahlen mehrere Aspekte der politischen Lage in der Europäischen Union wider. Sie sind Ausdruck einer politischen Fragmentierung, bei der die extreme Rechte anscheinend die größten Schritte nach vorn gemacht hat.

Die traditionell dominierenden Parteien, die der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) angehören, haben empfindliche Rückschläge hinnehmen

müssen, was das zunehmende Misstrauen der europäischen Bürger*innen gegenüber den traditionellen Parteien zeigt. Dieser Rückgang wird durch das Zulegen neuer liberaler Mitte-Rechts-Parteien nur zum Teil ausgeglichen, sie haben sich in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) zusammengeschlossen, der u. a. Ciudadanos, die britischen Lib Dems und aus Frankreich vor allem Macrons Bewegung En Marche angehören.

Die grünen Parteien haben erheblich zugelegt und die höchste Zahl von Sitzen gewonnen, die sie jemals hatten. Darin spiegelt sich zum Teil das angestiegene Bewusstsein für die ökologische Krise in Europa wider, was sich auch im Diskurs mancher Mainstream-Parteien zeigt. Die jüngsten sozialen Bewegungen in Europa vor allem in der Jugend gegen den Klimawandel mit den bedeutenden Fridays-for-Future-Mobilisierungen zeigen, dass dies immer mehr zu einer zentralen politischen Frage wird. Die meisten grünen Parteien leiten dieses Bewusstsein jedoch leider auf eine Politik um, die sich im institutionellen Rahmen bewegt und im Rahmen des Neoliberalismus bleibt, die deutschen Grünen sind hierfür das deutlichste Beispiel.

Die Parteien links von der Sozialdemokratie, die sich in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) zusammengeschlossen haben, mussten große Verluste verkraften, sie sind von 52 Mandaten im Europarlament auf 38 zurückgefallen und nun die kleinste Fraktion im Parlament.

Der allgemeine Trend geht zum Stärkerwerden der reaktionärsten Parteien und direkt der extremen Rechten, die 78 Sitze gewonnen hat. Vor allem führt er zur Polarisierung sämtlicher rechter Fraktionen, der konservativen ebenso wie der nationalistischen.

Die extreme Rechte in Europa unter Führung von Salvini und Le Pen hat zur Zeit den Wind in den Segeln. Sie greift die Macht der großen kapitalistischen Konzerne, die für soziale Ungerechtigkeit, Prekarität und den Ausstieg aus den Systemen der sozialen Sicherung verantwortlich sind, in keiner Weise an und hat es verstanden,

ihren Diskurs zu europäischen Fragen zu modifizieren. Nach einer Politik des Heraus aus dem Euro und aus der EU haben sie sich dazu entschlossen, Eroberung von innen her zu betreiben, durch Bildung von Allianzen in Europa und durch Provokationen den europäischen Institutionen gegenüber, um den Anschein zu erwecken, sie würden die EU-Regeln angreifen. Ihr Programm ist auf zwei Fragen begrenzt, die für sie vorrangig sind: Migrationsströme und Sicherheitsfragen. Indem sie die von den EU-Spitzen bereits ins Werk gesetzte Logik bis ans Ende treiben, versucht die extreme Rechte, die Wut der durch die Austeritätspolitik aufgebrachten arbeitenden Klassen auf rassistische, nationalistische und islamfeindliche Ziele umzulenken. In den letzten Jahren ist sie in mehreren Ländern an die Regierung gekommen (namentlich in Italien, Österreich, der Slowakei und Bulgarien), wo sie sich trotz demagogischer Erklärungen offenkundig in die ultraliberale Politik einpasst. Darüber hinaus richtet sich die traditionelle Rechte problemlos in der Koexistenz mit der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ein, ebenso die britischen Konservativen mit UKIP, die EVP mit Viktor Orban, die PP und Ciudadanos mit Vox. Derzeit findet eine „Orbanisierung“ der europäischen Rechten statt. Das trifft auch für „liberale“ Parteien wie En Marche zu, die sich als eine Barriere gegen die extreme Rechte ausgeben und selbst eine ultraliberale Politik umsetzen, was mit einem Frontalangriff auf die demokratischen Rechte und mit verstärkter Polizeigewalt einhergeht. Im Spanischen Staat hat Ciudadanos sich dazu entschlossen, offen eine Partei der radikalen Rechten zu werden und Abkommen mit Vox, der extrem-rechten Partei, einzugehen, damit rechte Mehrheiten zustande kommen.

Die Krise der Parteien links von der Sozialdemokratie geht auf mehrere Phänomene zurück. Bei den letzten Europawahlen 2014 stand Syriza nach einer Reihe von Jahren massiver Mobilisierungen des griechischen Volks gegen die EU-Diktate für eine Politik der Ablehnung der Austerität. Ähnlich hatte Podemos sich kurz vorher im Gefolge des 15M und der Mareas in der Verlängerung von sozialen Bewegungen herausgebildet und erklärt, auf der Linken eine Politik des Bruchs mit der sozialdemokratischen Krisenverwaltung zum Ausdruck bringen zu wollen. Tausende von Aktiven in Europa konnten, ausgehend von diesen beiden praktischen Erfahrungen, darauf hoffen, dass ihre Kämpfe, die Mobilisierungen für soziale, demokratische und ökologische Sofortforderungen und gegen die sexistischen und homophoben Diskriminierungen und die damit verbundene Gewalt, für die Aufnahme der

Migrant*innen, gegen die rassistische Politik, eine politische Entsprechung finden würde.

Die Kapitulation von Syriza hat dazu geführt, dass diese Hoffnungen schwer enttäuscht wurden. Podemos ist wegen seiner Unfähigkeit, eine interne Arbeitsweise herzustellen, die geeignet ist, die Einheit zu bewahren, von internen Konflikten erfasst worden; die Iglesias-Führung ist mehr und mehr zu einer Position als Juniorpartner der PSOE abgeglitten. La France insoumise hat ebenfalls auf eine Struktur um eine charismatischen Persönlichkeit an der Spitze gesetzt und ist nicht dazu imstande gewesen, die Wut aufzufangen, die in der Bewegung der Gelbwesten ihren Ausdruck gefunden hat. Insgesamt ist die radikale Linke in den letzten Jahren in Bezug auf Nützlichkeit und Glaubwürdigkeit nicht auf der Höhe der machtvollen sozialen Bewegungen gewesen. Auf der anderen Seite sind die Wahlerfolge vor allem des Bloco in Portugal und der PTB/PvdA in Belgien zu vermerken, die bei diesen Wahlen ihren politischen Stellenwert ausbauen konnten.

Das Brexit-Desaster hat unterstrichen, wie dringend notwendig es ist, ein Projekt zu haben, um die Europäische Union in Frage zu stellen, das sich auf dem Terrain der Interessen der arbeitenden Klassen bewegt.

Das Referendum, das 2016 organisiert wurde, um die seit langem bestehenden Kluft zwischen den pro-europäischen und den pro-US-Kräften innerhalb der Tory-Partei zuzuschütten, hat angesichts der Unfähigkeit der Regierung, eine Vereinbarung über den Ausstieg aus der EU durchzubringen, zu zwei Jahren Chaos und Krisen geführt. Die Periode seit dem Referendum zeichnet sich durch eine reaktionäre Welle aus, mit ständig mehr Attacken in den Medien gegen diejenigen, die als Migrant*innen ausgemacht werden, d. h. gegen die Schwarzen, gegen die muslimischen Gemeinschaften und die aus dem Nahen Osten und Osteuropa. Die neue Brexit-Partei von Farage, deren einziger Programmpunkt in einem „hard Brexit“ oder „no deal Brexit“ besteht, hat auch die Europawahlen gewonnen. Der Rückhalt für Labour ist sowohl im „leave“- als auch im „remain“-Lager geschwunden, bei den Europawahlen ist Labour von den Liberaldemokraten überrundet worden, die eindeutig für „remain“ sind. Nach einer Verlängerung wird Großbritannien nun wohl am 31. Oktober die EU verlassen, sehr wahrscheinlich ohne Vereinbarung, wahrscheinlich kann dies nur durch eine Neuwahl und/oder ein zweites Referendum gestoppt werden.

Die radikale Linke steht vor der Herausforderung, dass sie auf dem Terrain der Mobilisierungen und in politi-

schen Kampagnen wie bei den Wahlen, für die politischen Anforderungen im Zusammenhang mit dem, was sozial, in Bezug auf demokratische Rechte und Freiheiten, und ökologisch dringend geschehen müsste, glaubwürdig und nützlich zu sein hat. Diese Aufgabe ist nicht einfach zu erfüllen: Während die extreme Rechte sich in das kapitalistische System einpasst, um ihre fremdenfeindlichen und reaktionären Themen zu entwickeln, prallt die radikale Linke ebenso wie die sozialen Bewegungen, auf die sie sich stützt, frontal mit dem System zusammen, wenn sie ihre politischen Forderungen erhebt. Die politischen Angriffe der herrschenden Klasse und der Medien, deren redaktionelle Leitlinien von den Herrschenden vorgegeben werden, richten sich gegen sie. Die zweite große Aufgabe, die derzeit ansteht, ist die Fähigkeit, Massenorganisationen aufzubauen, die eine demokratische und aktivistische Struktur mit der Fähigkeit verbinden, sich an die breiten Massen zu wenden. Hier haben wir sowohl aus den Erfolgen wie aus den Misserfolgen der letzten Jahre zu lernen.

Die Dynamik der internationalen Mobilisierungen gegen Gewalt gegen Frauen und ihre Diskriminierungen, die Mobilisierungen für das Klima in ganz Europa, die Reichweite von Mobilisierungen wie denen der Gelbwesten in Frankreich sollten für uns ein Antrieb sein, um an politischen Mobilisierungen in Europa zu arbeiten, die dazu imstande sind, die sozialen Forderungen voranzubringen und politische Bewegungen aufzubauen, die eine Verbindung zu einem Projekt der gesellschaftlichen Emanzipation herstellen, in direkter Konfrontation mit der kapitalistischen Ausbeutung und den verschiedenen Formen von Unterdrückung.

6. Juni 2019

■ Übersetzung: Wilfried

Neu bei ISP im Juli



Daniel Bensaïd

Der unzeitgemäße Marx

Glanz und Elend eines kritischen Abenteurers im 19. und 20. Jahrhundert

424 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro
2019, ISBN 3-89900-154-9

Der unzeitgemäße Marx ist eine Herausforderung: 1995 erschienen, will Daniel Bensaïd nach dem Ende des Realsozialismus Marx von seinen dogmatischen und orthodoxen Gespenstern befreien. Er legt die theoretische Kohärenz seines kritischen Denkens frei und macht seine Aktualität deutlich: denn hat der Warenfetischismus nicht den ganzen Planeten erfasst? Bensaïd geht mit einer negativen Dialektik vor und analysiert zunächst, was das Marx'sche Denken nicht darstellt: keine Philosophie vom Ende der Geschichte, noch eine empirische Klassensoziologie, die den unwiderruflichen Sieg des Proletariats ankündigt, noch eine Wissenschaft des Fortschritts. Marx' drei Kritiken: der historischen Vernunft, der ökonomischen Vernunft und des wissenschaftlichen Positivismus gehen aufeinander ein und ergänzen sich.

Der Autor liest Marx neu und interpretiert seine Theorie als Antworten auf gegenwärtige Fragen über den Sinn der Geschichte, die Repräsentation der Zeit, das Verhältnis zwischen den sozialen Widersprüchen und anderen Konflikten wie Gender, Nationalismus, Religion.

Der philosophisch-literarische Text misst die zeitgenössische Marx-Rezeption an Marx' Theorie.

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

Fortsetzung von Seite 62

John Bolton arbeitet eng mit den Volksmudschahedin (DMG) zusammen, einer militaristischen iranischen Sekte, die aus den USA finanziell unterstützt wird und für eine Militärintervention der USA wirbt, so wie sie einst für das Schlächterregime Saddam Husseins im Irak geworben und dafür Waffen und Unterstützung erhalten hatte.

Wohin steuert die linke Opposition im Iran?

Der iranische Journalist Rahman Bouzari schreibt: „Die Bevölkerung leidet sowohl unter den Maßnahmen der US-Regierung als auch unter der Unterdrückung durch die eigene Regierung. Ihr bleibt die Wahl zwischen Imperialismus und dem autoritären Regime. Aber egal wie elend ihre Lage sein mag, sie lehnt beides ab.“

Tatsächlich lasten auf dem Volk die erheblichen Auswirkungen der US-Sanktionen und die blutige Unterdrückung durch das eigene staatskapitalistische Regime. Dazu kommen die Folgen der Hochwasserkatastrophe, vor der Millionen von Menschen flüchten mussten.

Während die Bevölkerung einerseits Angst vor einem Militärschlag der USA hat, hält ihre Opposition gegen das Regime doch an. Infolge der anhaltenden Arbeitskämpfe und Streiks sind mittlerweile nahezu alle Führer der bestehenden Arbeiter- und Lehrgewerkschaften verhaftet worden, darunter Esmail Bachschi von der Gewerkschaft der Zuckerarbeiter*innen von Haft-Tapeh, Dschafar Azimzadeh von der Freien Gewerkschaft der Iranischen Arbeiter*innen oder Esmail Abdi von der Lehrgewerkschaft, um nur einige zu nennen.

Daneben befinden sich derzeit prominente Frauenrechtlerinnen im Gefängnis und haben wegen ihrer Betätigung und ihrer schriftlichen Äußerungen lange Haftstrafen erhalten oder warten auf ihr Verfahren. Dazu gehören Nasrin Sotudeh, eine Menschenrechtsanwältin, die die Girls of Revolution Street verteidigt hat (Frauen, die ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit abnahmen und deshalb verhaftet wurden), Narges Mohammadi, führender Aktivist der Kampagne gegen die Todesstrafe, und Parvin Mohammadi, einer der Vorsitzenden der Freien Gewerkschaft der Iranischer Arbeiter*innen, um nur einige zu nennen.¹

Kurdische politische Gefangene verbüßen Haftstrafen, weil sie gegen die Diskriminierung der kurdischen nationalen Minderheit des Irans kämpfen. Über tausend arabische Menschenrechtsaktivist*innen sind in der südlichen Provinz Chuzestan inhaftiert. Aktive Bahai und

Sufisten werden als religiöse Minderheiten verfolgt und eingesperrt. Umweltaktivist*innen riskieren die Todesstrafe, weil sie eine „Gefahr für die nationale Sicherheit“ darstellen. Oppositionelle Student*innen und Intellektuelle befinden sich entweder in Haft oder unter strengen Auflagen wieder auf freiem Fuß und riskieren, jederzeit wieder eingesperrt werden zu können.

Das sind die Kräfte, die zur Entstehung einer fortschrittlichen und auch revolutionären Bewegung im ganzen Land beitragen könnten, um sowohl die Islamische Republik zu stürzen als sich auch den Kriegsdrohungen und dem Imperialismus in der Region zu widersetzen. Angesichts der fatalen Auswirkungen der US-Wirtschaftssanktionen und der aktuellen Kriegsdrohungen aus den USA ist das iranische Regime jedoch weiterhin in der Lage, seine Repressionen zu forcieren und alle Ansätze, dem Regime eine fortschrittliche Alternative gegenüber zu stellen, zu ersticken.

Die Protestkundgebungen von Feministinnen, Student*innen und Gewerkschaftsaktivist*innen am 1. Mai in Teheran wurden von Sicherheitskräften, die viele der Demonstrant*innen verhafteten, brutal unterdrückt. Ebenso die Proteste von Hunderten von Studentenaktivist*innen an der Universität Teheran am 13. Mai gegen den Schleierzwang und die „Sittenpolizei“. Zuvor hatten sie die Mitglieder der Basidsch („Freiwilligentruppe“ der Islamischen Revolutionsgarden) verjagt, bevor sie dann aber doch von ihnen und der Sicherheitspolizei in die Mangel genommen wurden.

Diese anhaltenden Kämpfe schreien nach internationaler Solidarität seitens der fortschrittlichen und linken Bewegungen in der ganzen Welt, auch um sich dem Kriegsgetöse der USA zu widersetzen. Dabei muss der Widerstand sowohl dem US-Imperialismus als auch den subimperialistischen Interventionen des Irans in Syrien, Irak und Libanon gelten.

Solidarität gefordert!

Bei den Protesten Ende 2017 und Anfang 2018 trat die Bevölkerung unmissverständlich für den Sturz des Regimes und die Beendigung der Militärinterventionen in der Region ein. Die Proteste gegen das Regime dauern zwar seither unvermindert fort, halten sich in der Frage der iranischen Militärpräsenz in den Nachbarstaaten jedoch auffallend zurück.

Soweit sich die Proteste gegen Irans militärische Interventionen und das Raketenprogramm sowie die nukleare Aufrüstung richten, sind monarchistisch gesinnte Nationa-

listen tonangebend, auf deren Agenda ein funktionierender kapitalistischer Staat steht und die einen Angriffskrieg der USA auf den Iran befürworten. Die Opposition aus den Kreisen reformistischer und linker Intellektuellen ist zwar gleichermaßen strikt nationalistisch gesonnen, aber ihre Kriegsgegnerschaft reicht nicht über eine Verurteilung der US-Angriffspläne hinaus.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen gibt es keine systematischen Bemühungen fortschrittlicher und sozialistischer Kräfte, sich dezidiert gegen die iranische Militärpräsenz in Syrien, Irak, Libanon und Jemen und gegen das Raketenprogramm und die nukleare Aufrüstung zu wenden. Es findet noch nicht einmal eine öffentliche Diskussion über die Risiken der zivilen Nutzung der Atomenergie und die Lehren aus den GAUs in Tschernobyl und Fukushima statt.

Ein unabhängiges sozialistisches Engagement gegen die militaristische Außenpolitik und gegen sämtliche imperialistischen Mächte in der Region und weltweit sowie gegen patriarchalische Strukturen und Rassismus ist jedoch dringend erforderlich. Damit verbunden ist eine Kritik des Kapitalismus, der – ob als Privat- oder Staatskapitalismus – stets zu Kriegen führt.

Die internationale linke Opposition gegen die imperialistischen US-Sanktionen und die Kriegsdrohungen gegen den Iran verhält sich überwiegend unkritisch gegenüber dem iranischen Regime. Daher können sie sich bei der eigenen Bevölkerung kein Gehör verschaffen und sie dafür gewinnen, sich mit den Kämpfen der Arbeiter*innen, Frauen und unterdrückten Minderheiten im Iran zu identifizieren. Auch haben sie selbst offensichtlich kein tatsächliches Interesse an diesen Kämpfen im Iran.

Nur eine kleine Minderheit der internationalen Linken bekämpft sowohl den US-Imperialismus als auch die übrigen imperialistischen und subimperialistischen Mächte im Nahen Osten und versucht aktiv, solidarische Beziehungen zu den fortschrittlichen Kräften im Nahen Osten und Nordafrika aufzubauen. Einen gewissen Auftrieb hat die Solidaritätsbewegung durch die Protestbewegungen im Sudan und in Algerien erfahren, wo die kapitalistischen (Semi-)Militärregime durch Volksaufstände infrage gestellt werden, die stark von der Arbeiter-, Frauen- und antirassistischen Bewegung geprägt sind.

Fazit

Ein direkter Krieg zwischen den USA und dem Iran könnte ein unvorstellbares Zerstörungspotential haben und nützt letztlich nur der autoritären Agenda des Trump-

Regimes. Selbst wenn das iranische Regime dadurch beseitigt würde, werden die USA und ihre israelischen und saudischen Verbündeten alles daran setzen, dass keine fortschrittliche oder gar revolutionäre Alternative auf die Tagesordnung kommt. Ein denkbare Szenario ist das, was im Irak nach der US-Invasion 2003 passiert ist.

Um den drohenden Angriffskrieg der USA zu verhindern, ist breiter Widerstand sowohl gegen den US-Imperialismus als auch gegen das repressive iranische Regime erforderlich. Konkret erfordert dies Solidarität mit den Kämpfen der Werktätigen, Feministinnen, Student*innen und unterdrückten Minderheiten im Iran und deren Einbeziehung in die Befreiungskämpfe dieser Region und der übrigen Welt. Dafür müssen wir den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Kriegen darlegen und aufzeigen, wie eine menschengerechte Alternative zum Kapitalismus aussehen kann.

15. Mai 2019

Aus: *Alliance of Middle East Socialists*

■ Übersetzung: MiWe

1 Siehe dazu das Iran-Dossier in *die internationale* 2/2019 vom März 2019



Droht eine US-Intervention?

Unabhängig davon, für wie wahrscheinlich ein direkter Angriff des US-Militärs auf den Iran gelten kann, ist internationale Solidarität gefragt. Um einen Angriffskrieg der USA zu verhindern, ist breiter Widerstand sowohl gegen den US-Imperialismus als auch gegen das repressive iranische Regime erforderlich.

■ Frieda Afary

Mit der Entsendung eines Flugzeugträgers, einer Bomberstaffel mit B52-Bombern, Flugabwehrraketen und weiterer Arsenale steuert die US-Regierung auf eine offene militärische Konfrontation mit dem Iran zu. Auf einem Treffen des Nationalen Sicherheitsstabs wurde einem Bericht der *NYT* zufolge ein Plan des Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton – seinerzeit bereits federführend bei der desaströsen US-Intervention im Irak 2003 – diskutiert, nach dem bis zu 120 000 Militärs für einen Angriffskrieg gegen den Iran in den Nahen Osten verlegt werden sollen.

Nach jüngsten Erkenntnissen der US-Geheimdienste soll der Iran angeblich militärische Verbände im Irak und in Syrien mit Stellvertreterangriffen auf US-Truppenverbände beauftragt haben. Allerdings zweifeln selbst den Republikanern nahestehende Beobachter und hohe britische Militärs diese Version an.

Die iranische Regierung wiederum hat angekündigt, dass sie sich nach der einseitigen Aufkündigung des Nuklearabkommens von 2015 durch die USA nicht länger an die dort getroffenen Vereinbarungen gebunden fühle. Bereits im April hat der iranische Präsident Hassan Rohani, nachdem die US-Regierung die iranischen Revolutionsgarden zur terroristischen Organisation erklärt hatte, in einer Rede zum Jahrestag der „Nationalen Nukleartechnologie“ erklärt: „Wenn es das Ziel Eurer Sanktionen sein sollte, unsere militärische Schlagkraft zu brechen, solltet Ihr wissen, dass wir im vergangenen Jahr Raketen und Waffen entwickelt haben, die Ihr Euch nicht einmal vorstellen könnt. Ihr könnt unsere militärische Macht nicht brechen.“ Das iranische Parlament verabschiedete daraufhin einen Gesetzesentwurf, in dem alle

US-Geheimdienst- und Sicherheitskräfte in Vorderasien zu terroristischen Organisationen erklärt wurden.

Zugleich wurden am 12. Mai Sabotageakte auf mehrere Öltanker – darunter zwei saudische – vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate durchgeführt, ohne dass bisher jemand die Urheberschaft dafür übernommen hätte. Dies hält die US-Armee freilich nicht davon ab, den Iran dafür verantwortlich zu machen. Zudem haben die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen Drohnenangriffe auf eine saudische Ölpipeline durchgeführt.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass es zu einer Explosion oder Konfrontation kommen kann, die US-Luftangriffe und einen regelrechten Krieg zur Folge haben wird. Saudi Arabien und Israel setzen alles daran und verbreiten, dass der Iran Angriffe auf militärische Einrichtungen der USA in der Region plane.

Was treibt Trump zum Krieg?

Obwohl die US-Regierung scheinbar keine kohärente Politik im Nahen Osten verfolgt, vertritt sie gegenüber dem Iran das Ziel, die beiden engsten Verbündeten in der Region, Netanjahu in Israel und Mohammed bin Salman in Saudi Arabien zu stärken. Beide eint die Absicht, einen Krieg gegen ihren Rivalen in der Region loszutreten. In diesem Zusammenhang steht auch die von den USA propagierte Gründung einer „Arabischen NATO“, der die Golfstaaten und Jordanien angehören sollen. Damit soll ein Bollwerk gegen den Iran und dessen Verbündete, Russland und China entstehen.

Zugleich will Trump mit diesem möglichen Krieg von seiner Innenpolitik ablenken, von den Einschnitten in die Sozial- und Bürgerrechte und die Rechte der Frauen und von den autoritären Maßnahmen, die er im Namen der nationalen Sicherheit durchführen will.

Für den angestrebten „Regimewechsel“ im Iran beruft sich Washington noch nicht einmal auf das Prinzip der Demokratie. Außenminister Pompeo machte am 24. April in seiner Rede vor einer Gruppe iranischer Dissidenten in Washington unmissverständlich klar, dass es den USA bei diesem „Machtwechsel“ darum ginge, Gegner der iranischen Revolution an die Regierung zu bringen.

Fortsetzung auf Seite 60